

MES-Perspektiven 2/2013

**Neue Akteure auf
dem Brüsseler Parkett:
Die europäischen politischen
Stiftungen**

Julia Borries



MES-Perspektiven 02/2013

Die *MES-Perspektiven* werden vom MA Europa-Studien der Europa-Universität Viadrina herausgegeben. Die MES-Perspektiven sind dem interdisziplinären Charakter des Studiengangs verpflichtet. Sie präsentieren in loser Reihenfolge wissenschaftliche Erträge, die die Mitglieder des Studiengangs – d.h. Studierende und Dozenten – gewinnen. Ein besonderes Augenmerk wird dabei auf solche politische, rechtliche und wirtschaftliche Prozesse des europäischen Integrationsprozesses gelegt, die disziplinäres Wissen herausfordern und weiterentwickeln.

Über die Autorin

Julia Borries

Betreuer der MA-Arbeit

Im Doppelmasterprogramm Europa-Studien Viadrina-IEP Strasbourg

Erstgutachter Prof. Dr. Timm Beichelt

Zweitgutachter Dr. Dorota Dakowska, Maître de conférences, IEP Strasbourg

Herausgeber der Reihe MES-Perspektiven

Prof. Dr. Timm Beichelt

Prof. Dr. Carsten Nowak

Dr. Nicolai von Ondarza

Prof. Dr. Reimund Schwarze

Kontakt

Professur für Europa-Studien

Europa-Universität Viadrina

Postfach 1786

15207 Frankfurt/ Oder

Redaktion dieser Ausgabe

Lisa Düsing

Erscheinungsdatum

10. März 2013

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	1
2. Integrationstheoretische Einordnung des Gegenstandes	6
2.1 Die Debatte um die demokratische Legitimierung der EU	6
2.2 Die Bedeutung und Rolle von politischen Parteien	10
2.2.1 Europäische Parteien für eine Stärkung der europäischen Demokratie?	11
2.2.2 Struktur und Merkmale der europäischen Parteien	11
2.3 Die Gründung der europäischen politischen Stiftungen	15
2.3.1 Politische Rahmenbedingungen der Stiftungsgründungen	16
2.3.2 Das Vorbild: das Modell der deutschen politischen Stiftung	18
2.4 Die institutionelle Ausgestaltung der europäischen politischen Stiftungen	20
2.4.1 Ausgestaltung der Beziehung zur Partei: Verordnung vs. politische Praxis	22
2.4.2 Notwendigkeit einer vertieften Analyse der Beziehung Stiftung – Partei	25
3. Theoretischer Rahmen und Methodik	26
3.1 Abgrenzung des theoretischen Ansatzes	26
3.2 Der akteurszentrierte Institutionalismus	27
3.2.1 Der institutionelle Kontext	29
3.2.2 Akteure im akteurszentrierten Institutionalismus	30
3.2.3 Interaktion mit anderen Akteuren	31
3.2.4 Nicht-institutionelle Faktoren	32
3.2.5 Ableitung der weiteren Untersuchungshypothese	33
3.3 Methodischer Ansatz: Experteninterviews	34
4. Empirische Fallanalysen.....	37
4.1 Centre of European Studies (CES)	37
4.1.1 Das CES als europäische politische Stiftung	41
4.1.2 Die Perspektive der europäischen Partei – European People’s Party	44
4.1.3 Zusammenführung der Perspektiven	45
4.2 Foundation for European Progressive Studies (FEPS)	45
4.2.1 Die FEPS als europäische politische Stiftung	49
4.2.2 Die Perspektive der europäischen Partei – Party of European Socialists.....	52
4.2.3 Zusammenführung der Perspektiven	53
4.3 Green European Foundation (GEF)	53
4.3.1 Die GEF als europäische politische Stiftung	58
4.3.2 Die Perspektive der europäischen Partei – European Green Party	
4.3.3 Zusammenführung der Perspektiven	61
4.4 Vergleich der Fallanalysen	61
5. Schlussfolgerung	65
6. Literaturverzeichnis	67

Anhang	75
Anhang 1: Übersicht Interviews	76
Anhang 2: Leitfäden und Interviews	76
Anhang 3: Finanzielle Zuwendungen des Europäischen Parlaments an die europäischen politischen Stiftungen	77

1. Einleitung

„Die Rolle von Stiftungen als Förderer, Akteure und Moderatoren gesellschaftlicher Beteiligungsprozesse“ – auch wenn der Schwerpunkt der Berliner Stiftungswoche im Jahr 2012¹ vor allem bei Stiftungen des bürgerlichen Rechts lag, erinnert die Beschreibung an eine besondere Form der Stiftungen in Deutschland – die politischen Stiftungen². Im Unterschied zu Stiftungen des bürgerlichen Rechts, deren Zweck gesetzlich zunächst nicht an eine Gemeinnützigkeit gebunden ist, nehmen die politischen Stiftungen in langer Tradition einen öffentlichen Auftrag wahr, etwa für demokratische Bildungsarbeit, die Förderung von politischem Engagement und von Zivilcourage, die Qualifizierung politischer Akteure, die Nachwuchsförderung, für internationale Demokratieförderung und die Förderung des internationalen Dialogs (vgl. Böll 2010: 4). **Organisatorisch verbunden** mit den sechs im Bundestag vertretenen politischen Parteien, agieren und arbeiten die Stiftungen dennoch weitgehend unabhängig und haben sich in der Vergangenheit ein breites und vielfältiges Aufgabenspektrum erarbeitet.³

Obwohl die deutschen politischen Stiftungen aufgrund ihres Wirkens und ihrer Geschichte nach wie vor ein Alleinstellungsmerkmal in der Europäischen Union (EU) und ihren Mitgliedstaaten besitzen, existieren sie in ihrer Form schon lange nicht mehr „allein“. Nach und nach wurden auch in den anderen Mitgliedstaaten der EU politische Stiftungen gegründet, die, mit ähnlichen Ideen und Profilen, wichtige politische Bildungs- und Kulturarbeit leisten (vgl. Dakowska 2002). Zudem fand das Modell der politischen Stiftungen nicht nur **auf für die nationale** Ebene Fürsprache und Realisierung. In der Verordnung (EG) Nr. 1524/ 2007 vom 18. Dezember 2007 wurde auf Aufforderung des Europäischen Parlaments (EP) erstmals **Gründung und Ausgestaltung von europäischen politischen Stiftungen sekundärrechtlich anerkannt**.

¹ Nähere Informationen unter: <http://www.berlinerstiftungswoche.eu/schwerpunktthema-2012>.

² Alternative Bezeichnungen sind parteinahe Stiftungen, Parteistiftung, Parteienstiftung. Die politischen Stiftungen sind ihrer Rechtsform nach fast ausschließlich eingetragene Vereine.

³ Ihre Finanzierung wird dabei fast vollständig aus öffentlichen Haushalten gewährleistet (vgl. Lepszy 2009: 576).

Um als solche anerkannt zu werden, müssen die europäischen Stiftungen einer europäischen politischen Partei angeschlossen sein. Zum jetzigen Zeitpunkt gibt es **12** aktive europäische politische Stiftungen, die mit einem für das Jahr 2012 vorgesehenen Gesamtbudget von fast **12** Millionen Euro vom EP finanziert werden.⁴ Derart ausgestattet, sind die europäischen politischen Stiftungen zu neuen Akteuren⁵ auf dem Brüsseler Parkett geworden – und als diese Gegenstand dieser Masterarbeit.⁶

Welche Motive und Intentionen stehen hinter der Gründung der europäischen politischen Stiftungen? Dazu heißt es in der relevanten Verordnung (EG) Nr. 1524/ 2007 einführend:

„Es sollten Vorschriften zur finanziellen Unterstützung für politische Stiftungen auf europäischer Ebene vorgesehen werden, da diese den politischen Parteien auf europäischer Ebene angeschlossenen Stiftungen durch ihre Arbeit die Ziele der politischen Parteien auf europäischer Ebene unterstützen können, vor allem indem sie einen Beitrag zur Diskussion über Themen der europäischen Politik und die europäische Integration leisten, indem sie als Katalysator für neue Ideen, Analysen und politische Optionen tätig sind [Hervorh. J.B.]“

Die europäischen Stiftungen sollen also zum einen die Ziele der assoziierten Partei unterstützen und ergänzen, indem sie deren Arbeit begleiten. Zum anderen sollen sie dabei helfen, kommunikative Defizite zwischen der Öffentlichkeit und den europäischen Institutionen über spezifische europäische Themen abzubauen (vgl. u.a. Mittag 2010, Leinen 2006, Jopp 2007, Schmidt-Jevtic 2009, Eu-

⁴ Nach eigener Berechnung 11.955.272 Euro, vgl. dazu im Anhang die Liste der Zuwendungen des Europäischen Parlamentes für die Europäischen politischen Stiftungen für das Jahr 2012.

⁵ Der Begriff des Akteurs wird in dieser Arbeit im Sinne der Handlungstheorie genutzt. Akteure werden dabei als Ursprung und Träger von Handlungen betrachtet (vgl. Schimank 2007). Zur Differenzierung des Begriffs in Bezug auf den Gegenstand dieser Arbeit, vgl. Kapitel 3.2 der Arbeit.

⁶ Acht von **12** Stiftungen haben ihren zentralen Standort in Brüssel – aus diesem Grund wird der Schwerpunkt auf das Brüsseler Umfeld gelegt. Zudem soll Brüssel als Standort des politischen Geschehens in den Blick genommen werden und findet daher auch eine besondere Berücksichtigung im Titel der Arbeit.

ropäisches Parlament 2011). Eine wichtige Rolle in den Debatten um die Gründung der europäischen Stiftungen und die Definition ihrer Aufgaben spielte dabei die Erfahrung mit dem Modell der deutschen politischen Stiftungen. So sah man die Funktionen der neuen europäischen politischen Stiftungen analog zu den bildungspolitischen Aufgabebereichen der deutschen Stiftungen verortet (vgl. Leinen 2006: 235). Aber werden die europäischen politischen Stiftungen diesen Aufgaben und Erwartungen gerecht? Wie entwickeln sich diese neuen politischen Akteure seither?

Relevanz des Themas und Ziel der Arbeit

Sucht man nach Antworten auf diese Fragen, muss man zuallererst feststellen, dass die europäischen Stiftungen in der breiten Öffentlichkeit bisher weitestgehend unbekannt sind, was nicht nur in Gesprächen und Reaktionen auf diese Arbeit deutlich wird.⁷ Auch aus einem wissenschaftlichen Erkenntnisinteresse heraus muss man feststellen, dass die Stiftungen bisher nur vereinzelt Gegenstand von Evaluationen oder Studien geworden sind (vgl. Mittag 2010: 49). Die ältere Literatur erschöpft sich bisher vor allem in Mutmaßungen über das Potential der Stiftungen. Es bleibt, so das allgemeine Fazit, abzuwarten, welche Bedeutung die den Parteien nahestehenden europäischen politischen Stiftungen tatsächlich entfalten werden (vgl. u.a. Mittag 2010: 123, Schmidt-Jevtic 2009, Schildberg 2006, Seeger 2008, Dakowska 2009). Eine genauere Betrachtung zur Etablierung und Tätigkeiten der Stiftungen liefern dagegen die Beiträge von Dakowska (2009, 2011) und das Working Paper von Gagatsek und van Hecke (2011), deren Ergebnisse in der vorliegenden Arbeit besondere Bezugspunkte darstellen werden. Während Dakowska, die als Pionierin bei der Untersuchung der Entstehungsgeschichte der europäischen Stiftungen bezeichnet werden kann, vor allem die Gründungsdynamik um die Stiftungen und die Zugangsbedingungen zur Europäischen Kommission analysiert, untersuchen Gagatsek und van Hecke das Potential der europäischen Stiftungen, die europäischen

Parteien durch ihre Arbeit zu unterstützen. Die wissenschaftliche Relevanz für eine vertiefende Betrachtung der europäischen politischen Stiftung als Gegenstand dieser Arbeit liegt damit in dem Vorhaben, weitere und genauere Erkenntnisse zur Verortung dieser neuen Akteure zu Tage zu bringen.

Angesichts der finanziellen Unterstützung durch die europäischen Institutionen und der politischen Bedeutung, die den Stiftungen beigemessen wird, ist es daneben auch von praktisch-politischer Relevanz, einen genaueren Blick auf sie und ihre Arbeit zu werfen. Vor allem aber ist es in Anbetracht der anhaltenden politischen und wissenschaftlichen Debatte um die Zukunft des europäischen Integrationsprozesses wichtig, die mit der Gründung der Stiftung verbundenen Ziele als Maßgabe im Blick zu behalten und sie aus dieser Perspektive zu bewerten. Auf alle diese Forschungsaspekte kann diese Arbeit sicher keine abschließenden Antworten geben. Das übergeordnete Erkenntnisinteresse ist jedoch, diese bisher unzureichend bekannten neuen europäischen Akteure in ihr politisches Umfeld einzuordnen. Soweit ersichtlich, leistet die vorliegende Arbeit damit einen ersten Beitrag zur wissenschaftlichen Untersuchung der europäischen politischen Stiftungen im deutschsprachigen Raum.

Thematische Eingrenzung und Fragestellung

Erste Forschungsergebnisse belegen, dass einige Gründe gegen die Annahme sprechen, dass das derzeitige Modell der europäischen politischen Stiftungen den hohen Erwartungen vollständig gerecht wird. Das betrifft vor allem die in der Verordnung selbst formulierten Ziele, die auf eine Stärkung der Verbindung zwischen den Unionsbürgern und den europäischen Institutionen zielen (vgl. Dakowska 2011). Gegen eine besonders öffentlichkeitswirksame und bürgernahe Arbeit spricht zunächst eine räumliche Distanz – der Sitz der Stiftungen ist vorwiegend in Brüssel. Diese These im Weiteren zu überprüfen, und damit eine Bewertung der Effekte der Öffentlichkeitsarbeit der europäischen politischen Stiftungen im Sinne eines „bridging the gap between the citizens of the EU and their institutions“ vorzunehmen, wird aufgrund der begrenzten empirischen Möglichkeiten im Rahmen dieser Arbeit nicht möglich sei. Um diesen Handlungsauftrag zu bewerten, wäre eine umfangreiche Analyse

⁷ Gespräche über das Thema dieser Masterarbeit führen im Allgemeinen zu der Feststellung, dass die europäischen politischen Stiftungen auch im wissenschaftlichen Umfeld der Europa-Studien bisher nicht oder nur wenig bekannt sind. Eine negative Bilanz gegenüber den anfangs gestellten Erwartungen einer europaweiten Öffentlichkeitsarbeit durch die Stiftungen zieht auch Dakowska (2011).

über einen langen Zeitraum und in mehreren Mitgliedstaaten der EU nötig.

Wirft man einen weiteren Blick auf den Standort Brüssel, ist festzuhalten, dass sich dort neben den niedergelassenen Büros nationaler parteinaher Stiftungen zahlreiche weitere Think Tanks befinden.⁸ Neben wissenschaftlichen Publikationen, Politikberatung, Forschung und öffentlichen Veranstaltungen vor Ort, bieten diese ein diverses Spektrum an Tätigkeiten, das bereits einen Teil des Handlungsfeldes der europäischen Stiftungen abdeckt.⁹ Es könnte also unterstellt werden, dass eine spezifisch europäische Struktur politischer Stiftungen überflüssig sei und deren Aufgabenspektrum bereits von anderen niedergelassenen Büros nationaler parteinaher Stiftungen¹⁰ oder auch von anderen bereits etablierten Think Tanks übernommen werden könne (vgl. Schmidt-Jevtic 2009: 308). Die europäischen politischen Stiftungen heben sich jedoch durch ein konstitutives Merkmal von allen weiteren Akteuren ab: durch die enge Angliederung an die europäischen politischen Parteien und dem Auftrag, diese zu stärken und zu unterstützen. Will man dieses weitere Ziel der Verordnung analysieren und zu einer möglichen Bewertung kommen, erfordert dies eine detaillierte Untersuchung der Beziehung zwischen den beiden politischen Akteuren. Ausgehend von der Annahme einer kooperativen Zusammenarbeit **fragt sich**, wie die Akteure selbst ihre Rolle sehen und wie Stiftungen und Parteien den Auftrag aus der Verordnung in ihrer Zusammenarbeit begreifen? Diese empirischen Überlegungen führen zu der übergeordneten Fragestellung der Arbeit: *Wie gestaltet sich die Beziehung der europäischen politischen Stiftungen zu den europäischen politischen Parteien?*

⁸ Bei Schätzungen wird von rund 50 bis 70 verschiedenen Think Tanks in Brüssel ausgegangen (vgl. http://www.european-agenda.com/files/booklet/FA_booklet_02_2006.pdf; Dagger/ Kambeck 2007).

⁹ Vgl. ausführlich zur wissenschaftlichen Analyse von Think Tanks Stone/ Denham/ Garnett 1998, Stone 1996.

¹⁰ Alle deutschen politischen Stiftungen und zahlreiche weitere nationale Parteienstiftungen haben personell und finanziell groß ausgestattete Vertretungen in Brüssel, vgl. ausführlich Weilemann 2007.

Erwartungshorizont und theoretischer Ansatz

Bedingung dafür, dass der in der Verordnung verankerte Auftrag erfüllt werden kann, ist, dass die Stiftungen und ihre jeweiligen Parteien in einer Beziehung zueinander stehen und zusammenarbeiten. Trotz ihrer Bindung an die europäischen Parteien, bleiben die Stiftungen dabei eigenständige Rechtspersönlichkeiten mit eigenständiger Organisation.¹¹ So kann insbesondere davon ausgegangen werden, dass die Stiftungen als politische Akteure auch eigene Interessen, Präferenzen und Zielsetzungen ausbilden und nach diesen handeln. Die europäischen Parteien wiederum entwickeln ebenfalls bestimmte Interessen und Vorstellungen von „ihren“ Stiftungen, so dass sich die Frage stellt, ob die beiderseitigen Interessen immer deckungsgleich sind. Angesichts dieser Konstellation lässt sich vermuten, dass die Beziehungen zu den europäischen Parteien Spannungen in sich bergen, die sowohl auf Seiten der europäischen Stiftungen als auch auf der der jeweiligen Parteien zum Ausdruck kommen könnten. Diesen Überlegungen schließt sich die Frage an, welcher analytische Fokus und welche theoretischen Konzeptionen zur Fundierung der Ausgangsfrage und des Erwartungshorizontes herangezogen werden können.

Aufgrund der fehlenden Literatur und der bisher eher geringen wissenschaftlichen Erkenntnisse zu den europäischen politischen Stiftungen wird der Gegenstand dieser Arbeit nicht von einer bestimmten Theorie als Ausgangspunkt abgeleitet und bewertet werden können. Ziel dieser Arbeit kann es zunächst (nur) sein, sich dem Gegenstand analytisch in einem heuristisch-explorativen Verfahren zu nähern und, wenn möglich, theoriegenerierend zu wirken. Dabei hat die Arbeit einen akteurszentrierten Fokus: Sie interessiert sich für das Handeln von Akteuren bei der Erklärung von politischen Prozessen und Politikergebnissen. Der Blick wendet sich von den großen Fragen der europäischen Integration hin zu den Akteuren und Strukturen innerhalb des politischen Systems der EU – ein Ansatz, der sich in der neueren Entwicklung der europäischen Integrationsforschung wiederfinden lässt (vgl. Bieling/ Lerch 2005, Aldrin/ Dakowska 2011, Wessels 2005). Konkret liegt der Fokus auf der Einordnung einer politischen Maßnahme, die der Grün-

¹¹ Vgl. dazu ausführlich Kapitel 2.4 der Arbeit.

derung der europäischen politischen Stiftungen zugrunde liegt: die Stärkung der europäischen Parteien. Die Arbeit kann in diesem Sinne als eine policy-Analyse charakterisiert werden, da dieser Fokus auch eine Einschätzung der Maßnahme impliziert. Dabei wird berücksichtigt, dass letztere innerhalb von integrationstheoretischen Debatten und im Gesamtprozess der europäischen Integration ihren Ausdruck fand.

Angesichts der Bedeutung der institutionellen Regelung, der Verordnung **Nr. 1524**, die die politischen Stiftungen institutionalisiert und ihren Aktionsrahmen festlegt, sowie der vermuteten Eigeninteressen der Akteure, liegt es nahe, die weitergehende Betrachtung der Stiftungen im Paradigma und mit Begriffen des akteurszentrierten Institutionalismus zu leisten. Der akteurszentrierte Ansatz bietet eine Erklärung von politischen Prozessen und Politikergebnissen, indem er von folgenden Grundannahmen ausgeht: Akteure handeln begrenzt rational und verfolgen ihre eigenen Interessen, sie werden dabei jedoch von ihrem institutionellen Umfeld beeinflusst (vgl. Scharpf 2000). Zudem bestimmt die Interaktion mit anderen Akteuren das eigene Handeln. Neben diesem grundsätzlichen Paradigma bietet der Ansatz einen analytischen Zugang zum Akteursbegriff und dessen Eigenschaften. Wendet man diese theoretischen Annahmen auf die Fragestellung der Arbeit an, stellt sich die Frage, wie die Stiftungen und die Parteien als politische Akteure im und über den institutionellen Rahmen des Rechtsakts hinaus miteinander in Interaktion treten und wie sich die Eigeninteressen der Akteure in dieser Interaktion niederschlagen. Aus diesen weiteren theoretischen Vorüberlegungen heraus lautet die konkretisierte Arbeitshypothese dieser Arbeit: *Es gibt gewisse Interessenskonflikte zwischen den Stiftungen und den Parteien, die aus der institutionell vorbestimmten engen Angliederung der europäischen Stiftungen an die jeweilige Partei und der gleichzeitigen Eigenständigkeit der beiden Akteure resultieren.*¹² Anspruch und Innovation dieser Untersuchung sind, objektive Einschätzungen möglicher Konfliktfelder in einem theoretisch-analytischen Rahmen darzulegen und damit eine erste Bewertung der Stiftungsgründung als politische Maßnahme vorzunehmen.

Methodik und Aufbau der Arbeit

Die vorliegende Arbeit ist in drei Teile aufgeteilt. Um die institutionelle Verankerung und den weiteren Auftrag der europäischen politischen Stiftungen einordnen zu können, werden diese in einem ersten Teil zunächst in der integrationstheoretischen Debatte um das Demokratiedefizit der EU und seine möglichen Ursachen verortet. Dabei steht die Frage im Mittelpunkt, wie und warum es zur Gründung der europäischen politischen Stiftungen kam, wobei die relevanten politischen Akteure und ihre Interessen im Rahmen dieser Debatten herausgestellt werden. Dabei wird verdeutlicht, wie eng integrationstheoretische Debatten mit der politischen Wirklichkeit zusammenhängen und in einer politisch-rechtlichen Maßnahme, wie der Gründung der europäischen politischen Stiftungen in der Verordnung Nr. 1524/ 2007, ihren Ausdruck finden. Die gewonnenen Erkenntnisse werden in einem zweiten Teil theoretisch konkretisiert und die weitere methodische Vorgehensweise erläutert.

Um die Stiftungen in ihrer Beziehung zu den europäischen Parteien genauer zu untersuchen und die theoretisch konkretisierte Arbeitshypothese zu überprüfen, schließt sich daran der dritte, empirisch-analytische Teil der Arbeit an. Dabei werden drei Untersuchungsfälle, je eine Stiftung und die dazugehörige Partei, anhand der vorgestellten theoretischen Grundlagen analysiert. In einem ersten Schritt der explorativen Annäherung ist zunächst herauszuarbeiten, wie sich die europäischen politischen Stiftungen in ihrer Arbeit öffentlich positionieren und einordnen, insbesondere gegenüber den europäischen Parteien. Dabei stützt sich die Untersuchung zunächst auf die eigene öffentliche Darstellung der Stiftungen, in der es um ihre Arbeit, Strategie, Funktion und Positionierung geht. Für eine weitergehende Untersuchung und zur genauen Erfassung der sozialen Realität wurden außerdem im März 2012 vorstrukturierte Leitfaden-Interviews mit Funktionsträgern der Stiftungen und Parteien in Brüssel geführt, orientiert an der Methodik von Gläser und Laudel (2010). Die Experteninterviews¹³ sollen herausstellen, wie die direkt und indirekt involvierten Akteure ihre Interessen und ihre Sicht auf die Stiftungen

¹² Der Untersuchung der Arbeit gehen somit keine explizit formulierten Wenn-dann oder je-desto Hypothesen voraus, vielmehr handelt es sich um eine „offene“ Hypothese und Fragestellung.

¹³ Zur Definition vgl. Kapitel 3.3 der Arbeit.

und deren Arbeit schildern.¹⁴ Für die Konstruktion der Leitfäden und die anschließende qualitative Analyse der Interviews wurden, dem analytischen Rahmen entsprechend, grundlegende Begriffe und Annahmen des akteurszentrierten Institutionalismus operationalisiert. Interviews mit Vertretern der Europäischen Kommission, dem Abgeordneten Jo Leinen und der Vertreterin einer deutschen politischen Stiftung dienen als tiefergehende Informationsquelle, die die Erkenntnisse der Arbeit aus Sicht der beteiligten Akteure zielgerichtet stützen. Abschließend werden der aus der Theorie abgeleitete Rahmen und die empirischen Erkenntnisse zueinander in Bezug gesetzt und in einer Schlussfolgerung zusammengefasst.

¹⁴ Vgl. zum Ansatz einer rekonstruierenden Untersuchung zur Erfassung der sozialen Wirklichkeit: Kapitel 3.3 der Arbeit.

2. Integrationstheoretische Einordnung des Gegenstandes

Die folgenden Ausführungen bieten eine erste Annäherung an den Gegenstand dieser Arbeit, indem erörtert wird, inwiefern sich die Gründung und Existenz der Stiftungen in integrationstheoretische Debatten einordnen lässt.

2.1 Die Debatte um die demokratische Legitimierung der EU

Betrachtet man die EU durch die Übertragung von Hoheitsrechten der Mitgliedstaaten als eine Form politischer Herrschaft, welche die Ausschließlichkeit des Herrschaftsanspruches der Nationalstaaten unterhöhlt, bedeutet dies, dass von der EU verbindliche, mit dem Anspruch der Allgemeingültigkeit versehene Entscheidungen getroffen werden (vgl. Kohler-Koch 2004: 193). Dabei stellt sich die Frage nach der Legitimität dieser „Herrschaft“ – die Frage danach, wie sich ihre Ausübung rechtfertigen lässt.¹⁵ Im Falle der EU garantieren zunächst die EU-Verträge, das sogenannte Primärrecht und das Sekundärrecht, also die auf Grundlage des Primärrechts erlassenen Rechtsakte der europäischen Organe (vgl. Art. 288 AEUV) die rechtliche Legitimität der Europäischen Union (vgl. Haratsch et al.: 2010: 156ff.).¹⁶ Über das Repräsentationsprinzip, welches in Art. 10 AEUV vertraglich festgeschrieben ist, können die europäischen Bürger durch Wahlen und Abstimmungen ihr politisches Führungspersonal auswählen und ihre Zustimmung zu bestimmten inhaltlichen Entscheidungen geben. Die Bürgerinnen und Bürger sind dabei zum einen durch das EP unmittelbar vertreten. Zum anderen besteht eine mittelbare demokratische Legitimation des Europäischen Rates und des Rates der EU über die nationalen Parlamente (vgl. Schmidt

2004: 425ff). Damit soll sichergestellt werden, dass das, was auf europäischer Ebene entschieden wird, durch die Zustimmung der Bürgerinnen und Bürger bzw. ihrer Repräsentanten in Parlamenten und Regierungen gedeckt ist (vgl. Kohler-Koch 2004: 195). Dass jedoch die generelle Befürwortung zum politischen Handeln der EU in weiten Teilen der Bevölkerung fehlt, zeigte sich nicht nur in der schwachen Beteiligung an den Europawahlen, sondern auch besonders deutlich in den gescheiterten Referenden zum Verfassungsvertrag im Jahre 2005 und zum Lissabon-Vertrag 2008 (vgl. Weidenfeld 2010: 33).¹⁷ Sie zeigten, dass die öffentliche Unterstützung für die EU fehlt, während dieser Mangel immer wieder medienwirksam auf die Tagesordnung gebracht wurde (vgl. Kohler-Koch 2011: 22; Donnelly/ Jopp 2009). In der wissenschaftlichen Debatte wird diese Entwicklung als das Ende oder die Auflösung des „permissive consensus“ beschrieben (vgl. Kaina 2009: 15, Kohler-Koch 2011: 22, Kielmannsegg 1994: 23). Darunter verstehen Scheingold und Lindberg (1970) das durch demonstrative Zurückhaltung ausgedrückte stille Einverständnis und die Gleichgültigkeit der europäischen Bürger gegenüber dem Verlauf der europäischen Integration und seiner Eliten. Dieser gesellschaftliche Konsens räumte den Regierungsvertretern als maßgeblichen Akteuren auf der europäischen Ebene einerseits großen Handlungsspielraum ein, andererseits manifestierte sich dadurch die als selbstverständlich geltende Tatsache, dass die wirtschaftliche und politische Einigung vornehmlich eine Angelegenheit von Eliten sei (vgl. Kaina 2009: 15, Hooghe 2003). Damit ging jedoch einher, dass die EU bzw. der Prozess der europäischen Integration jahrzehntelang nicht als kontroverses Thema in öffentlichen Debatten aufgegriffen wurde – eine öffentliche europapolitische Debatte existierte nicht (vgl. Seeger 2008: 236). Seit Ende der 1990er Jahre wurde nun wiederholt das Ende dieser stillen Zustimmung ausgerufen und die Manifestierung eines „constraining dissensus“ auf nationaler Ebene konstatiert (vgl. Hooghe/ Marks 2008).¹⁸ Zuletzt steht nun die **Eurokrise** als

¹⁵ Denn das politische Handeln der EU ist nicht mehr nur als ein bloßer Vollzug einmal getroffener, demokratisch legitimer Entscheidungen zu rechtfertigen. Sondern es lässt sich als diskretionäres Entscheidungshandeln in einem weiten Raum europäischer Politikkompetenz beschreiben und ist als solches rechtfertigungsbedürftig (vgl. Kielmannsegg 1994: 24).

¹⁶ Max Weber (1976) definiert diesen Typus legitimer Herrschaft als die „legale“ Herrschaftsform: Er beruht auf Legitimität kraft Satzung. Gehorcht wird nicht der Person kraft deren Eigenrecht, sondern der gesetzten Regel, die dafür maßgebend ist, wem und inwieweit ihr zu gehorchen ist. Auch der Befehlende selbst gehorcht einer Regel: dem Gesetz.

¹⁷ Bereits vorher gab es einschlägige Referenden: So verwarf Dänemark 1992 im ersten Anlauf den Vertrag von Maastricht und Irland im Jahr 2001 den Vertrag von Nizza. Grundsätzlich wird die Lesart der Ablehnung der Referenden jedoch oft auch als Ausdruck der Ablehnung nationaler Politik und die Unzufriedenheit mit dieser diskutiert.

¹⁸ Zur Diskussion um die Interpretation des Ende vom „permissive consensus“ und im Sinne einer positiven

weiteres Beispiel für die Verunsicherung der Bevölkerung über das europäische Projekt, die politischen Eliten der EU und eine fehlende demokratische Legitimation auf der aktuellen Agenda.¹⁹

Bezüglich der Bandbreite an Forschung zum möglichen Demokratiedefizit der EU stellten Follesdal und Hix (2006: 533) schon vor Jahren fest:

„The fate of the Constitutional Treaty for Europe after the French and the Dutch referendums will no doubt prompt further volumes of academics books and articles on the ‚democratic deficit‘ in the European Union (EU). The topic already receives huge attention, with ever-more convoluted opinions as to the symptoms, diagnoses, cures and even side-effects of any medication.“²⁰

Dabei wird zunächst darüber debattiert, ob dieses Defizit überhaupt existiert und wenn ja, wie und ob es zu beheben sei (vgl. Schäfer 2006: 350, Kaina 2009: 166ff.).²¹ Zwei gegenteilige Varianten lassen sich hinsichtlich der Einschätzung möglicher und angemessener Lösungsstrategien unter den Be-

Auslegung, vgl. Beichelt 2010. So plädiert Beichelt dafür, EU-Skepsis als Teil der „contestation“ im Willensbildungsprozess zu begreifen, und fordert daher dazu auf, diese nicht kritisch zu beäugen, sondern als regulären Bestandteil der europäischen Politik zu verstehen.

¹⁹ Im Vordergrund steht dabei die Frage um die Kontroll- und Mitbestimmungskompetenzen der nationalen Parlamente bei der Mitentscheidung von Rettungspaketen in Milliardenhöhe, vgl. exemplarisch <http://blog.zdf.de/zdfdasblog/2011/08/31/rettungsschirm-und-demokratiedefizit/>.

²⁰ Was die Debatte so unübersichtlich und weit macht, liegt auch an einem der primären theoretischen Defizite der Debatte. So wird kritisiert, dass die jeweils zugrunde gelegten Begriffe von Demokratie höchst unterschiedlich und ohne begriffliche und inhaltliche Standards seien, was eine Bewertung von Demokratie in der EU somit gar nicht möglich mache (vgl. Abromeit 2002, 57ff., vgl. dazu auch Grande 1996: 356f.).

²¹ Grundsätzlich lässt sich die Debatte dadurch unterscheiden, dass der Demokratiewert der EU häufig an zwei unterschiedlichen Legitimationsargumenten gemessen wird, deren Begrifflichkeiten durch die Arbeiten von Fritz W. Scharpf (vgl. u.a. 1999) geprägt sind: der Input- und der Outputlegitimität. Erstere betont die Herrschaft *durch* das Volk und legitimiert politische Entscheidungen, weil sie den Willen des Volkes widerspiegeln. Zweitere stellt die Herrschaft *für* das Volk in den Vordergrund: Politische Entscheidungen sind legitim, wenn und weil sie auf wirksame Weise das allgemeine Wohl im jeweiligen Gemeinsinn fördern (vgl. Scharpf 1999:16). Damit wird auch der jahrelange „permissive consensus“ der europäischen Bürger erklärt.

zeichnungen des *substantiellen oder strukturellen Defizits* und des *institutionellen Defizits* zusammenfassen und zuspitzen (vgl. Grande 1996: 341ff.). Während letztere an den institutionellen Funktionsmängeln des politischen Systems der EU ansetzen, wird von der „substanziellen“ oder strukturellen Variante die Demokratisierbarkeit der EU grundsätzlich bestritten.²²

Die Demokratie(un)fähigkeit der EU

Die Vertreter des strukturellen Defizits der EU stehen am einen Ende der Debatte, denn sie stellen die *Demokratiefähigkeit* der EU grundsätzlich in Frage (vgl. Kielmannsegg 2003: 56). Die europäische Politik könne in absehbarer Zeit nicht als Herrschaft durch das Volk legitimiert werden (vgl. Scharpf 1999: 168). Im Vordergrund um die Frage nach einer europäischen Demokratie steht für sie nämlich zunächst die „gesellschaftliche Infrastruktur“, auf die sich erst anschließend funktionsfähige demokratische Institutionen der EU stützen könnten (vgl. Kielmannsegg 2003: 60). Die Legitimitätsstiftende Wirkung von Demokratie, vor allem in der Anwendung der Mehrheitsregel, sei an bestimmte sozio-kulturelle Voraussetzungen gebunden (vgl. Kaina 2009: 172). Demokratie gründe sich immer auf ein sich selbst als solches begreifendes Kollektiv – doch gäbe es eine derartige belastbare Identität der Europäer bis heute nicht (Kielmannsegg 2003: 57). Es fehle an einer Kommunikations-, Erfahrungs- und Erinnerungsgemeinschaft, in denen sich kollektive Identitäten ausbilden könnten (vgl. ebd.: 58, 1996: 27). Eine besondere Barriere sei dabei die Vielsprachigkeit (ebd.: 1996: 28, Grimm 1994: 42).²³ Dadurch könnten sich keine europäische Öffentlichkeit und kein politischer Diskurs entwickeln, „der Politik überhaupt erst zu einer Sache der Allgemeinheit und damit die Demokratie erst zur Demokratie macht“ (Kielmannsegg 2003: 80). Die Vertreter des strukturellen Demokratiedefizits sehen auch in einer weiteren institutionellen Ausgestaltung der EU keine Möglichkeiten, das Defizit

²² Beide Positionen/Varianten konzentrieren sich dabei in ihrer Argumentation auf die Input-Legitimation, d.h. es wird an dieser Stelle ein ähnliches Verständnis von Demokratie vorausgesetzt.

²³ Erschwerend kommt hinzu, dass sich die wirtschaftliche, institutionelle, kulturelle und sprachliche Heterogenität der Union durch jeden neuen Beitritt vergrößert hat und sich dadurch die Ausbildung der europäischen Identität und der Diskurse noch weiter verkompliziert (vgl. Scharpf 1999: 168).

zu beseitigen (vgl. Kielmannsegg 2003: 62, Grimm 1994: 47).²⁴

Institutionelles Demokratiedefizit und Lösungsansätze

Die Vertreter des institutionellen Demokratiedefizits, die „Optimisten“ (vgl. Schäfer 2006), sehen ebenfalls die Gefahr in der fehlenden Unterstützung für das europäische Integrationsprojekt und dessen demokratischen Defizites.²⁵ Sie sind aber der Meinung, dass eine weitere Demokratisierung der EU Anreize schaffen könne, um eine kollektive Identität zu erzeugen (Follesdal/ Hix 2006: 18; Kaina 2009). Das europäische Demokratiedefizit sei im Wesentlichen ein institutionelles Defizit – die Herausforderungen mit Blick auf Handlungsfähigkeit, Transparenz und Demokratie der EU sind somit unmittelbar mit der Ausgestaltung, Anpassung und Weiterentwicklung ihrer politischen Institutionen verbunden (vgl. Seeger 2008: 63). Die EU wird als ein politisches System begriffen, das durch institutionelle Reformen wie der Einführung von parlamentarischen und direkt-demokratischer Elemente im Institutionengefüge demokratisiert werden kann (vgl. Finke/ Knodt 2005: 12, Kohler-Koch 2003: 111ff., Michalowitz 2007: 23f.).²⁶

Auch von offizieller EU-Seite werden hauptsächlich institutionelle Reformen als Lösungsansatz diskutiert und angestoßen (vgl. etwa die Erklärung von Laeken 2001). Mit verschiedenen Maßnahmen wurde daher in den vergangenen Jahren auf europäischer Ebene zunächst versucht, das öffentliche Interesse und die Beteiligung der Bürger am politischen Prozess der Europäischen Union

zu stärken. Bei der Frage nach politischen Lösungsansätzen und ihrer Umsetzung kam dem EP von jeher eine besondere Rolle zu (vgl. Schäfer 2006: 352). So glaubte man lange Zeit, dass das Demokratiedefizit allein durch Aufwertung des EP beseitigt werden könne (vgl. Schmidt 2006: 432, Grande 1996: 345). Schließlich besitzt dieses als einziges direkt von den europäischen Bürgern gewähltes Organ eine besondere Legimitation. Daher müsse an dieser Stelle angesetzt werden, um die Bürger in die laufenden politischen Prozesse einzubeziehen und ihnen somit das Gefühl zu vermitteln, dass ihre Stimme zähle (vgl. Grande 1996: 345). In der praktischen Politik führte das dazu, dass das EP in den vergangenen Reformen sukzessive gestärkt wurde und sich

„seit den ersten Direktwahlen 1979 von einem Außenseiter des europapolitischen Entscheidungsprozesses zu einem machtvollen und einflussreichen Akteur entwickelt hat“ (vgl. Seeger 2008: 67).

Betrachtet man die letzte Reform des institutionellen Gerüsts der EU, den Vertrag von Lissabon, lässt sich feststellen, dass die Stärkung der demokratischen Inputlegitimation der EU fast ausschließlich über den Ausbau der Rechte des EP erfolgte (vgl. Göler 2011: 290), u.a. durch die massive Ausdehnung seiner gesetzgeberischen Kompetenzen und der ihm zugestandenen vollen Mitentscheidung im Haushaltsverfahren (vgl. Maurer 2009: 14ff.). Besonders auf politischer Ebene wird des Weiteren über die Möglichkeit diskutiert, dem Parlament die Kompetenz zuzusprechen, die Europäische Kommission und ihren Präsidenten zu wählen (vgl. Leinen 2004: 33).

Ein weiterer Schwerpunkt wurde auf die Ausgestaltung der partizipativen Möglichkeiten der Bürger gelegt. So regte die Europäische Kommission 2001 in ihrem Weißbuch „Europäisches Regieren“ die Entwicklung alternativer Partizipationsformen für eine neue Form des Regierens an, mit dem Ziel „die politische Entscheidungsfindung zu öffnen, und mehr Menschen und Organisationen in die Gestaltung und Durchführung der EU-Politik einzubinden“ (KOM 2001: 4). Eine besondere Bedeutung kommt dabei der im Vertrag von Lissabon neu eingeführten Europäischen Bürgerinitiative zu (vgl. Art. 11 Abs. 4 EUV). Neben der Möglichkeit einer direkten Partizipation der Bürger erhofft man sich von dieser

²⁴ So wird der Gedanke einer Stärkung des Parlamentes zwar diskutiert, aber mit einem negativen Ergebnis: ein zu starkes Parlament störe das Gleichgewicht der föderalen Balance im Sinne einer Vertretung der Mitgliedstaaten, und wäre hauptsächlich an der extensiven Auslegung und Wahrnehmung seiner eigenen Gesetzgebungszuständigkeiten interessiert (vgl. Kielmannsegg 1996: 32).

²⁵ Jedoch sehen sie zunächst auch keine andere Alternative zu diesem. So ist Habermas (1996: 187) als Vertreter der deliberativen Demokratietheorie der Meinung, dass „[n]ur regional übergreifende Regime wie die Europäische Gemeinschaft (...) überhaupt noch auf das globale System nach Maßgabe einer koordinierten Weltinnenpolitik einwirken [können]“.

²⁶ Besonders sei dabei auf die Arbeiten von Simon Hix verwiesen **der** sich für eine Minderung bzw. Behebung des Demokratiedefizits durch institutionelle Reformen stark macht, vgl. Hix 2003, Hix/ Follesdal 2006, Hix 2007).

eine Politisierung des europäischen Integrationsprojekts, d.h. die Entwicklung eines öffentlichen Diskursraumes, in dem die Union und sie betreffende, politisch relevante Themen in der öffentlichen Debatte aufgegriffen und kontrovers diskutiert werden (vgl. Seeger 2008).

Fehlende politische Debatte

Genau an dieser Stelle bzw. an diesem Ziel setzt die Kritik an den oben genannten Maßnahmen und Lösungsansätzen an. Eine zu starke „Parlamentarisierung“ sei kein alleiniges probates Mittel zur Minderung des Demokratiedefizits (vgl. Grande 1996: 351): „Der parlamentarische Betrieb gewährleistet noch keine demokratischen Strukturen“ (Grimm 1994: 37). So hat die Aufwertung des EP in den letzten Dekaden den Rückgang der Wahlbeteiligung und damit der Beteiligung der Bürger am Willensbildungsprozess nicht stoppen können (vgl. Schäfer 2006: 372). Dadurch kann die demokratische Legitimation des Parlamentes erneut in Frage gestellt werden, da es unter diesen Bedingungen nicht hinreichend legitimiert ist und eine demokratische Repräsentation nicht gewährleistet werden kann (vgl. Mittag 2006: 13, Grimm 1994: 45). Es genügt also nicht, sich nur auf die konkrete institutionelle Aus- bzw. Aufbesserung des politischen Systems der EU durch die Stärkung des EP und des Ausbaus der partizipatorischen Möglichkeiten zu konzentrieren.²⁷ Denn die Wahrnehmung und Nutzung partizipativer Instrumente hängen von Faktoren ab, die außerhalb der konstitutionellen Architektur und der durch sie bedingten Aufgabenverteilung liegen (vgl. Göler 2011: 308).

Legt man die knappe Demokratiedefinition von Dahl zugrunde, gehört zu dem „*right to participate*“ die Existenz einer „*public contestation*“ (Dahl 1971: 8). Diese beiden Elemente sind konzeptuell getrennt und sind doch empirisch unmittelbar miteinander verwoben: Erst durch die Auseinandersetzung mit Themen kann man sich zu einem gewissen Thema äußern und Stellung beziehen und die institutionelle und partizipative Ausgestaltung eines politischen Systems auch nutzen.²⁸ In der EU fehle es jedoch bisher an

europaweiten politischen Diskursen und politischem Wettbewerb (Scharpf 1999: 167). Hierin läge, so schlussfolgert Hix, das eigentliche demokratische Defizit der EU. Es gäbe keinen politischen Wettbewerb und es fehle an „*democratic arenas for contestation*“ (Follesdal/ Hix 2006: 551f.), in denen über die politische Führung auf europäischer Ebene und die grundlegende Richtung der Politikagenda diskutiert werde.²⁹ Dass diese Auseinandersetzung in der EU nicht stattfindet und keine europäische Öffentlichkeit existiert, zeigt sich in der schwachen Beteiligung an den Europawahlen und der fehlenden Unterstützung zum Integrationsprojekt insgesamt.³⁰ Daher wird von den Vertretern der institutionellen Variante des Demokratiedefizits grundlegend gefordert, dass es eines Mechanismus bedarf,

„that would enable them [the citizens, J.B.] to identify policy options, take sides in a debate, and ultimately accept being on the losing side in one period in the expectation that they will be on the winning side in the near future. The only way to achieve this is through gradually increasing political contestation at the European level, and allowing this contestation to produce a mandate for policy change“ (Hix 2006: 3).

Die Bürger sollen davon überzeugt werden, dass ihre Interessen und Werte in der EU unterstützt und vertreten werden und es sich lohnt, diese auszudrücken und zu diskutieren (vgl. Hix 2006: 11). Wenn es also darum gehen soll, die politische Debatte in der EU zu befeuern, und die „*contestation*“ als notwendige Voraussetzung einer partizipativen und repräsentativen Demokratie zu stärken,

der Interessensvermittlungen und Konfliktsteuerung auf, der die parlamentarische Entscheidungstätigkeit teils entlastet, teils vorstrukturiert. Dabei wird die Verbindung zwischen den Einzelnen, ihren gesellschaftlichen Assoziationen und den staatlichen Organen vor allem von den Kommunikationsmedien aufrecht-erhalten, die jene Öffentlichkeit herstellen, durch welche allgemeine Meinungsbildung und demokratischen Teilhabe erst möglich werden.“

²⁹ Zur Ausbildung einer europäischen *Res Publica*, die sich über die Ziele ihres politischen Handelns immer neu verständigen muss, bedarf es einer Arena, in der gesellschaftliche Konflikte politisch sichtbar ausgetragen und damit entscheidbar werden können (vgl. Beichelt 2010: 14ff.).

³⁰ Ein weiteres Problem ist das geringe Wissen über die EU-Politik, dessen Behebung wiederum mehr Bürgerbeteiligung und einer öffentlichen Debatte vorgelagert sein müsste (vgl. Schäfer 2006: 372).

²⁷ Grande (1996: 352ff.) schlägt z.B. vor, die direktdemokratischen Beteiligungsformen der Bürger, wie durch europäische Referenden, zu erhöhen.

²⁸ Dazu Grimm (1994: 37): „Der parlamentarische Prozess baut vielmehr auf einem gesellschaftlichen Prozess

muss man sich den Akteuren zuwenden, die darin theoretisch unmittelbar eine Rolle spielen, indem sie den Willen der Bürger repräsentieren und zum Ausdruck bringen: den politischen Parteien als intermediären Akteuren.³¹

2.2 Die Bedeutung und Rolle von politischen Parteien

Partei-politischer Wettbewerb ist aus demokratietheoretischer Sicht ein entscheidendes Instrument für die Formierung von Meinung, **in denen** politische Parteien die wesentlichen Ordnungsfaktoren sind (vgl. Patzelt 2007: 337-345, Detterbeck 2011: 23-55). Parteien bündeln die Ideen und Interessen der Bürger, entwickeln diese weiter, formen sie im politischen System um und bilden so eine der wesentlichen Verbindungen zwischen dem Volk und den Organen des Staates (vgl. Piepenschneider 2004: 237). Sie haben sich als Lösung für demokratisch legitimierte Herrschaftsausübung bewährt, weil sie allen Bürgern das Engagement für ihre eigenen Interessen anbieten, die Vielzahl aller Interessen einer Gemeinschaft miteinander abstimmen sowie den (Wahl-)Bürgern Personen, die als Repräsentanten im Staat handeln, und politische Programme vorschlagen (vgl. von Gehlen 2006: 162). Gleichsam lässt sich hervorheben, dass den Parteien in Bezug auf die Dahl'sche Definition von Demokratie sogar eine doppelte Rolle zukommt. Zum einen sind sie Akteure der politischen Diskussionen, der „*contestation*“, selbst: Sie positionieren sich, sie polarisieren und sie formieren sich in Opposition zu anderen Parteien oder Regierungen in einem allgemeinen Parteienwettbewerb. Zum anderen sind sie durch Wahlen direkt in den Prozess der „*participation*“ involviert, und dienen als Interessensvermittler der partizipierenden Bürger. Diese wählen den Vertreter einer Partei ihrer Wahl, der sie dann wiederum im Parlament bzw. in der Regierung repräsentiert. Sie können daher als Scharniere zwischen den staatlichen Institutionen und der Gesellschaft, als Politikvermittler, betrachtet werden: Sie greifen gesellschaftliche Vorstellungen, Forderungen und Konflikte auf, bündeln diese in eigenen Aktions- und Handlungsprogramme und treten dann im Rahmen von politischen

Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen für deren Umsetzung ein (Mittag 2010: 99). Die Repräsentationsfunktion der Parteien umfasst somit die Aufgabe, gesellschaftliche Interessen in politischen Forderungen umzusetzen und diese an das politische System zu stellen (vgl. Mittag 2010: 103). Dieser Prozess geht einher mit der Verarbeitung von Konflikten und Interessen, denn Bürger müssen sich zwischen rivalisierenden Programmen, Ideologien und Amtsinhabern entscheiden:

„In a normal democracy, rival groups of elites (parties) would have incentives to develop and promote competing policy positions, a majority would form in favour of a particular policy package, and a mandate for action would be established“ (Follesdal/ Hix 2005: 17).

Einer der zentralen Operationsmodi von politischen Parteien ist letztlich die formalisierte Besetzung politischer Ämter auf der Grundlage von Wählerstimmen (vgl. Rucht 1993: 266). Die politischen Wahlen bieten für die Parteien dann den entscheidenden Handlungsrahmen, um mittels Wahlkampagnen und Mobilisierungsstrategien ihre eigene Partei und das politische System durch „emotional verankerten Massentrückhalt“ zu stützen (vgl. Wiesendahl 1980: 198). Dabei bleibt es nicht nur bei der politischen Beteiligung durch Wahlen, sondern dieser Rückhalt kann auch in einer aktiven Beteiligung (z.B. bei der Nominierung von Kandidaten) im Rahmen einer Parteimitgliedschaft seinen Ausdruck finden. Damit wird auf die aktivierenden Verbindungslinien zwischen Bürgern und Parteien abgezielt, aber auch zwischen Bürgern und politischen System (vgl. Mittag 2010: 105). Es lässt sich somit zusammenfassen, dass politischen Parteien zahlreiche Funktionen zugeordnet werden, die sie zu Schlüsselakteuren des politischen Prozesses machen:³² Sie erbringen zugleich gesellschaftliche, intermediäre und politische Systemfunktionen (vgl. Wiesendahl 2006: 21).

³¹ Grundsätzlich verbinden intermediäre Systeme „zwei externe Kommunikationssysteme, zwischen denen Kommunikationsschranken existieren oder die sogar in einem spannungsreichen [...] Verhältnis zueinander stehen“ (vgl. Rucht 1993: 256).

³² An dieser Stelle sei darauf hingewiesen, dass diese Rolle der Parteien heute in der politikwissenschaftlichen Debatte viel diskutiert wird und umstritten ist. Zu Alternativen vgl. Morlok 2012.

2.2.1 Europäische Parteien für eine Stärkung der europäischen Demokratie?

Geht man von diesen zentralen Systemfunktionen politischer Parteien aus, kann analog geschlussfolgert werden, dass sich ein starkes europäisches Parteiensystem angesichts des Potentials als Transmissionsrolle mittelbar legitimationsstiftend auf die EU auswirken könnte (vgl. Mittag 2006, van Gehlen 2005, Hix 2006). Ob und wie weit europäische Parteien den oben genannten Aufgaben als intermediäre und repräsentative Akteure gerecht werden können, wurde in den vergangenen Jahren daher vermehrt diskutiert (u.a. Ayirtman/ Pütz 2005, von Gehlen 2005, Mittag 2010, Carstens 2010, Hix/ Lord 1997, Donnelly/ Jopp 2009). Die europäischen politischen Parteien könnten dafür sorgen, dass sich die „*contestation*“ in der EU durch parteiideologische Wettstreite und die Diskussion und Kommunikation von gesellschaftlich relevanten Themen erhöhen könnte, was sich unmittelbar auf eine Stärkung der europäischen Öffentlichkeit auswirken würde: „open political battles would also increase the accountability and legitimacy of the EU“ (Hix 2006: 10). Sie würden damit mittelbar zu einer stärkeren Legitimation des EP beitragen, indem sie einen Einfluss hätten auf eine höhere Wahlbeteiligung – „*participation*“ – bei den Europawahlen. Die europäischen Bürger könnten sich in politischen Debatten eine Meinung bilden und diese in den Wahlen durch ihre Stimmabgabe kundtun.

Die Kritiker des substantiellen Demokratiedefizits, aber auch der institutionellen Variante stimmen jedoch überein, dass genau an dieser Stelle eine Ursache für das Demokratiedefizit der EU liegt (vgl. Seeger 2008: 237). Die europäischen Parteien sind bislang in der Öffentlichkeit und bei den Bürgern weitestgehend unbekannt (vgl. Ayirtman/ Pütz 2005: 395)³³, was sich in der schwachen Beteiligung bei den Europawahlen und existierenden Informationsdefiziten zu den europäischen Parteien äußert.³⁴ Es fehlt an einer

³³ Eine Rolle spielen dabei auch die Zugangs- und Mitwirkungsbedingungen für Bürger, was sich durch eine individuelle Mitgliedschaft ausdrücken könnte, um stärker im Artikulations- und Kommunikationsprozess involviert zu sein. Diese hat bisher jedoch eher symbolischen Charakter (vgl. Ayirtman/ Pütz 2005: 322).

³⁴ So berichtete der Spiegel eine Woche vor den Europawahlen 2009, dass nur jeder dritte Wahlberechtigte wisse, wen er wählen solle, während 66% der Befragten gar nicht wählen wollten oder noch nicht sicher seien, ob sie an die Wahlurnen treten würden. Für

europaweiten institutionellen Infrastruktur politischer Parteien (und gemeinsamer Medien, die diese thematisieren), welche einen politischen Wettbewerb mit sich bringt und die politische Verantwortlichkeit von Amtsinhabern gegenüber einer europäischen Wählerschaft sicherstellen könnte (Scharpf 1999: 167, Follesdal/ Hix 2006, Ladrech 1999: 96). Der genauere Blick auf die europäischen Parteien soll klären, worin die Ursachen für die Defizite liegen.

2.2.2 Struktur und Merkmale der europäischen Parteien

Spricht man von politischen Parteien auf europäischer Ebene, ist zuallererst zu klären, was genau darunter zu verstehen ist.³⁵ Es handelt sich dabei um transnationale Zusammenschlüsse von nationalen oder regionalen Parteien aus Mitgliedstaaten der EU und weiteren europäischen Staaten, die in ihren Orientierungen und Zielsetzungen übereinstimmen und die sich auf der Grundlage einer vereinbarten Satzung sowie eines gemeinsamen Programms zur Verwirklichung ihrer Politik verpflichten (vgl. Jansen 2008: 165). In ihrer Struktur werden sie daher auch als Dachorganisationen beschrieben. Erstmals öffentlich in Erscheinung getreten sind die europäischen Parteien im Zuge der ersten Direktwahl des EP 1979³⁶ und des Interesses der nationalen Parteien einen im europäischen Raum koordinierten Wahlkampf zu führen. So entstanden im Vorfeld der Wahlen die ersten europäischen Parteienbündnisse (vgl. Mittag 2006: 42ff.). Mit der sukzessiven Ausweitung der Kompetenzen

60% der Befragten, die sich bereits festgelegt hatten, spielte die Bundespolitik die wichtigste Rolle bei der Entscheidung (Europapolitik: 35 %); nur 41% fühlen sich ausreichend informiert, während 54 % von einem persönlichen Informationsdefizit sprachen (vgl. <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,627616,00.html>).

³⁵ So werden die Parteienverbände rechtlich und offiziell als „politischen Parteien auf europäischer Ebene“ benannt. Für die Zuschreibung „europäische Parteien“, welche das Europäische Parlament präferierte, gab es auf Seiten der Kommission und des Rates zu große Vorbehalte (so berichtete Dr. Lehmann im April 2012, Parteiensymposium „Auf dem Weg zu einer europäischen Parteiendemokratie). Im Folgenden soll aber der sprachlichen Einfachheit halber der Begriff „europäische Parteien“ genutzt werden (andere geläufige Bezeichnungen, vgl. Mittag 2010: 16)

³⁶ Dreh- und Angelpunkt war schon zu Beginn das EP, welches sich bereits als Versammlung der EGKS in Fraktionen aufteilte, um nach außen seine Bedeutung als politische Repräsentanz zu unterstreichen (vgl. Weidenfeld/ Wessels 2009: 169).

des EP wuchs auch die Bedeutung der europäischen Parteien und Fraktionen – ein Prozess, der auch allmähliche Organisations- und Kommunikationsstrukturen der europäischen Parteien mit sich brachte. In Art. 138a des Maastrichter Vertrages wurden den europäischen Parteien erstmalig eine besondere Rolle im Integrationsprozess zugewiesen:

„Politische Parteien auf europäischer Ebene sind wichtig als Faktor der Integration in der Union. Sie tragen dazu bei, ein europäisches Bewusstsein herauszubilden und den politischen Willen der Bürger der Union zum Ausdruck zu bringen.“

Nach jahrelangen Verhandlungen trat 2004 die Verordnung (EG) Nr. 2004/ 2003 in Kraft, die erstmalig einen finanziellen und rechtlichen Rahmen für die Parteien festlegte. Um als Partei auf europäischer Ebene anerkannt und vom EP finanziert zu werden, muss eine europäische Partei

- a) in dem Mitgliedstaat, in dem sie ihren Sitz hat, Rechtspersönlichkeit besitzen
- b) in mindestens einem Viertel der Mitgliedstaaten gewählte Mitglieder in Parlamenten (EP, nationale Parlamente, Regionalparlamente) oder bei der letzten Europawahl in jedem dieser Staaten einen Stimmenanteil von mindestens 3 Prozent erreicht haben,
- c) in ihrem Programm und in ihrer Tätigkeit die Grundsätze der EU nach Art. 6 Abs. 1 EUV beachten, und
- d) an Europawahlen teilgenommen haben oder die Absicht bekunden, dies zu tun (vgl. Art 3 Verordnung Nr. 2004/ 2004).

Eine durch die neuen Regelungen und vor allem die finanziellen Anreize angestoßene Dynamik ließ nicht lange auf sich warten und so wurde nach Inkrafttreten der Verordnung eine Reihe von neuen Parteien nach Maßgabe der Kriterien gegründet. Im März 2012 gab es insgesamt 13 Parteien auf europäischer Ebene, die sich von Mitgliedsbeiträgen und den Zuwendungen aus dem Gemeinschaftshaushalt finanzieren: 85 Prozent richten sich dabei nach der Mandatsstärke im

EP, 15 Prozent werden zu gleichen Teilen unter allen anerkannten Parteien verteilt.³⁷

Die Defizite der europäischen Parteien

Den europäischen Parteien wird aufgrund ihres Netzwerkcharakters – durch die Mitgliedschaften über Ländergrenzen hinweg – und ihres föderativen Prinzips zunächst eine gute Ausgangsposition attestiert, um den intermediären Raum zwischen der europäischen Politik und den europäischen Bürgern zu füllen (vgl. Ayirtman/ Pütz 2005). Damit sie diese Kraft zur Geltung bringen können, müssten sie jedoch zunächst in gewissem Maße zu eigenständigen Akteuren und zentralen Akteuren im Entscheidungsprozess avancieren (vgl. Meyer 2006: 402, Leinen 2006: 232). Wichtige Bedingungen sind dabei ihre personelle Eigenständigkeit und der politische Wettbewerb im EP. Diese Voraussetzungen lassen sich jedoch aufgrund der Struktur der europäischen Parteien nur schwer erfüllen. Dahingehend ist zunächst festzuhalten, dass die Rolle der Europarteien im Mehrebenensystem der EU mit den Maßstäben der nationalen Parteiendemokratie nicht oder zumindest schwer zu fassen sind (vgl. Mittag 2010: 99):

„Geht man von einem parlamentarischen Demokratiemodell aus, so können die Europaparteien die an nationalstaatliche Parteien angelegten Funktionen kaum erfüllen. Im Mehrebenensystem der EU sind es immer noch die nationalen Parteien, welche die klassischen Parteifunktionen der Integration, Politikformulierung, Elitenrekrutierung sowie Politikgestaltung erfüllen“ (Ayirtman/ Pütz 2005: 391).³⁸

So lassen sich unter dem Titel „europäische Parteien“ analytisch mehrere parteiliche Dimensionen fassen, die Bardi (2002: 295ff.) die „three faces of Europarty organizations“ nennt: die europäischen Parteien, die Fraktionen im Parlament und die nationalen Parteien.³⁹ Durch diese Pluralität der Parteienakteure auf der europäischen Ebene (vgl.

³⁷ Zur Übersicht siehe <http://www.europarl.europa.eu/pdf/grants/grantamountsparties01-03-2012.pdf>.

³⁸ Vgl. dazu auch Mittag (2010: 99-123), der einen modifizierten Funktionskatalog der europäischen Parteien mit dem Vorbild der klassischen Parteienaufgaben aufstellt.

³⁹ Vgl. zur Kritik am Konzept der „three faces“, Mittag (2010: 256f.).

Mittag 2010: 255ff.) eröffnen sich inhärente Spannungsfelder, was ihre personelle Eigenständigkeit betrifft: einmal gegenüber den Mitgliedsparteien, den nationalen Parteien, und zum Teil auch gegenüber den Fraktionen im EP. Durch die Dreiteilung gelingt es den europäischen Parteienverbänden nur schwer, sich ein exklusives Profil zu schaffen und somit auch die wichtige ideologische Komponente einer Partei zu erfüllen.

So sind Zustand und Entwicklung der Parteien zunächst abhängig von der Fähigkeit und dem Willen ihrer nationalen Mitgliedsparteien, einen gemeinsamen Willen zu äußern und von der Bereitschaft, gemeinsam zu handeln. Die Vorstellung über das, was eine europäische Partei jedoch ist und leisten soll, kann jedoch weit auseinandergehen und zu einer Politik des kleinsten gemeinsamen Nenners führen (vgl. Jansen 2008: 176). Zudem stellt Ladrech (2007: 951) fest, dass die EU für die meisten Mitglieder der nationalen Parteien nach wie vor ein Parteilitenprojekt sei und der Fokus für die Mehrheit der Parteimitglieder weiterhin auf den „domestic issues“ liege.⁴⁰ Aus Sicht Ladrechts sind die transnationalen Parteien somit lediglich nationale Instrumente: „[A]lthough they transcend any one national party, their activities and organizational structure are dependent upon national party agreement“ (Ladrech 1999: 101).

Wenn die Politik in der EU durch Parteipolitik bestimmt wird, so geschieht dies bislang durch die Dominanz der nationalen Parteien im Rat und der Kommission, aber auch im EP (vgl. Ayirtman/ Pütz 2005: 391, Zotti 2010: 93). Zudem sind die europäischen Parteienorganisationen an der Vergabe von wichtigen Ämtern und an der Kandidatenaufstellung für die Wahlen zum EP bisher kaum beteiligt (vgl. Mittag 2010: 109).⁴¹ Damit haben sie bei der Personalwahl nicht die Kom-

petenz, die Präferenzen und Interessen der Wähler zu verfolgen (vgl. Zotti 2010: 94ff.).⁴²

Aber auch in den öffentlichen Debatten um europäische Themen bleiben die nationalen Parteien dominant: Wenn EU-bezogene Themen oder Konflikte vermittelt werden, geschieht dies nur selten über die europäischen Parteien (vgl. Mittag 2009: 42), man denke dabei an die Europawahlen.⁴³ Die Europawahlen werden von den nationalen Parteien meist als zusätzliche nationale Wahlen genutzt und mit nationalen Themen besetzt – der Begriff „second-order elections“ umschreibt diesen Umstand trefflich (vgl. Reif/ Schmitt 1980). Zu einem Defizit in der Vermittlung von Politik gegenüber den europäischen Bürgern kommt es zudem, weil die Aktivitäten der europäischen Parteien als Dachorganisation neben der Erarbeitung von Europawahlprogrammen vor allem dem Informationsaustausch und der Politikkoordination zwischen den Mitgliedsparteien dienen (vgl. Mittag 2010: 110, vgl. Donnelly/ Jopp 2009: 25).⁴⁴

Eine weitere Schwierigkeit in der Wahrnehmung der europäischen Parteien resultiert aus der starken Rolle der Fraktionen im EP. So steht normalerweise hinter einer starken Fraktion eine ebenso starke Partei, da einerseits die Fraktion ein Ausdruck der Partei ist und andererseits die Partei von der Fraktion geprägt wird (vgl. Jansen 2008: 181). Auf europäischer Ebene besteht dieser Zusammenhang jedoch nicht, da bei der Auslese der Kandidaten und der Wahl zum EP die europäischen Parteien nach wie vor keine Rolle spielen. So waren es zunächst auch die europäischen Fraktionen, die den Parteien Mittel und Strukturen zur Verfügung stellten, und ihnen somit Zusammenschlüsse erst

⁴⁰ Ein Grund dafür sei, dass die EU nach wie vor oft als Teil der Außenpolitik betrachtet und der Einfluss auf nationale Politiken der EU ausgeblendet werde.

⁴¹ So schlägt z.B. Leinen (2006: 232) vor, dass die Parteien mit einem gemeinsamen Spitzenkandidaten bei den Europawahlen antreten sollten: Die Partei mit den meisten Stimmen bekäme dann die Möglichkeit, das Amt des Kommissionspräsidenten mit ihrem Spitzenkandidaten zu besetzen und die Wähler hätten somit eine direkte Entscheidungsmöglichkeit über das Führungspersonal der nächsten Legislaturperiode.

⁴² Zur Entwicklung des europäischen Wahlrechts: Europäische Parteien kandidieren als solche nicht für die Wahl zum EP und haben auch keinerlei Einfluss auf die Erstellung der Kandidatenliste. Zotti (2010: 104) bezeichnet dies als das wesentlichste Hindernis für die Etablierung einer europäischen Parteiendemokratie.

⁴³ Jansen (2008: 178) merkt zudem an, dass die mangelhafte Ausstattung der Sekretariate der Europäischen Parteien eine regelmäßige und umfassende Informations- und Kommunikationsarbeit in den verschiedenen Sprachen gegenüber den Mitgliedsparteien und erst recht gegenüber einer breiten Öffentlichkeit unmöglich mache.

⁴⁴ Aufgrund des geringen Bekanntheitsgrads der europäischen Parteien finden die Parteiprogramme wiederum nur geringe Resonanz in den nationalen Massenmedien (vgl. Ayirtman/ Pütz 2005: 403).

ermöglichten.⁴⁵ Diese „Elternschaft“ hat den Fraktionen von Anfang an einen starken Einfluss auf das Leben ihrer Parteien gesichert (vgl. Jansen 2008: 182), was sich in ihren Mitwirkungs- und Vertretungsrechten und der Angewiesenheit auf gegenseitige politische und sachliche Unterstützung äußert. Des Weiteren stehen Partei und Fraktion in einer gewissen Konkurrenzsituation: In Bezug auf den Haushalt 2013, der eine deutliche Steigerung der Mittel der europäischen Parteien vorsieht, werden bereits Verteilungskämpfe beobachtet.⁴⁶

Neben diesen strukturellen Schwierigkeiten kommen weitere Hindernisse in der Darstellung und Wahrnehmung nach außen hinzu, die mit der fehlenden Präsenz in der Öffentlichkeit zusammenhängen. Ein Grund dafür ist u.a. das fehlende Regierungs-Oppositionsschema im EP, womit es für die Öffentlichkeit schwierig ist, Parteien, ihre Positionen und die politische Verantwortlichkeit zuzuordnen (vgl. Weidenfeld 2010: 116):

„If citizens cannot identify alternative leaders or policy agendas it is difficult for citizens to determine whether leader should have done better or to identify who is responsible for policies“ (Hix/ Follesdal 2006: 548).

Dieser Umstand verhindert somit den Anreiz für die europäischen Bürger, ihre Präferenzen in den europäischen Wahlen und auch generell zu äußern und gleichzeitig auch politische Vertreter zu „bestrafen“. Die Folge ist, dass die Kluft zwischen Bürger und europäischer Politik bestehen bleibt und die Responsivität der Parlamentarier für die Präferenzen und Interessen der Bürger nicht über die europäischen Parteien hergestellt werden kann (vgl. dazu Grande 1996: 348-352). Zwar wird von einigen Autoren festgestellt, dass sich im EP allmählich ein ideologisches Abstimmungsverhalten entwickelt

⁴⁵ Diese vom Rechnungshof kritisierte „Quersubventionierung“ fand dann in der neuen Verordnung ihr Ende (vgl. Wessels 2009: 170).

⁴⁶ Der finanzielle Zugewinn der Parteien, der mit der wichtigen Rolle der Parteien bei den anstehenden Europawahlen begründet wird, wird von den Fraktionen nicht ohne Kritik gesehen (vgl. KOM 2012). Grundsätzlich ist diese Beziehung jedoch weniger spannungsreich und vor allem hinderlich in der Entwicklung der Parteien, als mit den nationalen Mitgliedsparteien, da Fraktion und Partei am Ende **zumindest auf einer gemeinsamen europapolitischen und im besten Fall pro-europäischen Haltung gieren.**

und die Parteien durch den allgemeinen Machtgewinn des EP auch von einem größeren Einfluss auf „policy outcomes“ profitieren würden (vgl. Follesdal/ Hix 2006: 552f.). Fakt ist aber, dass diese mögliche Entwicklung nach wie vor nicht ausreichend in die Öffentlichkeit transportiert wird und die Europawahlen durch schwache Wahlbeteiligung als einziges öffentlichkeitswirksames Forum der Parteien nach wie vor eine untergeordnete Rolle spielen.⁴⁷

Fazit: Schwache europäische Parteien

Die Einführung verdeutlicht, dass die europäischen Parteien bisher nicht die in sie gesetzten Hoffnungen und Erwartungen erfüllen können. Ausgehend von der Bedeutung der mitgliedstaatlichen Parteiensysteme können sie nicht die von ihnen erhoffte und geforderte Rolle eines intermediären Akteurs auszufüllen, der zwischen europäischen Bevölkerungen und dem politischen System der EU vermitteln und zu einer Politisierung des politischen Lebens beitragen kann (Mittag 2010: 262; Ayrtman/ Pütz 2005: 405). Nach wie vor werden die europäischen Parteien in ihrer Organisation als grenzüberschreitende kooperierende Bündnisse eher als Kommunikationsforen ihrer nationalen Mitgliedsparteien angesehen als ein Verbindungsglied bzw. Transmissionsriemen zwischen europäischen Institutionen und Bevölkerung (Schmidt-Jevtic 2011: 341).⁴⁸

Trotzdem wird von Seiten der politischen Akteure und optimistischen Stimmen aus der Wissenschaft nach wie vor gehofft, dass die europäischen Parteien als intermediäre und repräsentative Akteure eine entscheidende Rolle bei der Behebung des demokratischen Defizits der EU spielen können (Weidenfeld/ Wessels 2009: 169, Donnelly/ Jopp 2009: 25, Leinen 2006: 229ff.). Dabei wird zunächst dahingehend argumentiert, dass der Lissa-

⁴⁷ Schon lange wird im Zusammenhang mit den Wahlen des EP und auch den Parteien gefordert, dass eine Änderung der Wahlordnung dahingehend anzustreben sei, dass ein bestimmter Anteil der Mandate über europäische Listen der europäischen Parteien vergeben wird (vgl. Zotti 2010: 106, Leinen 2003: 18). Auch der aktuelle Vorschlag von Andrew Duff vom Februar 2012, der aber vorerst gescheitert ist, sah dies vor: <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//NONSGML+REPORT+A7-2012-0027+0+DOC+PDF+V0//DE>.

⁴⁸ So kommt Bardi (1994, zitiert in Mittag 2010: 63) zu dem Ergebnis, dass die Hindernisse bei der Transnationalisierung des europäischen Parteiensystems deutlich gewichtiger seien als die Anreize.

bon-Vertrag die Ziele einer partizipativen und parlamentarischen Demokratie vorgebe und europäische Parteien dabei ein unverzichtbares Instrument seien (vgl. Leinen 2006: 235). Es wird den Europarteien zudem noch einige Zeit zugestanden, bis sie eine zentrale Rolle in der Politikgestaltung der EU spielen und den Nukleus einer europäischen Demokratie bilden: „Dieses Haus, was da gebaut werden soll, ist noch eine Baustelle“ (Interview mit Leinen 2012).⁴⁹ Die europäischen Parteien ständen in enger Abhängigkeit zu den teilweise widersprüchlichen institutionellen Rahmenbedingungen der EU (Meyer 2006: 403, Hix/ Lord 1997) – somit können sie nicht aus eigener Initiative den Wandel herbeiführen, sondern müssten aktiv in ihrer Entwicklung unterstützt werden.⁵⁰ Erst der Maastrichter Parteienartikel verlieh den Parteien auch rechtlich eine politische Rolle, in die sie noch hineinwachsen können und müssen. Betrachtet man zudem die erst in den letzten zwei Jahrzehnten intensivierten Bemühungen um eine Demokratisierung der EU und erhofft sich davon eine positive Entwicklung des europäischen Integrationsprozess, so lässt sich nicht per se ausschließen, dass die Parteien in dem Kontext noch eine gewichtigere Rolle spielen können.⁵¹

Im Folgenden wird weitergehend verdeutlicht, wie zuletzt auf der praktischen Ebene, im Rahmen weiterer primär- und sekundärrechtlicher Maßnahmen, versucht wurde, die Defizite der europäischen Parteien zu beheben, um ihren Status als „Phantomorganisationen“ (Marshall 2005) aufzuheben und um ihnen den geforderten Einfluss auf die Politikagenda der EU zu verschaffen (Hix 1995: 546). Mit diesem nächsten Schritt wird nun der

Blick auf den zentralen Gegenstand der Arbeit gelenkt.

2.3 Die Gründung der europäischen politischen Stiftungen

Primärrechtlich wurde zuletzt im Vertrag von Lissabon (2009) die Formulierung des Parteienartikels weitestgehend übernommen:

„Politische Parteien auf europäischer Ebene tragen zur Herausbildung eines europäischen politischen Bewusstseins und zum Ausdruck des Willens der Bürgerinnen und Bürger der Union bei“ (Art. 10 Abs. 4 EUV)⁵².

Zudem wurde hier bereits die Bedeutung der Verordnung (EG) Nr. 2004/ 2003 hervorgehoben, da durch diese zum ersten Mal von einer Art „europäischem Parteienstatut“ (Schmidt-Jevtic 2011: 341) gesprochen werden konnte, welche die Anerkennung durch die vier Kriterien (und dadurch ihre Rechtsfähigkeit), die Organisation und vor allem Finanzierung der europäischen Parteien regelt.⁵³ In dieser Verordnung war festgelegt worden, dass das EP bis Mitte Februar 2006 einen Bericht über die Anwendung der Verordnung mit weiteren Verbesserungsvorschlägen vorlegen sollte. Dieser Bericht wurde, ebenso wie der parlamentarische Bericht zur **letzten** Parteienverordnung, vom deutschen Abgeordneten Jo Leinen verfasst. Die anschließend von der Europäischen Kommission vorgelegten Reformen der Verordnung (EG) Nr. 2004/ 2003 im **Dezember 2007, durch die Verordnungen Nr. 1525/ 2007 und Nr. 1524/ 2007**, schafften eine verbesserte Grundlage für die Finanzierung

⁴⁹ Daher wird auch gefordert, das Potential der europäischen Parteien auch im Sinne der Diskussionen über die institutionelle Reform der Union generell zu nutzen und gerade durch die Weiterentwicklung des Parteiensystems weiter zu fördern (Zotti 2010: 107).

⁵⁰ So argumentieren Hix und Lord (1997), dass die marginale Rolle der europäischen Parteien bei den Europawahlen und die Tatsache, dass sie nicht nach mehr Kontrolle über die EU-Politiken streben, aus der Natur des politischen System der EU entspränge und nicht ihre eigene strategische Wahl sei.

⁵¹ So werden bisher vor allem auch die quantitativen Erfolge der europäischen Parteien betont: eine wachsende Anzahl von Mitgliedparteien, die Entwicklung und Festigung interner Organisationsprofile sowie auch die wichtige „Rekrutierung“ neuer Mitgliedsparteien in den neuen Mitgliedsstaaten und deren Unterstützung im Kampagnenbereich, aber auch bei deren Übernahme von EU-Werten (Ladrech 2007a: 40).

⁵² Allerdings verweisen Kritiker auf einen „primärrechtlichen Rückschritt“ von Art 191 EGV auf Art. 10 Abs. 4: so wird im Lissabon-Vertrag auf den Verweis auf die Parteien als Integrationsfaktor verzichtet. Dies zeige, dass die Parteien als intermediäre Akteure als Totalausfall wahrgenommen würden und sich nicht hätten beweisen können (vgl. Klein, Parteiensymposium April 2012 „Auf dem Weg zu einer europäischen Parteidemokratie?“).

⁵³ Diese Verordnung wiederum bekam ihren Impuls durch den 2003 in Kraft getretenen Vertrag von Nizza, der die Möglichkeit festlegte, Anerkennungskriterien und Bestimmungen über die Finanzierung von europäischen Parteien mit qualifizierter Mehrheit – und dadurch einfacher – und nicht mehr mit Einstimmigkeit festzulegen (vgl. Mittag 2010: 61, Bericht von Jo Leinen 2003: 26).

der Parteien aus EU-Haushaltsmitteln⁵⁴ und mehr Flexibilität hinsichtlich veränderter politischer Gegebenheiten und Prioritäten (vgl. Schmidt-Jevtic 2009).⁵⁵

Diese rechtlichen Modifizierungen verlieren jedoch an Bedeutung hinsichtlich der zentralen Innovation dieser Reformverordnungen, die zugleich als besonders wichtige Maßnahme zur Stärkung der europäischen Parteien proklamiert wurde (vgl. Leinen 2006: 235). Um die europäischen Parteien institutionell zu stärken, wurde die Etablierung und Finanzierung von europäischen politischen Stiftungen festgelegt. Diese europäischen politischen Stiftungen sollen durch ihre Arbeit die Ziele einer ihnen angeschlossenen europäischen Partei unterstützen und ergänzen, indem sie eine Vielzahl von Aufgaben übernehmen. Die Stiftungen werden in der Verordnung Nr. 1524 zunächst definiert als:

„Einrichtungen oder ein Netz von Einrichtungen, die in einem Mitgliedstaat über Rechtspersönlichkeit verfügen, einer politischen Partei auf europäischer Ebene angeschlossen sind [Hervorh. J.B.] und durch ihre Arbeit – im Rahmen der von der Europäischen Union angestrebten Ziele und Grundwerte – die Ziele der politischen Partei auf europäischer Ebene unterstützen und ergänzen“ (Art. 2 Abs. 4).

Bevor sich die vorliegende Arbeit jedoch dieser Regelung im Einzelnen widmet, muss folgender Aspekt verdeutlicht werden: Wie konnte es zur Gründung der europäischen politischen Stiftungen im Rahmen eines europäischen Rechtsaktes kommen? Dieser formelle Entscheidungsprozess (*politics*) lässt sich nur verstehen, wenn man die unterschiedlichen Bedingungen sowie die Konstellation und spezifischen Interessen der Akteure aufklärt. Dazu soll im Folgenden die Sicht einzelner politischer Akteure herangezogen werden, um Aufschluss über die angestrebten Effekte (*policy*) dieser politischen und rechtlichen Maßnahme zu geben. Dabei wird aufgezeigt, welche Rolle das nationale

⁵⁴ Zur ausführlichen Kritik und Diskussion um die neuen Entwicklungen im Parteienfinanzierungsrecht im Gesamtkontext des Parteienrechtes vgl. Shirvani (2008).

⁵⁵ Hinsichtlich ihrer politischen Ausrichtung wurde ihnen außerdem zugestanden, dass sie die Mittel, die sie aus dem EU-Haushalt erhalten, ebenfalls zur Finanzierung von Kampagnen im Zusammenhang mit Europawahlen verwenden dürften.

Modell der deutschen politischen Stiftungen spielte.

2.3.1 Politische Rahmenbedingungen der Stiftungsgründungen

In der politischen Debatte um die Gründung der europäischen politischen Stiftungen wurden von den involvierten politischen Akteuren, vor allem von Jo Leinen, als Vertreter des EP, und der Europäischen Kommission, unterschiedliche Argumentationslinien herangezogen. Dabei lassen sich Analogien ziehen zur Debatte um das Demokratiedefizit der EU und der Diskussion um Lösungsansätze, die vorangehend vorgestellt wurden und auf die damit erneut Bezug genommen werden soll. Beide Positionen werden von der Vorstellung geleitet, dass die EU starke europäische Parteien braucht und diese gestärkt werden müssen. Begründet wird dies aus unterschiedlichen demokratietheoretischen Ansätzen: Jo Leinen als Fürsprecher des deutschen Stiftungsmodell stellt vor allem die Stärkung der Parteiendemokratie in den Vordergrund, in dem die Parteien als repräsentative und auch ideologische Akteure agieren. Dagegen betonte die Europäische Kommission die Bedeutung von politischen Parteien und den Stiftungen als intermediäre Akteure für eine Stärkung der europäischen Öffentlichkeit – mit dem Interesse, ihre Kommunikationspolitik weiter auszubauen. Dakowska fasst das wie folgt zusammen:

„Cette double stratégie de légitimation de l'édifice institutionnel communautaire [...] s'appuie d'une part sur la volonté de renouveler les techniques communicationnelles de la Commission Européenne en s'appuyant sur des intermédiaires décentralisés et d'autre part, sur la valorisation de la dimension politique de la parole sur l'Europe, faisant appel aux partis politiques au niveau européen et à leurs réseaux [Hervorh. J.B.]“ (Dakowska 2011: 168).

Diese beiden Interessensakteure und ihre Positionen sollen im Folgenden kurz skizziert werden und verdeutlichen die praktische Umsetzbarkeit von integrationstheoretischen Debatten.

Politische Stiftungen als Stärkung der europäischen Parteien

Jo Leinen, seit 1999 als deutscher Abgeordneter für die SPD in der Sozialdemokratischen Fraktion im EP, kann in Anbetracht seiner parlamentarischen Berichte um die europäischen Parteien und den daraus resultierenden sekundärrechtlichen Maßnahmen als einer der einflussreichsten parlamentarischen Fürsprecher und politische Leitfigur der europäischen Parteien bezeichnet werden. Bereits 2003 zog er als stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für konstitutionelle Fragen den Bericht des Parlamentes zum Vorschlag der Kommission über die Satzung und Finanzierung europäischer politischer Parteien an sich. Mit seinem Engagement konnten damit die ersten entscheidenden Schritte für die rechtliche und finanzielle Eigenständigkeit und Anerkennung der europäischen Parteien in Form der Verordnung Nr. 2004/ 2004 gegangen werden.⁵⁶ In diesem Rahmen sorgte er dafür, dass eine Revisionsklausel in der Verordnung verankert wurde, so dass es möglich wurde, 2006 die hier relevante Reform der Verordnung in die Wege zu leiten. Den mit der Revisionsklausel verbundenen parlamentarischen Bericht zog Leinen ebenfalls an sich und strebte zunächst an, die bestehenden Missstände im Bereich Finanzierung und Eigenständigkeit zu korrigieren. Gleichzeitig ging es aber auch darum, die „Gunst der Stunde“ (Interview mit Leinen 2012) zu ergreifen, um im Kontext der gescheiterten Referenden neue Ideen auf die Tagesordnung zu bringen, die demokratische Struktur der EU und die europäischen Parteien zu stärken. In der dazugehörigen Entscheidung des Parlamentes vom 23. März 2006 heißt es daher:

„Das Europäische Parlament hält es für angebracht, in der Phase der Reflexion über die Zukunft der Europäischen Union darüber hinaus folgende Frage[...] zu diskutieren: In welcher Form können europäische politische Stiftungen gefördert werden, um die politische Informations- und Bildungsarbeit der europäischen politischen

⁵⁶ Dabei gab es viele strittige Fragen zu diskutieren, wie die Frage danach, wie viele Mitglieder eine europäische Partei haben müsse, oder ob eine europäische Partei Spenden empfangen dürfe – lange Verhandlungen Leinens mit der griechischen Ratspräsidentschaft führten schließlich zur Enthaltung Griechenlands im Rat, wodurch eine Sperrminorität bzgl. dieser Fragen verhindern werden konnte (vgl. Interview mit Leinen 2012).

Parteien zu ergänzen [Hervorh. J.B.]?“

Leinen verweist dabei in seiner Argumentation auf die Bedeutung und Funktion der europäischen Parteien. Deren Weiterentwicklung von Dachorganisationen zu lebendigen, auf allen Ebenen verwurzelten politischen Akteuren sei entscheidend für die Weiterentwicklung der EU selbst (Bericht Leinen 2006: 3-6). Die Stiftungen sieht er dabei als Hilfe und Unterstützung, als „Instrument“⁵⁷, an, die den bestehenden Parteien nahe stehen und „gewisse Funktionen erfüllen, denen sich die europäischen Parteien nicht oder nicht in ausreichendem Maße widmen können“ (Bericht Leinen 2007: 17). Sie sollten europapolitische Bildungsarbeit, Beobachtung und Analyse von europapolitischen Debatten und Prozessen („Think-Tank-Funktion“) sowie die Schaffung einer Plattform nationaler Stiftungen leisten (vgl. ebd.). Angesichts dieses Aufgabenkatalogs wird deutlich, dass Leinens eigene Erfahrung mit dem deutschen Stiftungsmodell, auf die er auch außerhalb der Berichte hinwies, eine wichtige Rolle spielte (vgl. Interview mit Leinen 2012).⁵⁸ Politische Stiftungen würden in den Bereichen politischer Bildungsarbeit und –angebote (z.B. Stipendienprogramme) und als Rekrutierungs- und Beratungsfunktionen für die Parteien eine wichtige Rolle erfüllen (vgl. Schildberg 2006: 474). Entscheidend sei, dass sie unabhängig von Parteiinteressen agieren, aber durch ihre Nähe zu den ideologischen Grundausrichtungen der Parteien den Bürgern Wahlmöglichkeiten zwischen verschiedenen Alternativen geben (Leinen 2006: 235). Mit der Etablierung der Stiftungen würde eine Stärkung des politischen Diskurses über die nationalen Grenzen hinaus und der parteiilichen Profilierung einhergehen:

„On the national level, political foundations play an important role in political debates and long term political thinking. Those functions need to be fulfilled on the level of the European Union, too.“ (Leinen 2007: 14).

Die Bemühungen des EP mit seiner Leitfigur Leinen hätten jedoch nicht zu einem Erfolg

⁵⁷ Vgl. die Plenardebatte vom 13. November 2007.

⁵⁸ So heißt es im Bericht Jo Leinens (vom 25. Oktober 2007: 17): „Politische Stiftungen, die Parteien nahe stehen, bestehen in einer Vielzahl von Mitgliedstaaten. Es gibt auch bereits grenzüberschreitende Formen der Zusammenarbeit von politischen Stiftungen.“

geführt, wenn auf Seiten der Europäischen Kommission kein derartiges Entgegenkommen, im Sinne eines „inter-institutional bargaining“ (Dakowska 2009: 209), bestanden hätte.

Politische Stiftungen zur Stärkung der europäischen Öffentlichkeit

Die Initiative des EP, angeführt von Jo Leinen, hätte sich zu keiner Zeit günstiger erweisen können.⁵⁹ Im Schatten der gescheiterten Referenden zur europäischen Verfassung und durch die dadurch zutage kommende Ablehnung der Bürger gegenüber einer Vertiefung der Union hatte es sich die Kommission zum Ziel gemacht, das Entstehen einer europäischen Öffentlichkeit voran zu treiben. Die geringe Wahlbeteiligung und das Fehlen einer europäischen politischen Kultur wurde bereits vorher von der Kommission ausführlich thematisiert, besonders in ihrem Aktionsplan „Plan D für Demokratie, Dialog und Diskussion“ (2005) und ihrem Weißbuch über eine europäische Kommunikationspolitik (2006). Alles drehte sich dabei um die Kommunikation über Europa *mit* den europäischen Bürgern. Daher begrüßte die Kommission mit dem federführenden Ressort „Institutionelle Beziehungen und Kommunikationsstrategie“ mit der schwedischen Kommissarin Margot Wallström an der Spitze⁶⁰ die Vorschläge des Leinen-Berichts von 2006 einhellig⁶¹. Die Kommissarin Margot Wallström verwies dabei in Debatten auf die wichtige Rolle, die politische Stiftungen neben den Parteien in einer demokratischen Infrastruktur spielen könnten, und dass diese zur Herausbildung einer europäischen politischen Öffentlichkeit dazu gehörten.⁶² Somit konnte die Verordnung zur Etablierung der europäischen Stiftungen zügig beschlossen werden und die Kommission bekundete damit ihr Engagement für eine „Stärkung der europäischen Demokratie, der politischen Debatte und der Wählerbeteiligung“.⁶³ Zum

⁵⁹ An dieser Stelle muss angemerkt werden, dass die eigentliche „Geburtsstunde“ der Stiftungen schon vorher stattgefunden hatte: So beschloss das EP 2006 zunächst ein Projektpilot für Stiftungen zu unterstützen, um auszutesten, ob diese auf institutioneller Ebene eine Chance hätten (Leinen 2007: 16).

⁶⁰ Leinen (2012) bezeichnete diese Besetzung als Glücksfall.

⁶¹ Vgl. Plenardebatte 22. März 2006.

⁶² Vgl. Plenardebatte 22. März 2006, Pressemitteilung der KOM, IP/ 07/ 949.

⁶³ Pressemitteilung der KOM, IP/ 07/ 949.

weiteren Verständnis der positiven Reaktion der Kommission zeigt Dakowska (2009: 210, 2011: 179) auf, dass die Tatsache, dass die nationalen politischen Stiftungen mit den deutschen politischen Stiftungen als Vorreiter bereits in einem europäischen Netzwerk (ENoP)⁶⁴ organisiert waren, für die Europäische Kommission zum weiteren hilfreichen Argument für die „europäische“ Universalität des Stiftungsmodells wurde.⁶⁵ Das entscheidende Vorbildmodell spielte jedoch die deutsche politische Stiftung. Aufgrund seiner Bedeutsamkeit für die Legitimation des europäischen Stiftungsmodells und seine Ausgestaltung, werden das deutsche Vorbild und seine wichtigsten Merkmale im Folgenden kurz skizziert.

2.3.2 Das Vorbild: das Modell der deutschen politischen Stiftung

Die Argumentation des deutschen Parlamentarier Jo Leinen zeigt bereits, dass die Erfahrungen mit den deutschen politischen Stiftungen eine entscheidende Referenz war.⁶⁶ Auch die Kommission nahm das Modell in ihrer Befürwortung der europäischen politischen Stiftungen auf. Dakowska (2009: 216) stellt dahingehend fest, dass

„[c]learly, the intellectual background of the analysed initiative and a large part of the mobilisation during the inter-

⁶⁴ Durch die Nutzung dieses Netzwerkes als Ressource (vgl. Dakowska 2011: 177, Wetzig 2011) konnten die Mitglieder ihre transnationale repräsentative Struktur und ihre parteiliche Unabhängigkeit gegenüber der Kommission beweisen. Sie werden dadurch u.a. seit 2009 von der EU als „Non-state actors and Local Authorities in Development“ gefördert, <http://www.european-network-of-political-foundations.eu/cms/About-ENoP/The-Network>.

⁶⁵ Der Rückgriff der einzelnen politischen Akteure auf die jeweilige Argumentation ist dabei dem politischen Charakter und der Stellung im Institutionengefüge der EU geschuldet. So hatte sich die europäische Kommission zunächst skeptisch gezeigt, die nationalen politischen Stiftungen als Partner anzuerkennen, da sie angesichts einer Befürwortung dieses nationalen und parteilichen Modells um ihre neutrale Rolle fürchtete (vgl. Dakowska 2009: 206, Wetzig 2012). Zur genauen Entstehung und den Schwierigkeiten bei der Gründung aufgrund unterschiedlicher nationaler Stiftungs- und Parteientraditionen und dem zweiten Stiftungsnetzwerk EOD vgl. Dakowska (2009: 206ff.).

⁶⁶ Dass dabei der nationale Hintergrund Leinens die entscheidende Rolle spielt, ist allen Beteiligten klar: „die politischen Stiftungen sind Akteure, die in Europa weitgehend unbekannt und eine typische deutsche Erfindung sind; daher auch der Putsch über Leinen“ (Interview mit KOM 2012).

institutional process leading to the 2007 Regulation has to do with the promotion of the German model“⁶⁷

Die deutschen politischen Stiftungen sind eine weltweit einzigartige Institution, was zum einem ihrer hybriden Stellung zwischen Staat und Gesellschaft als auch ihrem vielfältigen Aufgabenbereich geschuldet ist (vgl. Pascher 2002). Durch ihre Arbeit und ihren Auftrag stellen sie ein wichtiges Segment der politischen Kultur in Deutschland dar (Langguth 1993). An erster Stelle – und zugleich Gründungs- und Legitimationsgrund der deutschen Stiftungen – steht dabei die Pflicht zur politischen Bildungsarbeit, welche sich aus der historischen Erfahrung der gescheiterten Weimarer Republik erklären lässt (Langguth 1993: 39).⁶⁷ Der öffentliche Auftrag, den alle Stiftungen in ihren Satzungen als ihre zentrale Aufgabe verankert haben, lautet:⁶⁸

„Die Stiftungen sollen die Beschäftigung der Bürger mit politischen Sachverhalten anregen und den Rahmen bieten für eine – allen interessierten Bürgern zugängliche – offene Diskussion politischer Fragen.“⁶⁹

Da die politischen Parteien auf die ihnen nach dem Grund- und Parteiengesetz⁷⁰ zustehende Aufgabe der politischen Willensbildung in Form der politischen Bildung verzichten⁷¹, übernehmen die parteinahen Stiftungen somit eine komplementäre Aufgabe (Vorholt 2009: 79). Jede der im Bundestag vertretenen Parteien arbeitet mit einer ihre politischen Grundsätze vertretenden Stiftung zusammen. Somit gibt es sechs Stiftungen, die fast vollständig aus öffentlichen Haushal-

ten finanziert werden⁷² – zu über 90 Prozent aus dem Bundeshaushalt und entsprechend der Bandbreite der Stiftungsarbeit aus verschiedenen Ressorts.⁷³ So traten im Laufe der Jahre neben dem Kernbereich der politischen Bildungsarbeit weitere wichtige Aufgabenfelder hinzu, wie die der Studienförderung, der Beratungstätigkeit in Form politik- und sozialwissenschaftlicher Forschung (vgl. dazu ausführlich Borchard 2004) und die internationale Zusammenarbeit mit Partnern und Organisationen in Europa und den Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas (vgl. Langguth 1993: 40, Lepszy 2009: 573ff.). Mit dieser Bandbreite an Aufgaben und ihren Zielen unterscheiden sich die Stiftungen nicht wesentlich voneinander. Jedoch orientieren sich die Stiftungen in ihrer Arbeit an dem jeweiligen Grundwertverständnis und Selbstverständnis der ihnen nahe stehenden Parteien, was sich auch in ihrer Bildungsarbeit niederschlägt. Sie stehen jedoch außerhalb des Parteienwettbewerbs und es ist ihnen untersagt, eine aktive Rolle im Wahlkampf zu spielen: „Ihr Wirkungsfeld ist nicht die *vita activa* der Parteipolitik, sondern die *vita contemplativa* der politischen Erkenntnis“ (Josef Isensee in Langguth 1993: 41).

Die inhaltliche Orientierung der deutschen politischen Stiftungen an dem Grundwertverständnis der jeweiligen Partei wird dabei verfassungsrechtlich und in der Öffentlichkeit als legitim erklärt. So betont das Bundesverfassungsgericht zum einen die legitime Orientierung an der jeweiligen Partei, gleichzeitig aber auch die Unabhängigkeit der Stiftungen: ihre Arbeit muss allen Bürgern offenstehen und ihre Einrichtungen allen zugänglich sein (vgl. Lepszy 2009: 573). Durch diese inhaltliche Nähe einerseits und der gleichzeitigen Unabhängigkeit andererseits – wirtschaftlicher, organisatorischer und personeller Art, die sich aber vor allem aufgrund der unterschiedlichen Aufgabenfelder ergibt – tut sich immer wieder ein gewisses Spannungsfeld auf (vgl. Langguth 1993: 40, Lehmann 2012: 21).⁷⁴ Denn für die Öffentlichkeit ist die

⁶⁷ Die Friedrich-Ebert Stiftung ist die älteste deutsche Stiftung, sie wurde bereits 1925 gegründet und nahm 1949, nachdem sie im Jahre 1933 von den Nationalsozialisten verboten worden war, ihre Arbeit wieder auf (vgl. Langguth 1993: 38).

⁶⁸ Vgl. dazu auch die Gemeinsame Erklärung der politischen Stiftungen vom 6.11.1998.

⁶⁹ Vgl. Bundesministerium des Inneren: http://www.bmi.bund.de/DE/Themen/PolitikGesellschaft/PolitBildGesellZusammen/PolitStiftungen/PolitStiftungen_node.html.

⁷⁰ Vgl. §1 Abs. 2 des deutschen Parteiengesetzes.

⁷¹ Mit Ausnahme der Funktionärsschulung, der Durchführung von Wahlkämpfen und Kampagnen. Denn letztendlich zielen Parteien, wie bereits dargestellt, v.a. auf die Erringung der Macht und deren Erhalt, um ihre politische Vorstellungen in konkrete rechtliche Inhalte umzusetzen.

⁷² Wenn auch bekannt hier eine Auflistung: Konrad-Adenauer Stiftung (CDU), Friedrich-Ebert Stiftung (SPD), Heinrich-Böll Stiftung (Die Grünen), Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit (FDP), Hans-Seidel Stiftung (CSU) und Rosa-Luxemburg-Stiftung (Die Linke).

⁷³ Vgl. zu genaueren Erläuterung der Finanzierung der deutschen Stiftungen Langguth (1993: 41ff.), Lepszy (2009: 576ff.), Vorholt (2003: 80f.).

⁷⁴ Dazu gehören z.B. der Vorwurf schwer durchschaubarer Parteienfinanzierung (Lepszy 2009: 573) oder der Vorwurf der Unterstützung der Parteien bei Wahl-

Verschränkung bzw. Trennung dieser beiden Akteure wenig erkennbar – was dazu führt, dass den Stiftungen manchmal (zu Unrecht, nach Meinung der Verfasserin) eine gewisse Intransparenz zugeschrieben wird (vgl. Pa-scher 2002: 14).

Zuletzt muss festgehalten werden, dass das deutsche Stiftungsmodell nicht nur bei der Gründungsidee der europäischen politischen Stiftungen eine Rolle spielte,⁷⁵ sondern noch eine Weile seine Vorbildfunktion behalten wird. Auch in den Überlegungen zur weiteren konkreten Ausgestaltung der europäischen politischen Stiftungen wird es nach wie vor als Referenzmodell herangezogen. So schaut die Kommission bei ihrem Vorschlag für die anstehenden Reformen zur Finanzierung der Parteien und Stiftungen⁷⁶ weiterhin auf das deutsche Modell:

„In unseren Überlegungen, die wir uns anschauen, wie kann es weitergehen, was kann man noch für die Stiftungen tun, guckt man natürlich darauf wie ist das politische Stiftungswesen in Deutschland organisiert was die Finanzierung anbelangt – insofern ist man natürlich inspiriert von dem in Europa sicherlich am meisten entwickelten [Stiftungs-]System, wie wir es in Deutschland haben [Hervorh. JB]“ (Interview mit KOM 2012).

Bevor im Folgenden analysiert wird, in welcher Form das „lesson-drawing“ (Dakowska 2009, Rose 1991) des deutschen Stiftungsmodells konkret auf die europäische Ebene versucht und umgesetzt wurde, sollen die wichtigsten Ergebnisse der bisherigen Ausführungen nochmal kurz zusammenfasst werden.

In den Rahmen des theoretischen Diskurses um das Demokratiedefizit der EU wurde im

kämpfen (BVerfGE 73); sehr kritisch zur Finanzierung der Stiftungen äußert sich auch von Arnim (1992).

⁷⁵ Bereits während der Verhandlungen zwischen Leinen, den Vertretern der politischen Parteien und der Kommission waren die Vertretungen der deutschen Stiftungen in Brüssel wichtige Ansprechpartner und Experten für die Umsetzung der Stiftungsidee. Dakowska (2011: 179ff.) konstatiert, dass diese „griffe allemande“ in der Phase der Lancierung der europäischen politischen Stiftungen unverkennbar sei, vor allem bei der Ausgestaltung der Arbeitsmethoden der europäischen Stiftungen.

⁷⁶ Vgl. dazu ausführlich im folgenden Kapitel 2.4.1 der Arbeit.

ersten Teil dieser Arbeit die Gründung der europäischen politischen Stiftungen wissenschaftlich eingebettet. Dabei wurde zunächst verdeutlicht, warum die europäischen politischen Parteien in dieser Debatte eine wichtige Rolle spielen – ihnen werden wichtige repräsentative und intermediäre Funktionen zugeschrieben. Die politische Situation mit den gescheiterten Referenden und der steigenden Ablehnung der Bürger gegenüber der EU bot den Kontext, in dem eine Notwendigkeit zum politischen Handeln deutlich und legitimiert wurde. Dies wurde von den politischen Befürwortern aus dem Parlament, von den Vertretern der europäischen Parteien und den Vertretern der nationalen Stiftungen (vgl. Dakowska 2011: 179ff.) erkannt und im Rahmen der anstehenden Reform zur Regelung und Finanzierung der Parteien für ihre Interessen genutzt: mit der Gründung der europäischen politischen Stiftungen. Von diesen neuen Akteuren erhofft man sich die institutionelle Stärkung der europäischen Parteien, indem die europäischen Stiftungen die Arbeit der europäischen Parteien begleiten und unterstützen und zu deren stärkeren Profilierung beitragen. Zudem sollen die Stiftungen mit ihrer Arbeit dazu beitragen, kommunikative Defizite zwischen Öffentlichkeit und den EU-Institutionen abzubauen. Im Folgenden wird sich nun der Frage genähert, welche spezifische Ausgestaltung das europäische Stiftungsmodell letztendlich bekommen hat.

2.4 Die institutionelle Ausgestaltung der europäischen politischen Stiftungen

Das Ergebnis des langen legislativen Prozesses und der politischen Debatten zeigt Wirkung: Zum jetzigen Zeitpunkt gibt es **12** aktive europäische Stiftungen, die die in der Verordnung verankerten Bedingungen erfüllen und vom EP mitfinanziert werden. Die folgenden Ausführungen erörtern **zunächst** die rechtliche und inhaltliche Ausgestaltung der Stiftungen durch die Verordnung. Dabei werden praktische und theoretische Aspekte herausgestellt, um die dem Verhältnis zwischen Stiftungen und Parteien innewohnenden Konfliktstellen zu identifizieren.

Um die Ausgestaltung der europäischen politischen Stiftungen genauer zu erfassen, muss zunächst die Verordnung Nr. **1524** in den Blick genommen werden, da sie den Rechts- und Aktionsrahmen der Akteure fest-

legt.⁷⁷ Die Aufgaben und Tätigkeiten der europäischen politischen Stiftungen werden in Art. 2 Abs. 4 der Verordnung festgelegt:

„Beobachtung, Analyse und Bereicherung von Diskussion über Themen der europäischen Politik und den Prozess der europäischen Integration, Entwicklung von Tätigkeiten in Verbindung mit europapolitischen Themen wie z. B. die Durchführung oder Unterstützung von Seminaren, Fortbildungsmaßnahmen, Konferenzen und Studien zu diesen Themen unter Mitwirkung einschlägiger Akteure einschließlich Jugendorganisationen und sonstiger Vertreter der Zivilgesellschaft, Entwicklung der Zusammenarbeit mit gleichartigen Einrichtungen, um die Demokratie zu fördern, Schaffung einer Plattform für die Zusammenarbeit auf europäischer Ebene von nationalen politischen Stiftungen, Wissenschaftlern und anderen einschlägigen Akteuren“.

Zusammengefasst werden den europäischen Stiftungen bildungspolitische, wissenschaftliche, demokratiefördernde und vernetzende Tätigkeiten und Aufgaben zugeschrieben. **Damit ähnelt**

das Profil der Aufgaben deutlich dem deutschen Modell der politischen Stiftungen, welches vorangehend skizziert wurde. Zu betonen ist dabei die besondere Aufgabe, eine europäische Plattform nationaler Stiftungen sowie weiterer Akteure zu schaffen, was sich aus der europäischen Mehrebenenstruktur ergibt. Die bedeutsamste Abweichung vom deutschen Modell ist jedoch die vorangehende Bestimmung, dass die Stiftungen den übergeordneten Auftrag wahrnehmen sollen, „die Ziele [ihrer jeweiligen, J.B.] europäischen Partei auf europäischer Ebene [zu] unterstützen und [zu] ergänzen.“ Somit wird normativ in der Gründungsverordnung eine enge Beziehung zwischen den Parteien und den Stiftungen verankert, was **sich im deutschen Modell nicht zu finden und nicht gewollt ist.**⁷⁸

⁷⁷ Anmerkung: Sämtliche rechtliche Regelungen werde im Folgenden aus der Verordnung **Nr. 1524** entnommen.

⁷⁸ Vgl. dazu das grundlegende Urteil des Bundesverfassungsgericht vom 14. Juli 1986, (BVerfGE 73), 33; dazu auch die Feststellung von Schmidt-Jevtic 2008: 307.

Neben der inhaltlichen Ausrichtung der Stiftungsaufgaben auf die europäische Partei legt Art. 2 Abs. 4 der Verordnung Nr. **1524** des Weiteren fest, dass europäische politische Stiftungen Einrichtungen oder ein Netz von Einrichtungen sein sollen, die einer anerkannten politischen Partei auf europäischer Ebene *angeschlossen sind*. Die Stiftungen sind somit auch in ihrer organisatorischen Struktur an die europäischen Parteien gekoppelt – sie sind an letztere „affiliated“⁷⁹. Zudem heißt es in Bezug auf das Verhältnis zur jeweiligen europäischen Partei im weiteren, dass es

„den einzelnen politischen Parteien und Stiftungen auf europäischer Ebene [obliegt], die besonderen Modalitäten ihres Verhältnisses zueinander entsprechend den nationalen Rechtsvorschriften festzulegen. Hierzu gehört unter anderem eine angemessene Trennung zwischen der täglichen Verwaltung und den Leitungsstrukturen der politischen Stiftung einerseits und der politischen Partei, der sie angeschlossen ist, andererseits [Hervorh. J.B.]“ (Art. 3 Abs. 3).

Die Formulierung lässt somit die tatsächliche und praktische Ausgestaltung dieser Regelung weitestgehend offen. Im direkten Vergleich besteht an dieser Stelle ein entscheidender Unterschied zu den deutschen politischen Stiftungen, die entscheidende Positionen nicht mit führenden Parteimitgliedern besetzen und deren zugehörigen Parteien auch nicht in den Satzungen erwähnt werden.⁸⁰ Sie müssen deutlich ihre rechtliche Selbstständigkeit und generelle Unabhängigkeit wahren.⁸¹

Bei den europäischen Stiftungen findet sich dagegen die klare Bindung an ihre jeweiligen europäischen Parteien, da sie rechtlich als deren „Appendizes“ konstruiert sind. Dies äußert sich dergestalt, dass ihre Finanzie-

⁷⁹ Anmerkung: so der Begriff in der englischsprachigen Version der Verordnung Nr. **1524**.

⁸⁰ Vgl. dazu ausführlich die Gemeinsame Erklärung der politischen Stiftungen vom 6.11.1998, 2. Abschnitt.

⁸¹ Vgl. dazu das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 14. Juli 1966 (BVerfGE 5/ 83); die Gremien der Stiftungen sind jedoch insgesamt zumindest durch die Mitglieder der jeweils nahe stehenden Partei geprägt, z.B. durch Abgeordnete, amtierende oder ehemalige Regierungsmitglieder oder Parteifunktionäre (vgl. Lepšy 2009: 572).

runge und die Höhe dieser (Art. 4 Abs. 5) aufgrund der Verbindung zu den ihr jeweils nahestehenden europäischen Parteien erfolgt. Erst wenn sie von diesen als solche anerkannt sind (Art. 3 Abs. 2a), können die Stiftungen beim EP einen Antrag auf Finanzierung aus dem Gesamthaushaltsplan der EU stellen (Art. 4 Abs. 1). Die öffentliche Finanzierung, welche 85 Prozent der förderungsfähigen Kosten einer Stiftung nicht überschreiten darf (Art. 10 Abs. 2), wird dann im Verhältnis zur Anzahl der gewählten Mitglieder der jeweiligen europäischen Partei im EP aufgeteilt. Das bedeutet: je größer eine europäische Partei, desto größer ist auch die jeweilige europäische Stiftung. 15 Prozent sind zudem für die Eigenfinanzierung vorgesehen, im Wesentlichen durch Beiträge nationaler politischer Stiftungen und durch Beiträge europäischer Parteien (Art. 10 Abs. 1).

Aufgrund dieser entscheidenden organisatorischen Unterschiede und der ansonsten deutlichen inhaltlichen Vorbildrolle der deutschen Stiftungen spricht Dakowska (2009: 216) daher auch nur von einem „constrained policy transfer“ – einer eingeschränkten Übernahme – des deutschen Modells auf europäische Ebene.⁸² Die besondere rechtliche Verklammerung zwischen Partei und Stiftung auf der europäischen Ebene findet ihren Ursprung neben möglichen politischen Motiven zuallererst in der Ausgestaltung des europäischen Rechts: Jede europäische Gesetzgebung ist darauf angewiesen, eine vertragliche Grundlage zu haben, damit die Kommission in Form von Initiativen gesetzgeberisch tätig werden kann. Da im EU-Recht nur die politischen Parteien vertraglich verankert sind, konnten die Stiftungen nur im Rahmen der Verordnung zu den europäischen Parteien verankert werden (vgl. Interview mit der Kommission 2012).

Bei weiterer Betrachtung der Verordnung lässt sich jedoch feststellen, dass auch Regelungen zu finden sind, die wiederum eine gewisse Distanz zu den europäischen Parteien vorschreiben: erstens durch die *eigenständige Rechtspersönlichkeit der Stiftungen* und zweitens durch die *klare Trennung der Finanzausgaben*. So ist eine weitere Bedingung für die Anerkennung des Statuts als europäische Stiftung, dass sie getrennt von

der Partei über eine eigene Rechtspersönlichkeit im Mitgliedsstaat ihres Sitzes verfügen muss. Fast alle europäischen Stiftungen haben daher, durch ihren Sitz in Brüssel, den Status einer belgischen Nicht-Regierungsorganisation. Zuletzt dürfen die europäischen politischen Stiftungen die ihnen zugewiesenen Mittel, welche sie getrennt von den europäischen Parteien erhalten, nicht zur Finanzierung von Wahlkämpfen oder Kampagnen (Art. 4 Abs. 6) oder von Parteien oder Kandidaten auf nationaler oder europäischer Ebene verwenden (Art. 7 Abs. 2). Das soll verhindern, dass die politischen Stiftungen in parteipolitische Auseinandersetzungen einbezogen werden oder als ein verlängerter Arm von europäischen Akteuren instrumentalisiert werden (vgl. Shirvani 2008: 376).⁸³

Die letzten Bedingungen für die Anerkennung des Stiftungsstatuts schreiben vor, dass eine Stiftung in ihrem Programm und ihrer Tätigkeit die Grundsätze der EU beachten muss, sie darf keine Gewinnerzielungsabsicht haben, und ihr leitendes Gremium muss geografisch ausgewogenen zusammengesetzt sein (vgl. Art. 3 Abs. 2b-d).

2.4.1 Ausgestaltung der Beziehung zur Partei: Verordnung vs. politische Praxis

Fasst man die Regelungen dieser Verordnung kurz zusammen, lässt sich feststellen, dass normativ zunächst eine enge Beziehung zwischen den Stiftungen und den Parteien verankert wurde: über ihre Aufgabenstellung, die rechtliche Anerkennung durch eine Partei sowie die Finanzierungsmodalitäten. Gleichzeitig wird durch weitere rechtliche Vorkehrungen eine gewisse Distanz zwischen den beiden Akteuren geschaffen: durch die eigene Rechtspersönlichkeit, eine strikte politische Aufgabentrennung und die angemessene Trennung der Leitungsstrukturen. Dadurch ergeben sich nunmehr die zu untersuchenden Spannungsfelder zwischen den europäischen Parteien und den europäischen Stiftungen: Zum einen wurden die Stiftungen rechtlich als Appendizes sehr eng an die europäischen Parteien gebunden, deren Existenz die Stiftungen rechtlich legitimiert und begründet. Sie sollen die Arbeit der Par-

⁸² Dabei wird nicht bezweifelt, dass letztendlich auch bei den deutschen Stiftungen die Bindung zu ihren Parteien entscheidend ist, da diese ihre Existenz und Subventionierung begründet.

⁸³ Dazu Shirvani (2008: 367) kritisch: „Bedenkt man, dass der Anteil der öffentlichen Parteienfinanzierung auf der europäischen Ebene bereits hoch ist und die Verordnung eine absolute Obergrenze für ihre Finanzierung aus dem EU-Haushalt ohnehin nicht vorsieht, ist diese Vorkehrung mehr als gerechtfertigt.“

teien „unterstützen und ergänzen“, in dem sie bestimmte Aufgaben wahrnehmen. Die Beziehung zur jeweiligen Partei stellt somit das konstituierende Merkmal der Stiftungen dar. Zum anderen verfügen die Stiftungen über eine eigene Rechtspersönlichkeit, das heißt, sie sind formell eigenständige politische Akteure. Zuletzt wird ihnen in der Verordnung ein anspruchsvoller und diverser Auftrag zugeschrieben, der auf den Vorstellungen und Erwartungen verschiedener weiterer politischer Akteure beruht und der seinen Ursprung in dem Diskurs um das Demokratiedefizit der EU findet. Dies wirft die Frage auf, wie die Stiftungen mit diesen verschiedenen Spannungsfeldern umgehen. Wie gestaltet sich die Arbeit der Stiftungen in Anbetracht der dargestellten institutionellen Regelungen?

***Bisherige Forschungsergebnisse:
„Towards Policy-Seeking Europarties?“***

Wie sich die Bestimmungen aus der Verordnung in der politischen Wirklichkeit ausgestalten und welche Arbeit die europäischen politischen Stiftungen bisher leisten, versucht die Untersuchung von Gagateg und van Hecke (2011) zu zeigen. Deren Forschungsfrage lautet, welches Potential die europäischen politischen Stiftungen haben, mit ihrer Arbeit den europäischen politischen Parteien dazu zu verhelfen, sich zu „policy-seeking europarties“ zu entwickeln. Die Autoren geben dabei einen ersten Überblick über die interne Organisation, Aufbau und Struktur sechs ausgewählter Stiftungen und ihre Aufgabenschwerpunkte. In ihrem Untersuchungsansatz gehen Gagateg und van Hecke dabei grundsätzlich von einer hierarchischen Beziehung zwischen Stiftung und Partei aus. Von vorneherein steht dabei das Potential der Stiftungen als unterstützende Organisationen im Mittelpunkt der Untersuchung:

„Contrary to Dakowska (2009), we do not primarily see foundations as a means to attain legitimacy and access to EU institutions’ or as a part of European civil society, but rather as agents of European parties and a possible factor that can help them develop as real policy-seeking parties [Hervorh. J.B.]“ (Gagateg/ van Hecke 2011: 3).⁸⁴

⁸⁴ Dabei ist jedoch anzumerken, dass hier ein Zitat von Dakowska aus dem Zusammenhang gerissen wurde:

Somit liegt der Schwerpunkt der Analyse der Stiftungsarbeit auf der Reichweite, wie diese in die Aktivitäten der europäischen Parteien eingebettet ist (vgl. Gagateg/ van Hecke 2011: 7). Gagateg und van Hecke kommen zu dem Ergebnis, dass die beiden größten Stiftungen, das CES und die FEPS, aufgrund ihres personellen und finanziellen Gewichts am intensivsten mit den Parteien zusammenarbeiten. Dabei bezeichnen sie es als Paradox, dass nicht die kleinen, mit weniger Ressourcen ausgestatteten Stiftungen enger mit ihren Parteien kooperieren (vgl. ebd.: 13).

Für eine erste Betrachtung der europäischen politischen Stiftungen liefert die Untersuchung von Gagateg und van Hecke wertvolle Informationen, vor allem über die besonderen Merkmale der untersuchten Stiftungen. Für eine tiefergehende Analyse der Beziehung zwischen Stiftung und Partei und der sonstigen Einflüsse auf diese Beziehung, greift die Untersuchung jedoch zu kurz. **Gagateg und van Hecke gehen von dem Auftrag an die Stiftungen aus, die Parteien zu stärken, und konzentrieren sich auf die Verklammerung mit der jeweiligen politischen Partei.** Jedoch lassen sie außer Acht, welche Rolle auch der **jeweilige** Gestaltungsraum **für die** Stiftungen als neue politische Akteure spielt und wie sich dieser auf die Beziehung zur Partei und auf ihre eigene Entwicklung auswirkt. Man kann daher konstatieren, dass die Untersuchung nur einen ersten oberflächlichen Blick auf die Beziehung zwischen Stiftung und Partei **werfen**. Diese Lücke könnte mit einem Blick **auf die** auf die aktuellen politischen Entwicklungen der europäischen Parteien und den Stiftungen geschlossen werden.

Exkurs: Anstehende Reformen für europäische Parteien und Stiftungen

Weitere Hinweise zum Verhältnis zwischen den europäischen politischen Stiftungen und den europäischen Parteien bekommt man durch einen Blick auf aktuelle Reformdiskussionen zu den Verbesserungen des Status und der Finanzierung der europäischen Parteien und ihren politischen Stiftungen. Angestoßen wurde dieser Prozess durch den parlamentarischen Bericht von Marietta Giannakou, der am 6. April 2011 vom EP ange-

Wie oben bereits ausführlich dargestellt, setzt Dakowska in ihrer Untersuchung von 2009 den Schwerpunkt auf die institutionellen Gründungsdynamiken der Stiftungen und weniger auf eine Beschreibung oder Bewertung der Stiftungen selbst.

nommen wurde.⁸⁵ Die zentrale Forderung an die Europäische Kommission ist eine Reform der Verordnung Nr. 2004/ 2003 und ihren Ergänzungen, Nr. 1524 und Nr. 1525. Bezweckt werden soll die Herstellung einer organisatorischen und funktionalen Konvergenz aller europäischer Parteien und Stiftungen durch die Annahme eines einheitlichen und europäischen Rechtsstatus und eine Überarbeitung der Finanzierungsmodalitäten für beide Akteure (vgl. Giannakou 2011: 5). Mit den Reformen wird vor allem die Hoffnung verbunden, dass sich die europäischen Parteien durch eine Änderung des Statuts vom nationalem ins europäische Recht auch tatsächlich in transnationale Parteien wandeln und ihre Struktur als Dachorganisationen endlich hinter sich lassen (vgl. Schmidt-Jevtic 2011: 345ff.).⁸⁶ Demnach könnten Parteien und Stiftungen erst durch den entsprechenden rechtlichen Status in die Lage versetzt werden, bei europäischen Wahlen als Vertreter des europäischen öffentlichen Interesses zu agieren.⁸⁷ Bezüglich der Finanzierung der Parteien und Stiftungen fordern die Abgeordneten des EP u.a. mehr Flexibilität bei der Übertragung von Eigenmitteln, einer Senkung der unabhängigen Mittel, die die Parteien nachweisen müssen, und die Erhöhung der Spendengrenzen.⁸⁸

Als Reaktion auf die Entschließung des Parlamentes definierte die Europäische Kommission in ihrem Arbeitsprogramm für 2012 das Ziel, die Verordnung (EG) Nr. 2004/ 2003 zu überarbeiten und damit einen europäischen Rechtsstatus für europäische Parteien

⁸⁵ Dieser stützt sich auf Artikel 12 der Verordnung Nr. 1524, der festlegte, dass das EP bis zum 15. Februar 2011 einen Bericht über die Anwendung der Verordnung sowie über die finanzierten Tätigkeiten abgeben sollte, im Folgenden: Entschließung des Parlamentes vom 6. April 2011.

⁸⁶ Parteien und Stiftungen ist durch den Vertrag von Lissabon die Aufgabe zugeschrieben worden, einen politischen Raum auf EU-Ebene und eine europäische Demokratie zu schaffen (vgl. Entschließung des Parlamentes vom 6. April 2011, Punkt 2).

⁸⁷ Vgl. die Entschließung des Parlamentes vom 6. April 2011, Punkt 8 und <http://www.euractiv.de/219/artikel/bald-neuer-status-fr-europaische-parteien-004628>.

⁸⁸ Von 12.000 Euro auf 25.000 Euro pro Jahr. Eine weitere institutionelle Erweiterung im Rahmen der Finanzierung ist die Forderung, einen neuen, speziell die Finanzierung europäischer Parteien und Stiftungen betreffenden und auf sie zugeschnittenen Titel in die Haushaltsordnung aufzunehmen. Bisher erfolgte die Finanzierung über sogenannte „Finanzhilfen“, mit denen auch Projekte oder Verbände finanziert werden (vgl. Punkt 15 und 16 der Entschließung).

und Stiftungen zu schaffen.⁸⁹ Im Rahmen von Konsultationen mit den Parteien und den Stiftungen werden daher seit geraumer Zeit alle Beteiligten in die Überlegungen und Arbeiten einbezogen (vgl. Interview mit Kommission 2012). Der Vorschlag der Kommission soll noch im Laufe dieses Jahres vorgestellt werden und wird angesichts seiner Bedeutung hinsichtlich der Weiterentwicklung der europäischen Parteien und der politischen Stiftungen mit Spannung erwartet. Grundsätzlich ist es von Seiten der Kommission dabei von Interesse, auch die Arbeit der Stiftungen zu erleichtern und auf eine solide Basis zu stellen, um ihre Beteiligung und ihren Einsatz für eine europäische Öffentlichkeit zu fördern (vgl. Interview mit Kommission 2012). Einschränkend lässt sich festhalten, dass der durch das EP angenommene Bericht den Schwerpunkt eindeutig auf die europäischen Parteien legt. Gagatsek und van Hecke (2011) kritisieren daher an dem Bericht von Giannakou, dass die Stiftungen insgesamt zu kurz kommen. So wäre es für die Stiftungen von Bedeutung gewesen, eine stärkere politische Rolle zu spielen, um die Parteien noch mehr in ihrer Arbeit zu unterstützen. Eine weitere inhaltliche Ausgestaltung der Stiftungsarbeit werde aber in dem Bericht gar nicht berührt (vgl. Gagatsek/ van Hecke 2011: 14).⁹⁰

Aufschluss darüber, wie sich die Arbeit der Stiftungen gestaltet, und in welcher Form sie ihren Aufträgen gerecht werden, bietet daher der Blick auf aktuelle legislative Entwicklungen nur eingeschränkt. Jedoch verdeutlicht dieser Prozess, dass die Stiftungen und Parteien sich nach wie vor in einem Prozess des Wandels und der Veränderungen befinden. Die europäischen Parteien scheinen dabei die prominenteren Akteure im Rahmen von legislativen Reformen zu sein. Es bleibt dahingehend offen zu fragen, welches genau die Interessen der Stiftungen angesichts von Verbesserungsoptionen ihrer Situation sind und wie sich die von der Kommission aktuell

⁸⁹ Vgl. Anhang I des Arbeitsprogramms der Kommission 2012: Nr. 76.

⁹⁰ Die Stiftungen werden zwar in alle gewünschten Entwicklungen einbezogen, aber jeweils nur zu den europäischen Parteien in Bezug gesetzt. Lediglich einzelne Detailfragen bezüglich der Finanzierung beschäftigen sich explizit mit den Stiftungen. So wird gefordert, dass die an die Stiftungen gerichtete Anforderung des Nachweises von Eigenmitteln gestrichen werden sollte sowie die Beschränkung, dass die europäischen politischen Stiftungen ihre Gelder nur innerhalb der EU nutzen dürften (vgl. Entschließung des Parlamentes vom 6. April 2011, Punkte 22 und 23).

überarbeitete Reform der europäischen Parteien und der europäischen politischen Stiftungen generell auf die Zukunft dieser Akteure ausüben könnte.⁹¹

2.4.2 Notwendigkeit einer vertieften Analyse der Beziehung Stiftung – Partei

Es wurde gezeigt, dass bisher nur wenige Erkenntnisse über die praktische Wirksamkeit der europäischen politischen Stiftungen und im speziellen über ihre Beziehung zu den europäischen Parteien außerhalb ihres formalen Rahmens vorliegen. Letztendlich ist diese Betrachtung aber von sehr hoher Bedeutung: Es geht dabei um die Frage, ob eine politische Maßnahme, die ergriffen wur-

de, um die Parteien zu stärken, und die sich darüber hinaus positiv auf die demokratische Legitimation der EU auswirken soll, ihre Wirkung erzielt. Schließlich begründen sich Auftrag und Existenz der europäischen politischen Stiftungen erst aus der Beziehung zu den europäischen politischen Parteien. Vor dem erörterten Hintergrund der wissenschaftlichen und politischen Debatten um die Stiftungsgründung, des institutionellen Arrangements und den in die Stiftung gesetzten Erwartungen hinsichtlich einer Demokratisierung der EU, sollen nunmehr die *Interaktion und das Verhältnis zwischen europäischen politischen Stiftungen und europäischen politischen Parteien* in den Mittelpunkt dieser Arbeit rücken. Denn erst eine genauere Erkenntnis über diese kann eine weitere Untersuchung der Arbeit der Stiftungen als auch ein Urteil darüber begründen, ob und wie die Erwartungen aus der Verordnung erfüllt werden. Um von einem ersten Erfolg der Verordnung, im Sinne einer Stärkung der europäischen Parteien, sprechen zu können, muss davon ausgegangen werden, dass die Zusammenarbeit zwischen den beiden Akteuren gewollt und kooperativ sein muss.

Im Folgenden soll diskutiert werden, wie die analytische, theoretische und methodische Annäherung an diese übergeordnete Fragestellung vorgenommen werden kann.

⁹¹ Anmerkung: Nach Fertigstellung dieser Arbeit wurde der Vorschlag der Europäischen Kommission am 12. September 2012 veröffentlicht. Die Rolle der europäischen politischen Parteien und der ihnen angeschlossenen Stiftungen bei der Überbrückung von nationaler und EU-Politik wird darin bestätigt. Durch den Verordnungsvorschlag sollen sie dabei unterstützt und gefördert werden, diese Aufgabe zu bewältigen und sich zu stärker sichtbaren und effizienten Akteuren entwickeln. Mit Bezug auf den Giannakou-Bericht werden dessen zwei Hauptforderungen aufgenommen: ein Statut der europäischen politischen Parteien und der Stiftungen, sowie striktere Voraussetzungen für den Zugang zu Finanzierungen und ein flexibleres Finanzierungssystem. Mit dem übergeordneten Ziel erhöhter Sichtbarkeit, verstärkter Anerkennung, Effizienz und Transparenz und Rechenschaftspflicht wird in dem Vorschlag tatsächlich ein europäisches Statut und die Möglichkeit einer Eintragung als Partei oder Stiftung und damit die Erlangung eines Rechtsstatus auf Grundlage des EU-Rechts eingeführt. Den Stiftungen werde damit ihre zentrale Rolle bei der Unterstützung und Ergänzung der Parteien anerkannt. Eine kleine, aber bedeutende Änderung wird auch mit Blick auf die Benennung der Akteure verzeichnet: Stiftungen und Parteien sollen nun als „europäische politische Parteien“ und „europäische politische Stiftungen“ bezeichnet werden. Eine neue Aufgabe der Stiftungen soll zudem sein, den Ausbau der Zusammenarbeit zur Förderung der Demokratie, einschließlich in Drittländern zu fördern. Jede Partei und die ihr angeschlossene Stiftung muss außerdem „die Trennung zwischen den laufenden Geschäften, den Leitungsstrukturen und der Rechnungslegung gewährleisten“ – somit entfällt der ehemalige interpretative Zusatz der „angemessenen Trennung“. Die „geografisch ausgewogene Zusammensetzung“ des leitenden Gremiums wird präzisiert auf 1/4 der Mitgliedsstaaten. Zur Erlangung des Rechtsstatuts müssen Parteien und Stiftungen in ein Register eingetragen werden. Zudem wird die Grenze der erstattungsfähigen Ausgaben zur Finanzierung aus dem Gesamthaushaltplans von 85% auf 90 % (Parteien) und 95% (Stiftungen) angehoben. Der jährliche Höchstbetrag von Spenden soll von 12.000 auf 23.000 Euro angehoben werden, sowie weitere Finanzierungsflexibilisierungen. Insgesamt lässt sich festhalten, dass der Vorschlag weitgehende rechtliche und finanzielle Verbesserungen für beide Akteure enthält und der Status der Stiftungen weiter gefestigt wird. Ihre enge Anbindung an die politischen Parteien wird bestätigt.

3. Theoretischer Rahmen und Methodik

Es wurde bereits konstatiert, dass die europäischen politischen Stiftungen bisher kaum Gegenstand von Untersuchungen waren. Die dünne empirische Datenlage über die parteinahen Stiftungen erlaubt es im Rahmen dieser Arbeit daher noch nicht, die fehlenden Daten durch theoretisch begründete Annahmen zu ersetzen. Der Mangel an empirischem Material und ausgearbeiteten Theorien führt zum einen dazu, dass man für eine weitere Untersuchung der Stiftungen zu einer gewissen theoretischen Unvoreingenommenheit gezwungen ist. Zum anderen begründet diese Tatsache die weitere Methodik, in einem explorativen Verfahren eine Annäherung an den Gegenstand zu leisten. Trotzdem bedarf jede wissenschaftliche Untersuchung eines gewissen Instrumentariums, welches die empirische Analyse und die damit verbundene methodische Herangehensweise an den Untersuchungsgegenstand strukturiert und leitet. In Fällen, in denen eine Strukturierung des Forschungsproblems zunächst nicht durch eine spezifische Theorie möglich ist (nach dem Prinzip des theoriegeleiteten Vorgehens, vgl. Mayring 2007: 52), bietet es sich an, auf allgemeine handlungstheoretische Überlegungen zurückzugreifen. Sie erlauben zunächst eine Strukturierung in Akteure mit ihren Bezugsgruppen, Wahrnehmungen, Zielen und Präferenzen, weiterhin in funktionale, institutionelle und ökonomische Handlungsbedingungen und zuletzt in Handlungen sowie ihre intendierten und nichtintendierten Effekte (vgl. Gläser/ Laudel 2010: 86). In Bezug auf die Untersuchung der Stiftungen können daher folgende Überlegungen angestellt werden: Da zum einen die Stiftungen als politische Akteure im Mittelpunkt der Untersuchung stehen, bedarf es, wenn möglich, eines Ansatzes, der den Akteur mit seinen Interessen und Präferenzen und Handlungen in den Mittelpunkt stellt. Das Forschungsinteresse dieser Arbeit liegt des Weiteren auf der Beziehung und Interaktion zwischen den Stiftungen zu den europäischen politischen Parteien, welche unter einem gegebenen institutionellen und politischen Rahmen stattfindet. Auch die Parteien sind politische Akteure, die ihre eigenen Interessen und Vorstellungen haben und danach handeln. Es muss daher eruiert werden, welche handlungstheoretischen Ansätze aus der Politikwissenschaft in Frage kommen könnten.

3.1 Abgrenzung des theoretischen Ansatzes

Geht man von der interessensgesteuerten Handlungsmotivation aus, spricht zunächst vieles dafür, den Rational-Choice Ansatz als heuristisches Mittel zu nutzen. Dessen Ausgangspunkt bilden Subjekte, welche Präferenzen und Ziele haben, die sie, bei der Wahl zwischen verschiedenen Handlungsoptionen, unter Einsatz ihrer Ressourcen und dem Streben nach maximalem Gewinn verfolgen (vgl. Diekmann/ Voss 2004: 14 f). Die individuelle Präferenz des Akteurs ist dabei der Angelpunkt des Rational-Choice, (vgl. Hartmann 2012: 165), ohne auf die Auszahlungen weiterer Akteure zu achten (vgl. Scharpf 2000: 148). Trotz des heuristischen Wertes dieses Ansatzes wurde jedoch gezeigt, dass noch weitere Aspekte und Einflussfaktoren in den Blick genommen werden müssen, um die Fragestellung dieser Arbeit zu beantworten. Dazu gehört an erster Stelle die Rechtsverordnung, die die Stiftungen institutionalisiert. Sie legt den Aufgabenbereich der Stiftungen fest und definiert vor allem die rechtliche Beziehung zu den Parteien. Das Verhalten der Stiftungen und auch das der Parteien wird so vorstrukturiert, und weitestgehend auch aufeinander bezogen. Daher muss der relationale Aspekt bei der Analyse beachtet werden, denn die Akteure müssen ihr Verhalten mit dem anderer Akteure abstimmen. Zudem muss die Verordnung selbst bei der genaueren Analyse der Beziehung zwischen beiden weiterhin mit in den Blick genommen werden und wie diese die Handlungen weitergehend bestimmt. **Deren** „Verhaltensregeln“ aus der Verordnung werden nicht zuletzt durch die Verträge, den Vertrag über die Arbeitsweise der EU (AEUV) und den Vertrag über die Europäische Union (EUV), bestimmt – durch den weiteren institutionellen und rechtlichen Kontext und die politischen Bedingungen, die im ersten Teil der Arbeit aufgeführt wurden, und miteinbezogen werden müssen. Es würde daher insgesamt zu kurz greifen, würde man sich den Akteuren „nur“ mit dem Rational-Choice Ansatz nähern.

Die konkretisierte Forschungsfrage der Arbeit lautet, wie die Stiftungen mit den Parteien in Verbindung stehen und wie sich ihre Interaktion gestaltet. Es wurde festgestellt, dass die Stiftungen als Appendizes der Parteien konstruiert worden sind, und u.a. der Aufgabe **nachkommen**, deren Arbeit zu begleiten. So steht die Frage im Raum, ob diese Konstellation mit dem Ansatz des Principal-Agent näher untersucht werden könnte. Dieser aus

der Neuen Institutionenökonomie stammende Ansatz (auch Delegationsansatz genannt) geht von einer vertraglichen Regelung zwischen zwei Personengruppen aus, dem „principal“ als Auftraggeber (Vertretenen) und dem „agent“ als Auftragnehmer (Vertreter) (vgl. Ross 1973). Zur Realisierung seiner Interessen überträgt oder delegiert der Prinzipal bestimmte Aufgaben und Entscheidungskompetenzen an den beauftragten Agenten, um sich dessen spezielle Fähigkeiten zunutze zu machen (vgl. Ebers/ Gotsch 1993: 203). In Folge von Interessensunterschieden und asymmetrischer Informationsverteilung können daraus sogenannte Agenturprobleme zwischen Prinzipal und Agent entstehen. Die Agenturtheorie untersucht, mit welchen Mechanismen („governance mechanisms“) sich diese Probleme durch eine institutionelle Ausgestaltung effizienter handhaben lassen (vgl. Thiele 1993: 995). Sie baut ihre Grundargumentation dabei auf drei Grundgedanken auf:

„1) einem vertragstheoretischen Organisationskonzept, 2) einem Verhaltensmodell, das individuelle Nutzenmaximierung, ungleiche Informationsverteilung, Interessensunterschiede und die Risikoaneignung der Akteure betont, sowie 3) der Annahme, daß eine optimale Gestaltung von Verträgen die Berücksichtigung von Agenturkosten voraussetzt.“ (Ebers/ Gotsch 1993: 204).

Aufgrund ihrer engen Beziehung zu den Parteien, könnte man annehmen, dass die Stiftungen mit ihrer Führung und ihrem zentralen Mitarbeiterstab im Sinne der Principal-Agent-Theorie als „Agents“ begriffen werden können, die den Interessen des „principal“, des Auftraggebers in Form der europäischen Parteien, dienen, und in dem Verhältnis gewisse Agenturprobleme entstehen könnten. Es soll jedoch, wie bereits an anderer Stelle kritisiert, nicht von einer derartig hierarchischen Vertragsbeziehung zwischen den beiden Akteuren mit dem Ziele einer Leistungserzeugung ausgegangen werden. Der Ansatz setzt eine Zuschreibung der Beziehung zwischen Stiftung und Partei voraus, die erst im Rahmen der Untersuchung geprüft werden soll. Vorerst soll daher die Eigenständigkeit der europäischen Stiftungen gewürdigt werden. Des Weiteren ist die Agenturtheorie auf fixe Ziele der Beteiligten angelegt, die im Rahmen der Analyse erst ermittelt werden sollen. Zuletzt sollen die Bedeutung der Ver-

ordnung als institutionelle Regelung und der Einfluss weiterer Akteure gleichermaßen berücksichtigt werden können. Daher ist es grundsätzlich erforderlich, im Folgenden einen komplexeren analytischen Ansatz zu verfolgen.

3.2 Der akteurszentrierte Institutionalismus

Geht man zurück zur Bedeutung der institutionellen Regelung, die das Verhalten der Stiftungen und die Beziehung zu den Parteien zunächst grundlegend bestimmt, muss der Institutionalismus als Beschreibungsmodell in den Blick genommen werden. Dieser setzt sich im Allgemeinen mit der Untersuchung von Institutionen auseinander und nimmt dabei an, dass sie wichtig sind, um soziales Handeln und Prozesse der Gesellschaftsentwicklung zu verstehen (vgl. Aspinwall/ Schneider 2000: 3). Der Begriff der Institution wird dabei in der Soziologie, der Politikwissenschaft und der Ökonomie unterschiedlich benutzt. In der Soziologie werden damit bspw. übergreifende Erwartungsstrukturen definiert, die darüber bestimmen, was angemessenes Handeln und Entscheiden ist (Hasse/ Krücken 2005: 7). Die ältere politikwissenschaftliche Variante knüpft mit dem Begriff wiederum stärker an die zentralen politischen Einrichtungen an (vgl. Keck 1991). Im wirtschaftswissenschaftlichen Bereich wird u.a. danach gefragt, wie Institutionen ökonomisch erklärt werden können. Der Begriff der Institution wird somit unterschiedlich sowohl auf soziale Gebilde als auch auf sozial normierte Verhaltensmuster angewandt. Der „neue“ Institutionalismus in der Politikwissenschaft wandte sich ab von einer Betrachtung formaler Staatsorganisation und nimmt neben formalen Institutionen auch informale Institutionen, wie gesellschaftliche Praktiken in den Blick (Morisse-Schildbach 2005: 270). In der Europaforschung gaben die verschiedenen Varianten des Neo-Institutionalismus wichtige theoretische Impulse – sie lenkten den Blick darauf, wie sich das spezifische institutionelle Design der EU auf die Prozesse und Ergebnisse der politischen Entscheidungsfindung auswirkt (vgl. Bieling/ Lerch 2005: 29). Dieser neue Institutionalismus (vgl. dazu ausführlich Aspinwall/ Schneider 2000) zergliedert sich in drei Denkschulen, den soziologischen, den Rational Choice, und den historischen Institutionalismus. Ersterer hebt die Bedeutung von Institutionen hervor, welche als unabhängige Variable durch bewusste und unbewusste Befolgung von Normen das Handeln von

Akteuren bestimmen. Jede Handlung und Entscheidung ist damit in einen bestimmten institutionellen Raum eingebettet und determiniert das Handeln von Akteuren. Dagegen stellt der Rational Choice Institutionalismus den einzelnen Akteur mit seiner prinzipiellen Handlungsfreiheit in den Vordergrund. Akteure bilden Institutionen, weil diese bestimmte Funktionen erfüllen, die wiederum notwendig sind für die Umsetzung von Handlungsplänen (vgl. Morisse-Schildbach 2005: 273). Die historische Variante betont den Faktor Zeit als eine Variable, die das Verhältnis zwischen Institution und Akteur mitbestimmt (vgl. Morisse-Schildbach 2005: 273, Aspinwall/Schneider 2000: 7).

Angesichts des akteursbezogenen Interesses der Untersuchungsfrage und der offensichtlichen Bedeutung des institutionellen und politischen Kontextes, bedarf es eines Ansatzes, der beide Aspekte vereint und sie gleichermaßen würdigt: den institutionellen Rahmen und den darin handelnden Akteur. Diese Perspektive vereinigt der akteurszentrierte Institutionalismus.

Beim Ansatz des akteurszentrierten Institutionalismus handelt es sich nicht um eine völlig neue theoretische Perspektive, sondern um eine selektive Kombination von Komponenten verschiedener bereits existierender sozialwissenschaftlicher Handlungstheorien. Wichtige **An-leihen** werden dabei dem Rational-Choice Ansatz und verschiedener Spielarten des neuen Institutionalismus entnommen (vgl. Schimank 2004: 292). So lässt sich sagen, dass der akteurszentrierte Institutionalismus mit seiner „Doppelperspektive“ (vgl. Mayntz/ Scharpf 1995: 46) die Stärken des soziologischen und des Rational-Choice Institutionalismus vereint: Soziale Phänomene müssen als Produkt von Interaktionen zwischen intentional handelnden Akteuren erklärt werden. Diese Interaktionen werden jedoch durch den institutionellen Rahmen, in dem sie stattfinden, in mehrfacher Hinsicht strukturiert und beeinflusst (vgl. Scharpf 2000: 76, Mayntz/ Scharpf 1995: 49). Der Ansatz erkennt auch die prägende Wirkung von Institutionen auf die Interessen und Identitäten von Akteuren an, die wiederum von Anhängern konstruktivistischer Ansätze, bzw. des soziologischen Institutionalismus in das Zentrum gerückt und bei der Zuschreibung der Präferenzen von Akteuren angewendet werden (Wagner 2005: 261). Zusammengefasst vermag dieser Ansatz Prozesse zu beschreiben,

„die von den Interaktionen individueller und korporativer Akteure mit spezifischen Fähigkeiten und spezifischen kognitiven und normativen Orientierungen bestimmt werden und die in einem gegebenen institutionellen Kontext und unter gegebenen Bedingungen der Politik-Umwelt stattfinden“ (vgl. Scharpf 2000: 75).

Der Ansatz des akteurszentrierten Institutionalismus wurde von Fritz Scharpf und Renate Mayntz seit den frühen siebziger Jahren am Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung entwickelt. Er hat breite Anwendung vor allem in den Politikwissenschaften gefunden und ist mittlerweile umfassend dargestellt und spezifiziert worden (vgl. Scharpf 2000). Seine Wurzeln lassen sich in den vergleichenden Politikwissenschaften und der Policy-Forschung finden. Somit rücken die alltäglichen Politikergebnisse, die im Rahmen von vereinbarten Entscheidungsverfahren zu beobachten bzw. zu erwarten sind, in das Blickfeld des Ansatzes (Wagner 2005: 250). Es besteht die Möglichkeit, politische Probleme zu identifizieren und mit Blick auf den Einfluss und die Veränderbarkeit von Institutionen, Lösungen und Verbesserungen vorzuschlagen (vgl. Scharpf 2000: 85). Es bietet sich daher im Besonderen an, den Ansatz im Rahmen dieser Arbeit anzuwenden, deren Ziel es ist, zu untersuchen, wie sich die Beziehung zwischen Partei und Stiftung entwickelt hat, um daraus wiederum Rückschlüsse auf die eigentlichen Ziele der Stiftungsgründung ziehen zu können.

Ursprünglich wurde der Ansatz für die Untersuchung der Problematik von Steuerung und Selbstorganisation auf der Ebene ganzer gesellschaftlicher Teilbereiche entwickelt (Mayntz/ Scharpf 1995: 39). Zur Untersuchung eines bestimmten Gegenstandes entwickelt, verstehen Mayntz und Scharpf ihren Ansatz jedoch explizit als generellen analytischen Bezugsrahmen – er ist keine gegenstandsbezogene inhaltliche Theorie, sondern stellt vielmehr eine „Forschungsheuristik dar, indem er die wissenschaftliche Aufmerksamkeit auf bestimmte Aspekte der Wirklichkeit lenkt“ (vgl. Mayntz/ Scharpf 1995: 39). Der Ansatz bietet sich insofern an, als dass er durch seinen analytischen Bezugsrahmen zwar Orientierung bietet und auch theoretische Prämissen enthält, aber selbst keine gegenstandsbezogene Theorie darstellt, sondern Hinweise für die Suche nach Erklärungen für politische Ergebnisse liefert.

Im Weiteren werden nun die Schlüsselbegriffe und die wichtigsten Annahmen des Ansatzes und seine Begriffe vorgestellt: der institutionelle Rahmen, der Zugriff auf die Akteure und die Akteurskonstellation. Anschließend werden diese für die weitergehende Untersuchung jeweils auf die Stiftungen und ihrer Beziehung zur europäischen Partei angewendet und modifiziert.

3.2.1 Der institutionelle Kontext

Institutionen sind im Ansatz des akteurszentrierten Institutionalismus die wichtigsten Einflussgrößen auf Akteure. Das Wissen über den institutionellen Rahmen ermöglicht somit auch den Zugang zum Handeln von Akteuren. Diese sind auf sozial konstruierte Regeln angewiesen, um sich zurechtzufinden und weil diese Ordnung in sozialen Umgebungen gewährleisten. Zudem erleichtern und beschränken Institutionen nicht nur eine bestimmte Menge von Entscheidungen, sondern legen auch weitgehend fest, wie die Ergebnisse von den Akteuren bewertet werden – und daher auch die Präferenzen der Akteure im Hinblick auf mögliche Optionen (vgl. Scharpf 2000: 79). Ein wesentlicher Aspekt des institutionellen Rahmens ist, dass Akteure vor allem durch seine formal rechtlichen Bestandteile erst konstituiert werden (Mayntz/ Scharpf 1995: 48):

„Der institutionelle Rahmen, der die Regeln definiert, deren Einhaltung man von anderen erwarten kann und sich selbst zumuten lassen muss, konstituiert Akteure und Akteurskonstellationen, strukturiert Verfügung über Handlungsressourcen, beeinflusst ihre Handlungsorientierungen und prägt wichtige Aspekte der jeweiligen Handlungssituation, mit der der einzelne Akteur sich konfrontiert sieht“ (Mayntz/ Scharpf 1995: 49).

Der Ansatz geht jedoch davon aus, dass der Einfluss von Institutionen auf die Wahrnehmungen und Präferenzen der Akteure niemals vollständig sein kann. Daher wird der Institutionenbegriff in diesem Ansatz relativ eng gefasst und beschränkt sich auf Regelungssysteme, die einer Gruppe von Akteuren offenstehende Handlungsverläufe strukturieren. Damit werden nicht nur formale rechtliche Regeln umfasst, sondern auch soziale Normen, die von den Akteuren im Allgemeinen beachtet werden. Der institutionelle

Rahmen, den die Regelsysteme bilden, ist damit ein Sammelbegriff, der im Forschungsprozess anhand des Untersuchungsgegenstandes und der Forschungsfrage jeweils konkret operationalisiert und gefüllt werden muss (vgl. Scharpf 2000: 77f.) Des Weiteren hat diese analytische Weichenstellung zwei Konsequenzen: Zum einen können Institutionen gestaltet und durch das Handeln von Akteure verändert werden, mit denen sie in einem Wechselverhältnis stehen. Institutionen können damit als abhängige wie auch als unabhängige Variable behandelt werden (vgl. Schimank 2004: 294). Zum anderen wird ihnen dadurch keine determinierende Wirkung zugeschrieben: Institutionelle Faktoren bilden in diesem Ansatz vielmehr einen stimulierenden, ermöglichenden oder auch restringierenden Handlungskontext (vgl. Mayntz/ Scharpf 1995: 43). Drei Arten von institutionellen Strukturen spielen dabei eine wichtige Rolle: 1. materielle oder formale Verhaltensvorschriften, 2. Regelungen der Zuweisungen und Nutzung spezifischer Ressourcen, 3. normative Festlegungen der Relationen zwischen bestimmten Akteuren (vgl. Schimank 2004: 295).

Obwohl der institutionelle Rahmen also einen erheblichen Einfluss besitzt, bestimmt er nicht alle Arten von Handlungen und auch dort, wo er gilt, Handlungen nicht vollständig. An dieser Stelle wendet sich der Ansatz seinem zweiten Standbein zu: die im institutionellen Rahmen handelnden Akteure. Zunächst soll aber der Begriff des institutionellen Rahmens auf die europäischen politischen Stiftungen (und die Parteien) übertragen werden.

Bestimmung des institutionellen Rahmens

Den institutionellen Rahmen der Stiftungen konstituiert in erster Linie die Reformverordnung Nr. 1524, die sowohl die Stiftungen rechtlich, organisatorisch und finanziell institutionalisiert und organisiert. Darüber hinaus legt sie die Beziehung zwischen Stiftung und Partei fest und schreibt den Stiftungen gewisse Aufgaben und Funktionen zu. Die Verordnung vereinigt damit zunächst wichtige Merkmale des institutionellen Rahmens nach dem Ansatz des akteurszentrierten Institutionalismus (vgl. Mayntz/ Scharpf 1995:48): 1. Die Stiftungen werden als politische Akteure institutionalisiert; 2. Sie strukturiert die Verfügung über ihre Handlungsressourcen, ihre Finanzierung; 3. Sie legt die Relation der

Stiftung gegenüber bestimmten Akteuren fest: den Parteien; 4. Außerdem legt sie in einem weiteren Kontext die Normen und Prinzipien vor, nach denen die Stiftungen in legitimer Weise handeln sollen.

Dahingehend wird das demokratische Defizit der EU als allgemeiner Konsens erklärt, dem man mit der Stärkung der europäischen Parteien und Öffentlichkeitsarbeit **versucht**, entgegen zu wirken. Dieser Konsens soll in diesem Rahmen als die normative Regelung definiert werden, die das Handeln der Akteure mitbestimmt. Über die enge institutionelle Regelung der Verordnung hinaus interagieren die europäischen Stiftungen und die europäischen Parteien als politische Akteure im weiteren institutionellen Rahmen des EU-Rechts und des politischen Systems der EU. Das Hauptaugenmerk wird jedoch in erster Linie auf der Verordnung liegen, die die europäischen politischen Stiftungen erst konstituiert. Im Folgenden wird sich dem zweiten Schwerpunkt des akteurszentrierten Institutionalismus zugewandt: dem im institutionellen Rahmen handelnden Akteur.

3.2.2 Akteure im akteurszentrierten Institutionalismus

Akteure werden durch ihre Handlungsorientierungen (ihre Wahrnehmungen und Präferenzen) und ihre Fähigkeiten charakterisiert. Bevor diese Begriffe näher erläutert werden, bedarf es jedoch einer wichtigen analytischen Unterscheidung. So geht man zuallererst davon aus, dass nur Individuen handeln können, auch im Namen einer Organisation oder einer größeren Gruppe. Dies wäre jedoch angesichts des eigentlichen Untersuchungsgegenstandes des Ansatzes empirisch nicht möglich. Daher wird davon ausgegangen, dass individuelle Akteure wiederum einen „composite actor“ bilden können, sogenannte überindividuelle Akteure. Das Handeln dieser überindividuellen Akteure ist damit nichts anderes als das Zusammenwirken von Individuen in dieser Konstellation. Diese Fiktion eines überindividuellen Akteurs dient dazu, kognitive Vorgänge zu vereinfachen (vgl. Schimank 2007: 306). Der Gebrauch von akteurstheoretischen Konzepten oberhalb der individuellen Ebene setzt jedoch voraus, dass die beteiligten Individuen die Absicht haben, ein gemeinsames Produkt zu schaffen oder ein gemeinsames Ziel zu erreichen (Scharpf 2000: 101). Es muss somit in jedem Forschungsprozess neu geklärt werden, wel-

cher Art von komplexem Akteur vorliegt und begründet werden, inwieweit die Annahme eines einheitlich handelnden Akteurs zulässig ist. Im Mittelpunkt des Ansatzes steht der „korporative“ Akteur, dessen wichtigste Ausformung die formale Organisation nach Coleman (1974) ist. Darunter werden handlungsfähige, formal organisierte Personen-Mehrheiten verstanden, die über zentralisierte, also nicht mehr den Mitgliedern individuell zustehende Handlungsressourcen verfügen, über deren Einsatz hierarchisch (Arbeitsorganisation) oder majoritär (Interessensorganisationen) entschieden werden kann (Mayntz/ Scharpf 1995: 49f.). Wesentlich für einen korporativen Akteur ist dabei die Verfolgung einer sowohl nach innen als nach außen prägnanten gemeinsamen Zielsetzung (vgl. Schimank 2004: 294).

Kann man die Existenz eines korporativen Akteurs unterstellen, wird diesem die Fähigkeit zu intentionalem bzw. strategischem Handeln zugeschrieben. In Abgrenzung zum ökonomischen Institutionalismus setzt der Ansatz dabei das Konzept der begrenzten Rationalität nach Herbert Simon voraus. So wird Politik von menschlichen Akteuren gemacht, die von ihren subjektiven Bedürfnissen und subjektiv definierten Interessen und Wertungen aus handeln. Akteure handeln im Ansatz des akteurszentrierten Institutionalismus in ihrer Subjektivität strategisch – da sie nicht über alle vorhandenen Informationen verfügen, können sie nicht vollständig rational handeln:

„Das menschliche Wissen und die menschliche Rationalität sind begrenzt, und daher basieren viele menschliche Handlungen nicht auf der unmittelbaren Wahrnehmung von Daten und Kausalgesetzen der realen Welt, sondern auf kulturell geformten und sozial konstruierten Überzeugungen über die reale Welt“ (Scharpf 2000: 51).

Wodurch wird dieses Handeln des Akteurs geprägt? Jeder Akteur zeichnet sich durch seine spezifischen Handlungsorientierungen (Wahrnehmungen und Präferenzen) und Fähigkeiten aus (Scharpf 2000: 95). Unter den Fähigkeiten wird zunächst der Einsatz von Handlungsressourcen verstanden, die es einem Akteur ermöglichen, ein Ergebnis in bestimmter Weise (und bestimmtem Grad) zu beeinflussen (Scharpf 2000: 95). Dazu gehören materielle Ressourcen wie Geld oder

Informationszugang, persönliche Merkmale wie Human- und Sozialkapital. Die wichtigste Ressource sind jedoch, getreu dem Ansatz des Institutionalismus, institutionelle Regeln, die Kompetenzen zuweisen und bestimmte Rechte zur Partizipation oder zur autonomen Entscheidung verleihen (vgl. Scharpf 2000: 86).

Die Handlungsorientierungen eines Akteurs sind zum einen geprägt von seinen kognitiven Fähigkeiten, d.h. seinem Kausalwissen, einschließlich seiner Wahrnehmungen, Deutungen und Erwartungen an das Handeln des Gegenübers. Des Weiteren sind sie von seinen Präferenzen geprägt. Unter diese fasst der Ansatz das Eigeninteresse des Akteurs an Selbsterhaltung, Autonomie und Wachstum und Institutionen, diesmal als normative Vorgaben. Die dritte Komponente, die die Präferenzen des Akteurs beeinflusst, ist die Identität des Akteurs: So können Akteure eigene Interessen und Normen definieren und hervorheben und damit eine eigene Identität herausbilden (vgl. Scharpf 2000: 119). Die für diese Arbeit relevanten Akteure werden im Folgenden dargestellt.

Bestimmung der Akteure

Wie bereits in den Ausführungen zum Akteursbegriff erwähnt, steht der komplexe Akteur im Mittelpunkt des akteurszentrierten Institutionalismus, v.a. in der Ausprägung des korporativen Akteurs. Die Fähigkeit zur kollektiven Willensbildung und die effektive Steuerung des Handelns kann dabei angenommen werden: die Stiftungen müssen allesamt als rechtliche Körperschaften organisiert sein und über ein leitendes Gremium als Führungspersonal verfügen. Zwar wurden die Stiftungen im Rahmen der Verordnung „von oben“ konstruiert. Es kann jedoch davon ausgegangen werden, dass Entscheidungen innerhalb der Stiftung majoritär im Leitungsgremium entschieden wird. Die Stiftungen (so wie die Parteien) sind damit mit spezifischen Handlungsorientierungen (Wahrnehmungen und Präferenzen) und Fähigkeiten ausgestattet und können damit eigene subjektive Interessen verfolgen. Für die Analyse werden zur Vereinfachung der Untersuchung die Führung der jeweiligen Stiftungen und ihr zentraler Mitarbeiterstab im Mittelpunkt stehen. Im Mittelpunkt des Interesses stehen dabei die von den Präferenzen geprägten Handlungsorientierungen der Stiftungen, die durch ihr Eigeninteresse, institutionalisierte Normen und ihr Selbstverständnis entstehen. Im Sin-

ne der begrenzten Rationalität sind sie dabei an einem bestimmten Kontext gebunden. Wendet man diese Merkmale auf die Untersuchung der Beziehung der Stiftungen zu den Parteien an, stellt sich die Frage nach den Interessen und Präferenzen bezüglich ihrer Arbeit und der Gestaltung der Beziehung zur der ihnen zugeordneten Partei. Unter ihrem Selbstverständnis wird verstanden, welches Bild die Stiftungen von sich und ihrer Arbeit haben, und worin **nach ihrem Dafürhalten** die spezielle Leistung ihrer Arbeit liegt. Wie hängt diese Arbeit mit der Beziehung zur jeweiligen europäischen Partei zusammen? Die institutionalisierten Normen stehen wiederum für die Erwartungen an die Leistung und Rolle der Stiftungen im Kontext der Gründungsmotivation. Zuletzt muss die Frage nach dem Handlungsraum und den „Fähigkeiten“ der Stiftungen in Anbetracht ihrer Handlungsressourcen in den Blick genommen werden.

3.2.3 Interaktion mit anderen Akteuren

Das Handeln von Akteuren wird im Ansatz des akteurszentrierten Institutionalismus jedoch nicht allein von seinem institutionellem Umfeld, seinen Präferenzen und Wahrnehmungen sowie seinen Handlungsressourcen bestimmt und ermöglicht, sondern des Weiteren durch das Handeln anderer Akteure und die Interaktion mit ihnen. Daher werden unter die Präferenzen von Akteuren auch ihre Interaktionsorientierungen gefasst. Der Ansatz des akteurszentrierten Institutionalismus fasst dabei die am häufigsten auftretenden Interaktionsorientierungen von Akteuren als egoistisch-rational, solidarisch, kompetitiv, altruistisch oder feindlich zusammen (vgl. Scharpf 2000:152). Diese Interaktionsorientierungen prägen und formen wiederum die Akteurskonstellationen. Darunter wird ein statisches Bild der Handlungssituation verstanden, welches das Wissen, das über bestimmte beteiligte Akteure, ihre Fähigkeiten und Wahrnehmungen existiert, repräsentiert. Jede Situation bringt dabei verschiedene Merkmale mit sich: Sie kann durch einen institutionell geregelten Anlass zum Handeln herausfordern und kann bestimmte Handlungsoptionen und Handlungsalternativen bieten. Dabei spielen die verfügbaren Ressourcen eine wichtige Rolle. Um die eigentlichen Interaktionen zwischen den Akteuren zu beschreiben, bedient sich der Ansatz der Spieltheorie und begreift die Akteurskonstellationen als Spiele. Die unterschiedlichen Interaktionsformen „als abstrahierte Grund-

formen sozialer Handlungskoordination“ (Mayntz/ Scharpf 1995: 61), werden unterschieden in einseitiges Handeln, Verhandlung, Mehrheitsentscheidung und hierarchische Steuerung. Wie lassen sich diese Annahmen nun auf die politischen Akteure dieser Arbeit übertragen?

Stiftung und Partei in Interaktion

Die Akteurskonstellation, d.h. die beteiligten Akteure in einer Interaktion, wird auf die Interaktion zwischen der Stiftung und der Partei beschränkt, da deren Beziehung im Mittelpunkt der Untersuchung steht. Der Schwerpunkt liegt auf der Frage, wo die Interessen der Stiftungen liegen und inwiefern diese auf die Interaktionsorientierungen gegenüber der jeweiligen Partei (und vice versa) Einfluss nimmt. In ähnlicher Weise müssen die Parteien als Gegenpart in der Beziehung berücksichtigt werden: Die Frage nach dem Selbstverständnis der Parteien steht jedoch nicht isoliert zur Debatte, sondern nur im Verhältnis zu der jeweiligen Stiftung und ihre Sicht auf diese - mit der wichtigen Annahme, dass auch die Parteien intentional handelnde Akteure mit Handlungsorientierungen gegenüber den Stiftungen sind. Die Interaktionsorientierungen werden somit unter dem Aspekt betrachtet, in welchem Verhältnis Stiftungen und Parteien stehen.

3.2.4 Nicht-institutionelle Faktoren

Mit dem Versuch, analytische Kategorien für die Erfassung theoretisch relevanter Aspekte der einen ganzen Sektor umfassenden Akteurskonstellationen zu entwickeln, beschränkt sich der Ansatz nicht nur auf politische Institutionen oder Akteure. Er betont zudem den Einfluss von nicht-institutionellen Faktoren, die die Situation prägen können, wohinter im Ansatz historische Prozesse und Ereignisse kleineren und größeren Maßstabs stehen. Sie sollen (zumindest) deskriptiv als situative Randbedingungen zur Kenntnis genommen werden. Dazu müssen auch weitere Akteure berücksichtigt werden, die sich nicht in eine bestimmte Akteurskonstellationen einordnen lassen. Während das beobachtbare Akteurshandeln als die „proximate cause“ (nahegelegene Ursache) und der institutionelle Rahmen als die „remote cause“ (entfernt liegende Ursache) den Erklärungsrahmen darstellen, existieren zwischen beiden somit noch zahlreiche Faktoren, durch die die Akteure, ihre soziale Organisation und

ihre Handlungsorientierungen mitbestimmt werden (vgl. Mayntz/ Scharpf 1995: 44, 47). Umgekehrt gilt dies auch für die übergreifenden Strukturen, in denen sie eingebettet sind. Der Ansatz des akteurszentrierten Institutionalismus bietet jedoch kein Kategorienraster der nicht-institutionellen Einflussfaktoren. Dies erfordert wiederum eine spezifische Operationalisierung für die Einzelfallerklärung. Die empirische Ausrichtung des Ansatzes bedingt somit, dass der Bezugsrahmen sich für vielerlei nicht theoretisch vorhersehbare Erklärungen offen hält, die nur ad hoc einbezogen werden können (vgl. Schimank 2004: 299).

Der politische Kontext der EU und die äußeren Rahmenbedingungen

Für die vorliegende Untersuchung sollen die nicht-institutionellen Faktoren der Untersuchung ebenfalls gewürdigt werden. Dahingehend soll der politische Kontext der EU mit im Blick behalten werden. Dahinter steht das Verständnis, dass sich die Union in einem ständigen politischen und legislativen Entwicklungsprozess befindet, in dem agiert, reagiert und interagiert wird. Die in ihr handelnden politischen Akteure reagieren dabei auf Veränderungen und Umbrüche, gestalten, setzen Recht und passen sich an. Das politische System der EU wird damit begriffen als

„Gesamtheit der politischen Institutionen, der politischen Prozesse und der Inhalte politischer Entscheidungen (policy) sowie des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Umfeldes“ (Schmidt 2004a: 557).

Die Gründung der Stiftung durch die Verordnung spiegelt wider, wie durch ebenen- und institutionenübergreifende Maßnahmen neue Akteure geschaffen werden, die gleichzeitig in ihrer Entwicklung wieder Einfluss auf das System als Ganzes nehmen können.

Die politischen Rahmenbedingungen und ihre Veränderungen haben hier wiederum einen Einfluss auf das Geschehen innerhalb eines bestimmten institutionellen Rahmens. So führten die äußeren Rahmenbedingungen und der Einsatz von politischen Akteuren dazu, dass im Rahmen des politischen Systems eine rechtliche Verordnung geschaffen werden konnte, die die europäischen politischen Stiftungen institutionalisierte.

Nachdem vorangehend die Anwendung des theoretischen Paradigmas nach dem akteurszentrierten Institutionalismus auf die Stiftungen und Parteien angewandt wurde, soll im weiteren die sich daraus ableitende Arbeitshypothese der empirischen Untersuchung bekräftigt werden.

3.2.5 Ableitung der weiteren Untersuchungshypothese

Es zeigt sich, dass der akteurszentrierte Institutionalismus einen überaus komplexen Ansatz darstellt (vgl. Wagner 2005: 261), der weder in seiner Gänze dargestellt wurde, noch vollständig zur Anwendung kommt. Nach Einschätzung der Autoren liegt es weder im Rahmen des Machbaren, noch ist es notwendig, den Ansatz detailgetreu zu übernehmen. Es muss zudem noch einmal betont werden, dass der Ansatz selbst für einen bestimmten Gegenstand konstruiert wurde – die Steuerung und Selbstorganisation auf der Ebene gesellschaftlicher Teilbereiche. Dagegen bewegt sich die vorliegende Arbeit mit ihrer Fragestellung auf einer analytischen Mikroebene, für die begründet werden musste, welche Begriffe und Herangehensweise aus dem Ansatz sinnvoll zu übernehmen sind. Die Leitfrage der Untersuchung und die bisherigen Ergebnisse der Arbeit erlauben es, den einzelnen analytischen Komponenten des Ansatzes jeweils vergleichsweise spezifische Fassungen zu geben. Dies liegt begründet im grundsätzlichen Merkmal des Ansatzes:

„Der Ansatz des akteurszentrierten Institutionalismus zeichnet sich dadurch aus, dass er den strategischen Handlungen und Interaktionen zweckgerichteter und intelligenter individueller und korporativer Akteure dieselbe Bedeutung zumisst wie den ermöglichenden, beschränkenden und prägenden Effekten gegebener aber veränderbarer institutioneller Strukturen und institutionalisierter Normen“ (Scharpf 2000: 72).

So stehen im Mittelpunkt der bisherigen Betrachtung sowohl die Stiftungen als politischer Akteur als auch eine institutionelle Regelung: die Verordnung, die die Stiftung institutionalisierte. Somit können neben der theoretischen Grundannahme aus dem Ansatz bestimmte Schlüsselemente als leitendes Paradigma für die Untersuchung übernommen werden. Diese sollen als Raster

dazu dienen, die Untersuchung zu leiten, und dabei helfen, das bereits vorhandene Wissen zu strukturieren (Scharpf 2000: 64). Die von Scharpf später vorgenommene spezifische spieltheoretische Ausformung wird indes nicht übernommen: es soll nicht darum gehen, mögliche Situationen zu modellieren oder „unterschiedlich reale Konstellationen [zu] beschreiben und zu vergleichen“ (ebd.: 88). Es sollen stattdessen die europäischen politischen Stiftungen als handelnde Akteure in einem institutionellen Kontext und in Beziehung zur jeweiligen politischen Partei in den Fokus rücken. Denn diese Beziehung ist grundlegend für die Frage, ob die Gründung der politischen Stiftung eine politisch wirksame Maßnahme war. Eine weitergehende Prognose bezüglich des Gegenstandes kann zudem auch ohne das Instrument der Spieltheorie geleistet werden.

Fasst man nun den Ansatz des akteurszentrierten Institutionalismus und die übergeordnete Forschungsfrage der Arbeit zusammen, lässt sich folgendes festhalten: Die Verordnung Nr. 1524 als institutioneller Rahmen hat die europäischen politischen Stiftung institutionalisiert und legt ihren Handlungsspielraum und Ressourcen fest. Die Stiftungen wurden hierdurch eng an die politischen Parteien gebunden. Es wurde gezeigt, dass eine Studie der Verordnung und bisherige Forschungsergebnisse keine ausreichende Antwort auf die Frage nach der konkreten Ausgestaltung dieser Beziehung in der Praxis geben. Dabei wird, nach dem Paradigma des akteurszentrierten Institutionalismus, davon ausgegangen, dass sich die beiden Akteure mit eigenen Interessen und Handlungsorientierungen in einer Interaktion und Zusammenarbeit befinden, die Aufschluss darüber geben kann, wie sich die konkrete Beziehung gestaltet. So wird im Folgenden der Raum untersucht, der sich außerhalb der formalen Verordnung öffnet. Wie sieht die praktisch-politische Wirklichkeit aus, wie wird die institutionelle Regelung durch das Handeln der Akteure und deren Selbstverständnis und Interessen ausgestaltet und womöglich sogar weiterentwickelt?

Die Arbeitshypothese und der Erwartungshorizont der nachfolgenden empirischen Analyse lauten angesichts dieser empirischen und theoretischen Überlegungen:

Es gibt gewisse Interessenskonflikte zwischen den Stiftungen und den Parteien, die aus der institutionell bestimmten engen An-

gliederung der europäischen Stiftungen an die jeweilige Partei und der gleichzeitigen Eigenständigkeit der beiden Akteure resultieren.

Folgende Unterfragen müssen bei der weiteren Analyse berücksichtigt werden:

- Wo genau liegt das politische Handlungsfeld der europäischen politischen Stiftungen auf dem Brüsseler Parkett und darüber hinaus?
- Wie hängt dies zusammen mit der Nähe zu den europäischen politischen Parteien und wie gestaltet sich die Zusammenarbeit der beiden Akteure?
- Wie nehmen die Stiftungen sich selbst wahr, und wie nehmen die Parteien das Profil der Stiftungen wahr?

Zur Überprüfung der erweiterten Hypothese werden auf Basis der theoretischen Überlegungen aus dem Ansatz des akteurszentrierten Institutionalismus und der Unterfragen die folgenden fünf Kategorien abgeleitet, die das weitere methodische Vorgehen der Untersuchung leiten werden:

1. Interaktion/ Beziehung zur Partei
2. Institutioneller Rahmen und normative Einflüsse
3. Interessen/ Präferenzen/ Ressourcen der Akteure
4. Selbstverständnis
5. Handlungsfeld

3.3 Methodischer Ansatz: Experteninterviews

Wie bereits in der Einleitung und den bisherigen Ausführungen der Arbeit deutlich wurde, hat die weitere Untersuchung der Arbeit einen explorativen Charakter (vgl. Diekmann 2010: 33f.), da der soziale Bereich, den es zu erforschen gilt -die Beziehung zwischen Stiftung und Partei über den rechtlichen Rahmen der Verordnung hinaus- noch unerforscht ist. Somit handelt es sich um die Untersuchung

eines Gegenstandes, zu dem bisher kaum Situationen oder Prozesse rekonstruiert wurden. Um diese zu verstehen und zu erklären (vgl. Gläser/ Laudel 2010: 37), ist eine mögliche Methode, Menschen zu befragen, die aufgrund ihrer Beteiligung „Expertenwissen“ über die Sachverhalte erworben haben (vgl. Gläser/ Laudel 2010: 13) – im konkreten Fall Vertreter der Stiftungen und der Parteien. Darin begründet sich auch die qualitative Methodik der Arbeit: Experteninterviews wurden mit Hilfe eines vorkonstruierten Leitfadens durchgeführt und in Anlehnung an Gläser/ Laudel (2010) qualitativ ausgewertet. Experten werden in dieser Arbeit als Funktionsträger „innerhalb eines organisatorischen oder institutionellen Kontextes“ (vgl. Meuser/ Nagel 1991: 444) definiert. Ihre damit verbundenen Zuständigkeiten, Aufgaben und Tätigkeiten und die aus diesen gewonnenen exklusiven Erfahrungen und Wissensbestände sind die Gegenstände der Interviews. In Anlehnung an den analytischen Rahmen und den Akteursbegriff der Arbeit werden die Befragten somit als Repräsentanten einer Organisation oder einer Institution betrachtet, insofern sie die Interessen, Problemlösungen und Entscheidungsstrukturen repräsentieren (vgl. Meuser/ Nagel 1991: 444).

Auswahl der Untersuchungsfälle und der Interviewpartner

Da die Anzahl der überwiegend vom 05. bis 09. März 2012 in Brüssel geführten Interviews im Rahmen dieser Arbeit notwendigerweise begrenzt ist, mussten vorab sorgfältige Überlegungen zur Auswahl der Untersuchungsfälle unternommen werden. So sollte es sich um eine „Auswahl typischer Fälle“ handeln, von denen man annehmen kann, dass sie das Untersuchungsfeld, die europäischen politischen Stiftungen, besonders gut repräsentieren (Gläser/ Laudel 2010: 98). Zudem ist zu bedenken, dass die Stiftungen nach wie vor sehr junge Organisationen sind, und es deshalb schwierig sein könnte, bereits erste Bewertungen vorzunehmen. Dies sprach für die Auswahl von bereits stärker sichtbaren Akteuren. Daher wurden zunächst das Centre für European Studies (CES) und die Foundation for European Progressive Studies (FEPS) ausgewählt, mit der Annahme, dass diese Stiftungen aufgrund ihrer Ressourcenstärke sichtbare Ergebnisse ihrer Arbeit und ihres Profils präsentieren können. Dies ist strukturell bedingt durch die jeweilige Größe und Stärke der beiden zugehörigen europäischen Parteien, der European Peop-

le's Party (EPP) und der Party of European Socialists (PES), den beiden größten und bedeutsamsten europäischen Parteien, deren Fraktionen im EP mehr als die Hälfte der Sitze besetzen.

Um der vermutlichen Diversität der zwölf europäischen politischen Stiftungen im Rahmen der Arbeit ansatzweise gerecht zu werden, wurde auch eine kleinere Stiftung und ihre Partei, die Green European Foundation (GEF), bzw. die European Green Party (EGP), in die Untersuchung einbezogen. Sie ist durch ein erheblich kleineres Budget und geringere personelle Ressourcen gekennzeichnet. Aus methodischer Hinsicht handelt es sich in Anbetracht der zugehörigen Partei im Vergleich zu den beiden anderen Fällen um einen „Extremfall“ (vgl. Gläser/ Laudel 2010: 99). So ist die European Green Party (EGP) sowohl in ihrer Organisation als auch in der Repräsentanz ihrer (meist jungen) nationalen Mitgliedsparteien ein Sonderfall neben den traditionellen konservativen und sozialdemokratischen europäischen Parteienverbänden, da die ökologisch orientierten Parteien in Europa nicht auf entsprechend lange Traditionslinien zurückblicken (vgl. Mittag 2010: 140). Dabei ist allgemein bekannt, dass die EGP und ihre grünen Mitgliedsparteien ihren Schwerpunkt (und Stärke) auf klima- und umweltpolitischen Zielen legen und sich dadurch inhaltlich nach wie vor von den anderen Parteien abgrenzen.

Forschungspraktische Gründe bestimmten auch die Auswahl der Interviewpartner. Sowohl bei den Stiftungen als auch bei den Parteien war entscheidend, wer eine direkte Zuständigkeit in der jeweiligen Organisation und darüber hinaus gleichzeitig eine leitende Position innehat, die Aussagen erlaubt, die über den jeweiligen Arbeitsbereich hinausgehen. Damit sollte gesichert werden, dass der die Stiftung oder die Partei repräsentierende individuelle Akteur mit dem kollektiven Akteur, also der Stiftung oder der Partei, gleichgesetzt werden kann. Interviewpartner der Stiftungen waren ein **hochrangiger** Vertreter der CES, der Generalsekretär der FEPS, Ernst Stetter sowie Leonore Gewessler, Direktorin der GEF. Ernst Stetter war vor seinem Amtsantritt u.a. Leiter der FES-Vertretung in Brüssel. Leonore Gewessler hat keinen direkten deutschen Stiftungshintergrund, ist aber Mitglied in der Mitgliederversammlung der Heinrich-Böll-Stiftung. Grundsätzlich scheint der Blick in die Besetzung der Stiftungsämter die von Dakowska

aufgestellte These zu bestätigen, dass die europäischen Stiftungen (noch) stark von der Expertise, der Erfahrung und dem Leitungspersonal der deutschen Stiftungen geprägt sind (vgl. Dakowska 2011: 182ff.).

Interviews mit den europäischen politischen Parteien

In Bezug auf die Befragungen von Vertretern der europäischen politischen Parteien wurde die Überlegung angestellt, welches Organ der jeweiligen Partei am ehesten Beziehungen zur jeweiligen Stiftung pflegt und damit sowohl die meisten Kenntnisse über die Stiftungen selbst hat, als auch Motivation und Interesse gegenüber dieser am adäquatesten darstellen kann.

Die Generalsekretariate der europäischen politischen Parteien bilden deren organisatorisches Zentrum und sind zuständig für das Tagesgeschäft (vgl. Mittag 2010: 82). Das lässt zunächst darauf schließen, dass die Generalsekretariate über alle Teile der Parteien einen Überblick haben, und auch in Kontakt mit der zugehörigen Stiftung stehen müssten. Für die Interviews wurden daher die jeweiligen Generalsekretariate kontaktiert. Daraus ergaben sich die Befragungen mit Luc Vandeputte, stellvertretender Generalsekretär der EPP, mit zwei Vertretern des PES-Generalsekretariats und mit Jacqueline Cremers, Generalsekretärin der EPG.

Konstruktion des Leitfadens und Auswertung der Interviews

Entscheidend für die Konstruktion des Leitfadens und die Formulierung der Interviewfragen war das übergeordnete Erkenntnisinteresse, im Engeren bezogen auf die durch den analytischen Rahmen entwickelten Kategorien. Bei der Erstellung des verwendeten Interview-Leitfadens wurde auf ein inhaltsanalytisch-reduktives Vorgehen abgezielt, das es ermöglicht, die relevanten Interviewpassagen in direkten Zusammenhang zu den Kategorien zu setzen. Die thematischen Schwerpunkte des Leitfadens stellten dabei Vorformulierungen der relevanten Analysekatoren da. Insgesamt wurden vier verschiedene Leitfäden erstellt, die sich inhaltlich jedoch an denselben Kategorien orientierten.

Es soll an dieser Stelle betont werden, dass sowohl bei der Durchführung als auch bei der Auswertung der Interviews stets versucht

wurde, die wissenschaftliche Objektivität zu gewährleisten. Doch handelt es sich bei Interviews immer um subjektive Einschätzungen und Äußerungen der Gesprächspartner und nicht um objektiv gültige Aussagen. Auch aus diesem Grund stützt sich die Analyse neben der Auswertung der Experteninterviews als primäre Daten auf ein weiteres empirisches Feld: auf das öffentlich zugängliche schriftliche Angebot der Stiftungen (und der Parteien). Dieses ermöglicht eine erste Einschätzung des Kommunikations- und Handlungsraumes und der Aktivitäten der Akteure. Das Material, wie Positions- und Profildarstellungen der Stiftungen, wird dabei inhaltsanalytisch-reduktiv gefiltert und eingegrenzt auf relevante Quellen, die eine erste Positionierung und Einordnung der Stiftungen und ihrer Arbeit ermöglichen, im Besonderen gegenüber den europäischen Parteien. Überdies werden auch offizielle Dokumente wie Satzungen und Regelsammlungen herangezogen, um relevante Informationen zum internen Aufbau der Stiftungen zu nutzen. Hinsichtlich der öffentlichen Außerendarstellung der Stiftungen werden somit einleitend deskriptiv zwei verschiedene Dimensionen in den Blick genommen: 1. Tätigkeiten, Funktionszuschreibung und eigene Zielsetzungen, und 2. Ausdruck der Beziehung zu den Parteien und Darstellung der Zusammenarbeit. Dieses Verfahren wird einleitend, wenngleich knapper, auch mit den europäischen Parteien vorgenommen: mit Blick auf Hinweise zur Positionierung und Zusammenarbeit mit der jeweiligen Stiftung. Nachdem nun der analytische Rahmen der empirischen Untersuchung, die Methodik ihre Instrumente vorgestellt und begründet worden, wird im nächsten Kapitel die Analyse anhand der drei Untersuchungsfälle durchgeführt.

4. Empirische Fallanalysen

In einem ersten Teil der Fallanalysen wird zunächst auf die öffentlichen Dokumente und damit öffentlichen Profile der Stiftungen zurück gegriffen, während im Weiteren vorrangig die jeweiligen Interviews mit den Aussagen der Befragten als empirische Quelle dienen. Durch die qualitative Auswertung der Interviews werden die entsprechenden Aussagen der Experten den Untersuchungskategorien zugeordnet, die durch den analytischen Bezugsrahmen konstruiert wurden. Der vorkonstruierte Leitfaden erlaubt es, **sich an thematischen Einheiten und an inhaltlich zusammengehörigen, teilweise auch im Text verstreute Passagen zu fokussieren**. Letztendlich wird versucht, die entsprechenden Aussagen theoretisch zu generalisieren, mit Rückgriff auf den analytischen Rahmen des akteurszentrierten Institutionalismus und die daraus entwickelten Untersuchungskategorien (vgl. Gläser/ Laudel 2010: 46ff). Jeder Untersuchungsfall beginnt mit Darstellung und Analyse einer europäischen Stiftung und dem jeweiligen Interview mit dem Stiftungsvertreter, anschließend folgt die europäische Partei.

4.1 Centre of European Studies (CES)

4.1.1 Das CES als europäische politische Stiftung

Struktur und Aufbau des CES

Das Centre for European Studies (CES) ist laut seiner Satzung (im Folgenden: CES-S) der alleinige „official thinktank of the European People’s Party (EPP)“ und wurde bereits im September 2007 im Rahmen des Pilotprojektes des Europäischen Parlaments gegründet. Rechtlich gründet sich sein Status auf dem einer belgischen „Non-Profit-Organisation“ (Art. 1 CES-S). Das CES ist die größte europäische politische Stiftung hinsichtlich der personellen und finanziellen Ausstattung. Dies ergibt sich aus dem Umstand, dass die affilierte europäische Partei, die EPP, über die größte politische Fraktion im EP (271 Mitglieder) verfügt. Mit ihren 74 nationalen Mitgliedsparteien aus 39 Ländern ist die EPP darüber hinaus die größte Partei auf europäischer Ebene. Dadurch verfügt das CES mit Abstand über das größte Budget, mit 4.198 068 Millionen Euro für das Jahr 2012.

Die Stiftung gliedert sich in verschiedene Körperschaften („bodies“) auf der einen Seite und ein internes Arbeitsteam, geleitet vom Direktor Toni Huhtanen, auf der anderen Seite. Dabei spiegelt sich eine klare strukturelle Bindung des CES an die EPP in ihrer organischen Ausgestaltung wider: die satzungsgemäßen Organe, das Executive Board und die General Assembly, setzen sich aus je gleichen Anteilen von Repräsentanten der EPP (und seiner nationalen Mitgliedsparteien) und der nationalen Mitgliedsstiftungen (vgl. dazu auch Gagatke/ van Hecke 2011: 7f.) zusammen.

Das Executive Board wird von der Generalversammlung gewählt und besteht aus 8 Mitgliedern, inklusive dem Präsidenten des CES, Wilfried Martens, der zugleich Parteivorsitzender der EPP ist, und dem Schatzmeister, Antonio López-Istúriz White, der zudem das Amt des Generalsekretärs der EPP innehat. Die zentrale Leitung des CES ist somit identisch mit der EPP. Jeweils drei Mitglieder des Executive Board werden auf Vorschlag der EPP-Präsidenschaft für die EPP bzw. von der Generalversammlung als Repräsentanten der nationalen Stiftungen gewählt. Zu den zentralen Aufgaben des Executive Board gehören neben der allgemeinen Leitung der Stiftung die Gestaltung der Jahresprogramme, die Arbeit des Direktors und seines Teams zu begleiten, sowie die allgemeine Kontrolle der Stiftungsaktivitäten.

Die Generalversammlung des CES setzt sich aus ihren formalen Mitgliedern zusammen; den nationalen Mitgliedsstiftungen (zurzeit 25) und den individuellen Mitgliedern (zurzeit 15 Einzelpersonen) – letztere sollen die Interessen der EPP und seiner Mitgliederparteien vertreten. Bedingung für die Aufnahme von nationalen Mitgliedsstiftungen ist, dass diese von einer Mitgliedspartei der EPP anerkannt sind und bestimmte Ziele verfolgen, die denen der CES selbst ähneln (vgl. Art. 6.3, 6.4 CES-S.). Die Generalversammlung wählt u.a. das Executive Board und nimmt Mitglieder auf, bzw. schließt sie aus.

Das interne Team der Stiftung besteht aus **12** Vollzeitmitarbeitern und ist zuständig für die Durchführung aller Aktivitäten des CES. Dazu gehören neben dem Direktor Toni Huhtanen ein Forschungsteam (Research Team), eine Abteilung für Kommunikation und Sponsoring (Communication Team) und ein Projektteam (Project Team), zuständig für die

Zusammenarbeit mit den Stiftungsmitgliedern. Außerdem gehören einzelne Projektassistenten und die Verwaltung dazu. Die Arbeit des internen Teams wird zudem temporär von Gastwissenschaftlern und Fellows begleitet und unterstützt (vgl. Vertreter des CES: 2, im folgenden V-CES). Die Aktivitäten und Handlungsfelder des CES werden im Folgenden vorgestellt.

Aktivitäten und Handlungsfelder

Durch die Zusammensetzung der Mitglieder und der politischen Leitung wird die Anbindung des CES an die EPP deutlich, welche sich auch in der Darstellung seiner Ziele und Aktivitäten widerspiegelt. Betitelt als Think Tank der EPP verfolgt das CES das Ziel,

„[to function, J.B.] as a pan-European platform for our member foundations, individuals and think tanks from all over Europe that share the central values of the EPP family and its centre-right partners“ **[Hervorh. J.B.]**

Zu den Kernaktivitäten des CES gehören seine wissenschaftlichen Forschungs- und Studienprojekte und Publikationen, und „alle analytischen Leistungen gegenüber der Partei“ (V-CES: 1). Der wissenschaftliche Forschungsbereich fokussiert sich dabei auf sechs verschiedene Themen, welche sowohl für Experten als auch für die weitere europäische Öffentlichkeit relevant seien: 1. Party structures and Institutions, 2. Economic and Social policies, 3. EU Foreign Policy, 4. Environment and Energy, 5. Values and Religion, 6. New Societal Challenges. Sämtliche Analysen (Research Papers), Policy Briefs, das akademische Journal „European View“ und sonstige Publikationen werden aus dem Blickwinkel der politischen Kernwerte der EPP-Familie und dem „Europäischem Mitte-Rechts-Zentrum“ verfasst. Neben eigenen Publikationen veröffentlicht das CES auch gemeinsam mit seinen nationalen Mitgliedsstiftungen.

Unterstützend und begleitend zu seinen Forschungsaktivitäten veranstaltet das CES Konferenzen und Seminare, eigenständig oder in Zusammenarbeit mit seinen Mitgliedern, den nationalen Stiftungen bzw. der europäischen Partei und **seinen** nationalen Mitgliedern. Ein Beispiel ist das „Economic Ideas Forum“, welches zuletzt in Dublin stattfand und in Zusammenarbeit mit der dortigen

konservativen Regierung organisiert wurde (vgl. V-CES: 14). 2011 unterstützte das CES zudem über 70 Projekte seiner Mitgliederorganisationen (vgl. CES Activity Report 2011: 6). Zuletzt hat sich das CES im Laufe dieses Jahres einer bisher neuen Aufgabe gewidmet: dem Bereich Aus- und Fortbildung mit einer „CES Academy for young centre-right leaders“. Das CES-eigene Angebot hebt sich dabei von anderen Institutionen selbstredend durch seine Nähe zur EPP und den Standort Brüssel ab (V-CES 13).

Grundsätzlich sieht das CES im Rahmen dieser Aktivitäten seine Aufgabe darin, als Katalysator zu fungieren,

„bringing together inspirational individuals and groundbreaking research to create an environment from which new ideas and relationships emerge.“

Zum einen soll damit ein Beitrag zur europäischen Öffentlichkeit und zur Stärkung des Bewusstseins der Bürger für die europäische Integration geliefert werden. Zum anderen dienen diese Aktivitäten dazu, politische Entscheidungs- und Meinungsträger der EPP dabei zu unterstützen, neue und effektive Politikbeiträge zu liefern. Die CES beruft sich dabei konkret auf die Verordnungen Nr. 2004/ 2003 und Nr. 1524/ 2007 als rechtlichen Rahmen (vgl. CES-Factbook 2012: 197), als auch auf die Ziele der EU-Verträge. **Der Lissabon-Vertrag habe die Rolle der europäischen Parteien gestärkt.**

„Therefore these parties and their foundations had to keep up their political efficacy and use to a larger degree the capacity for action and influence that the Lisbon Treaty gave them“ **[Hervorh. J.B.]** (CES 2010: 6).

Für die Stärkung der Zivilgesellschaft und die Sichtbarkeit der EU spielten Think Tanks eine immer wichtigere eigene Rolle. Der eigenen Mehrwert in dieser Funktion wird dabei hervorgehoben: **in** Kooperation mit seinen Mitgliederorganisationen habe das CES durch seine Aktivitäten mittlerweile einen bedeutenden Einfluss auf politische Debatten in Europa und auf die europäischen Bürger (vgl. CES 2010: 6).

So lässt sich zunächst festhalten, dass sich das CES in seiner öffentlichen Darstellung auf den institutionellen Rahmen und die nor-

mativen Ziele aus der Verordnung zur Gründung der europäischen politischen Stiftung bezieht: 1. Die Stärkung der europäischen Öffentlichkeit und 2. die Unterstützung der zugehörigen europäischen Partei. Wie letzteres Ziel aus Sicht des CES konkret umgesetzt wird, soll im Folgenden mit den Aussagen des CES-Vertreters untermauert werden.

Zusammenarbeit mit der Partei

Die Zusammenarbeit mit der Partei und die direkte Nähe zur EPP drückt sich zuallererst in der räumlichen Nähe aus: Stiftung und Partei befinden sich in nebeneinander liegenden Gebäuden. In den ersten zwei Jahren der Existenz der Stiftung war diese sogar im selben Gebäude wie die Partei angesiedelt, jeweils auf einem bestimmten Stockwerk (vgl. V-CES: 3). Zudem wird auch von Seiten des Stiftungsvertreters auf die personelle Verzahnung der Leitung hingewiesen: allein dadurch spiele die Partei eine große Rolle (vgl. V-CES: 5). Partei und Stiftung stimmen sich des Weiteren in ihrer alltäglichen Organisation ab:

„Und wir koordinieren uns, wir nehmen auch an den jeweiligen Gremiensitzungen teil, es gibt wöchentliche Koordinierungssitzung in dem Sekretariat der EVP, an der unsere Vertreter teilnehmen. Und ansonsten stimmen wir uns auch sehr oft spontan und sehr unbürokratisch miteinander ab“ (V-CES: 3).

Bezüglich der Unterstützung der EPP setzt sich das CES zum einen das Ziel, die Kooperation zwischen den Mitgliedsparteien der EPP und seiner sonstigen Verbände zu vereinfachen. Zudem leistet das CES direkte inhaltliche und organisatorische Arbeit für die Partei: „The CES contributes to updating of the EPP political platform and to other policy documents of the EPP. It hosts discussions and seminars at EPP congresses“ (CES-Factbook 2012: 197). Im Mittelpunkt der Aktivitäten stehen dabei vor allem die analytische Leistungen für die europäische Partei sowie alle möglichen Arten von Beratungen (vgl. V-CES: 6).

Die EPP und ihr Sekretariat geben zudem neben den Mitgliedsstiftungen und Mitgliedsparteien, Europa-Abgeordneten oder dem Akademischen Beirat - wichtige Hinweise, „in welche Richtung man analytisch weitergehen

sollte“ (V-CES: 3). Umgekehrt profitiert das CES von den politischen Aktivitäten seiner affilierten Partei. So habe die EPP das Politikinstrument der Gipfel- bzw. Ministertreffen sehr stark entwickelt, bei der das CES präsent sei sowie moderierend zwischen den Mitgliedsparteien wirke und damit privilegiertes Feedback auch von den obersten parteilichen Ebenen erhalte. Zudem bekäme das CES Einblicke in die politische Arbeit seiner Vorsitzenden im Rahmen ihrer parteipolitischen Aktivitäten (vgl. V-CES: 7). Im Folgenden zeigt sich, wie sich diese konkrete Zu- und Zusammenarbeit in der Wahrnehmung der Beziehung zur Partei ausdrückt, und wie diese Beziehung das Selbstverständnis des CES zu prägen scheint.

Beziehung zur Partei und Selbstverständnis

Betrachtet man das Selbstverständnis und die eigene Einschätzung der Arbeit, stehen vor allem die Leistungen gegenüber der EPP und der gewonnene Bekanntheitsgrad der Stiftung im Vordergrund (V-CES: 17). So wird auf die Frage nach dem besonderen Beitrag des CES zur Europäischen Integration zuallererst hervorgehoben:

„Ich glaube, dass wir sehr gut darin geworden sind, die Partei zu beraten, sie auf bestimmte Inhalte vorzubereiten, inhaltlich zuzuliefern und eben auch in der Öffentlichkeit wahrgenommen zu werden - als die politische Stiftung der EVP“ (V-CES: 11).

Was das CES dabei in all seinen Aktivitäten von bereits etablierten Think Tanks unterscheidet, sei sein „politischer Spin“ und die „politische Grundaussage“, die immer eingebaut sei (V-CES: 15). Im Rahmen der engen Bindung an die Partei versteht sich das CES trotzdem nicht als Instrument der Partei, sondern als unterstützende Institution. Dies wird mit dem Rückgriff auf die institutionelle Ausgestaltung der Stiftungen in der Verordnung begründet:

„Wir sind eine unterstützende Organisation, ganz bestimmt, aber schon die Tatsache, dass wir unsere Finanzierung von woanders herkrögen, nämlich aus dem Europäischen Parlament, nicht von der Gruppe der EVP, sondern das Parlament insgesamt entscheidet ja [...], schon allein deswegen

würde ich schon sagen, **Instrument der Partei ist ein wenig zu viel gesagt**. Also wir sind eine Unterstützung“ (V-CES: 7).

Das CES selbst betrachtet seine Arbeit insofern als Beitrag zur Stärkung der EPP, „weil sie [die Arbeit, J.B.] einfach sozusagen das Spielfeld der Partei erweitert.“ (V-CES: 17): durch die praktische Beratung der Partei vor Ort und durch die wissenschaftlichen Tätigkeiten der Stiftung.

Das weitere Selbstverständnis des CES wird zudem durch den weitergehenden Auftrag aus der Gründungsverordnung geprägt. So wird aus Sicht des CES-Vertreters geschlossen, dass die Stiftungen zum Zeitpunkt 2007 gegründet wurden, weil

„offensichtlich die Lücke zwischen den Bürgern und Bürgerinnen einerseits und den europäischen Institutionen andererseits existierte, und dass man eben auf mehreren Ebenen und in mehrere Richtungen das Problem anpacken musste“ (V-CES: 8).

Dabei wird eine deutliche interpretative Konkretisierung der Vorgaben aus der Verordnung gemacht:

*„Es wurde im Gründungsprozess der europäischen Stiftungen nicht gesagt, ihr sollt Synergieeffekte herstellen zwischen den Mitgliedsstiftungen, sondern es wurde gesagt: **ihr sollt die Bürger und zwar in ihrer Gestalt als Parteimitglieder oder Parteibasis heranzuführen an die europäischen Institutionen**. Und das tun wir eben mit dem Vehikel der jeweiligen nationalen Mitgliedsstiftungen des CES“ (V-CES: 11).*

Das CES versucht also das „Problem der Lücke“ vor allem über seine Mitglieder anzupacken: über die Mitgliedsstiftungen und über die Parteimitglieder der nationalen Parteien, die gleichzeitig wiederum Mitglied der europäischen Partei sind. Die Stiftung versteht daher neben der Beratung der Partei als seine zweite zentrale Aufgabe: „die Mitgliedsstiftungen zusammenzufügen und Synergieeffekte herzustellen zwischen den Mitgliedsstiftungen“ (V-CES: 10). Dabei böte das CES den Mitgliedsstiftungen vor allem durch seinen Standort, die direkten Kontakte vor Ort und seine politischen Inhalte, aber

auch durch finanzielle Ressourcen Hilfe und Unterstützung.

Insgesamt ergeben sich somit für CES drei Spielfelder, die ihr eigenes Profil bestimmen:

„das eine ist die [europäische] Partei, das zweite ist das Brüsseler Umfeld mit den europäischen Institutionen und wenn man so will, die politische Klasse der EU, und das dritte sind wirklich die Bürgerinnen und Bürger der Mitgliedstaaten, und dabei insbesondere fokussiert auf die Parteienmitgliedschaft und die Mitgliedsparteien der EVP“ (V-CES: 9).

Das dritte Aufgabenfeld befindet sich jedoch noch in seiner Entwicklung, bzw. es wird als Ziel und vorrangiges Interesse formuliert, dieses noch weiter zu stärken und auszubauen (vgl. V-CES: 10). Es wird bei dieser Darstellung deutlich, dass das wichtigste Spielfeld zunächst das der Partei ist, was die bisherigen Erkenntnisse, dass das Selbstverständnis des CES und seine Aufgabendefinition vor allem durch die Beziehung zur EPP geprägt sind, unterstreicht. Wie sich das in der weiteren Entwicklung des CES ausdrücken könnte, wird im Folgenden erörtert.

Interessen und Weiterentwicklung

Mit Blick auf die Zukunft **scheint es hinsichtlich** der personellen Ausgestaltung der Beziehung zur EPP und der inhärenten Nähe zu ihr keine Bestrebungen **für das CES** nach Veränderungen oder stärkerer Unabhängigkeit zu geben. Dies wird mit Blick auf die anstehenden Reformen der Verordnung zu Parteien und Stiftungen deutlich. So werden die personellen Verflechtungen zwar angemerkt und als „ungeregt“ beschrieben, aber der Wunsch nach Änderung dieses Zustandes scheint nicht vorhanden zu sein – die Positionierung ist hier „leidenschaftslos“ (V-CES: 19). Allerdings wünscht das CES auf europäischer Ebene mehr Anerkennung durch einen „wie auch immer gearteten europäischen Status“, und nicht mehr den einer belgischen Nicht-Regierungsorganisation: „Wir müssten einen europäischen Charakter haben“ (V-CES: 18). Dabei stehen vor allem strukturelle und organisatorische Fragen im Vordergrund, die die Arbeit der Stiftung vereinfachen würden, wie mehr Flexibilität bei der Finanzierung der Stiftungen (z.B. Aufhebung der Grenzen des Sponsorings). Zudem wird die Bedeutung eines europäischen Sta-

tus für die Außenwirkung und bei der Anwerbung von Personal betont.

Es wird deutlich, dass sich das CES bezüglich der genauen Definition seines organisatorischen Rahmens noch in einem Prozess befindet. Ob sie sich als Stiftung oder als Think Tank der EPP definiert, steht noch offen:

„Da sind wir im Moment noch nicht so ganz am Ende der Beschlussfassung, welche Kategorie wir denn nun eigentlich sind, denn das Problem ist: Stiftung, foundation - in Deutschland ist das vollkommen klar, was das ist. Im angelsächsischen Bereich ist das gar nicht so klar, zumindest nicht in dem Sinne politische parteinahe Stiftung. Und insofern nennen wir uns da manchmal eben auch Think Tank, obwohl wir kein klassischer Think Tank sind, weil wir da viel zu wenig Forschungsmasse haben“ (V-CES: 5).

Somit bestätigt sich des Weiteren, dass das deutsche Modell der politischen Stiftung noch eine wichtige Orientierungsrolle spielt, und sich für die europäischen Akteure die Frage stellt, wie man dieses auf europäischer Ebene, allein schon sprachlich, passend ausgestalten und umformen kann. Zudem zeigt sich damit, dass der in der Verordnung vorgegebene Rahmen den beteiligten Akteuren den Spielraum bietet, diese Zuschreibung des Titels selber auszugestalten. Bezüglich der Ausweitung seiner Aktivitäten lässt sich feststellen, dass das CES sich neuerdings auch dezidiert auf die Förderung seiner politischen Talente zu konzentrieren versucht, im Sinne einer Rekrutierungsfunktion für die Parteien und als „Außenfortbildung“. Dieses Ziel ist ebenfalls geprägt durch das Vorbild der Funktion nationaler Stiftungen:

„Was für nationale Stiftungen oft eigentlich Brot und Butter ist, das haben wir bisher nie gemacht [...]. Das ist Neuland für uns, aber das ist auf jeden Fall die Funktion einer politischen Stiftung, weil wir gemerkt haben, dass verschiedene Zielgruppen das sehr gut gebrauchen können“ (V-CES: 13).

Diese Vorstellung von der Funktion einer politischen Stiftung drückt sich aus mit der in diesem Jahr gestarteten Einführung einer „CES-Academy for Young Centre Right Leaders“ (s.o.) und dem konkret ausgedrückten Wunsch nach Förderung und Bildung einer

Art „intellektuellen Elite der Parteifamilie“ der EPP (V-CES: 17). Hierbei lässt sich gegenüber bisherigen Ergebnissen eine Weiterentwicklung in der Formulierung von Zielen und Aktivitäten des CES erkennen (vgl. Gagatsek/van Hecke 2011: 7) und dies erneut in Richtung einer weiteren Stärkung und Unterstützung der EPP.

Im Anschluss wird das Interview mit Luc Vandeputte, Generalsekretär der EPP und somit die Sicht und Positionierung der EPP gegenüber ihrer Stiftung im Fokus stehen.

4.1.2 Die Perspektive der europäischen Partei – European People’s Party

Beziehung zum CES und Interessen

Institutionelle und strukturell wird die Beziehung der EPP zu ihrer Stiftung sofort klar erkennbar: das CES wird von der EPP als offizieller Think Tank anerkannt und bezeichnet. So heißt es in Art. 22 der Satzung der EPP (im folgenden EPP-S):

„The Centre for European Studies (CES) is the official European political foundation of the European People’s Party. The CES will function as the sole and official think-tank of the EPP [Hervorh. J.B.] and shall, in particular, serve as a common European framework for national foundations/ think-tanks recognized by EPP member-parties.“

Für die eigene Arbeit und Zwecke betrachtet die EPP das CES vorrangig als „service provider“:

„CES is sorts of service provider to the EPP in that sense that they produce in-depth studies, long-term studies, on political issues we are dealing with“ (Vandeputte: 2).

Diese Konstellation habe ihren Ursprung in den Diskussionen um das ursprüngliche Ziel und den Umständen, welche mit der Gründung der Stiftungen von Seiten der europäischen Parteien verbunden waren. In diese wären die europäischen Parteien, darunter auch die EPP, eingebunden gewesen und hätten somit ihre Bedürfnisse und Wünsche einbringen können. Die strukturelle und res-

sourcenbedingte Schwäche der Parteien habe dabei die entscheidende Rolle gespielt:

„European political parties are very much focused on short term political works, dealing with crisis in our member states, dealing with current political problems. We did not have enough time and also the stuff and the financial means for longtime in-depth thinking“ (Vandeputte: 2)

Aus diesem Grund hätten die großen politischen Parteien das Bedürfnis geäußert, dass

„next to the parties itself we need to invest in thinktanks, in organizations, that could do study work, long term planned study work, and that’s how the foundations were born in 2007 after the regulation“ (Vandeputte : 2).

Dies sei, so Vandeputte, nach wie vor auch eine der Hauptaufgaben, die die Stiftungen für ihre Parteien leisten, womit er seine klare Definition der Aufgaben von Stiftung und Partei verdeutlicht. Die Rolle des „service providers“ (Vandeputte: 2) erfülle das CES, indem es für die EPP vor allem analytische Beratungsarbeit leiste. Mit Studien, Analysen oder Recherchen zu einem bestimmten Thema, zu denen die Partei aufgrund ihrer täglichen politischen Arbeit eben keine Zeit hat, erarbeitet das „CES [prepares] a lot of very useful documents for us“ (Vandeputte: 2). Ein konkretes Beispiel sei das aktuelle Projekt, die ideologische Plattform und die Themen der EPP zu aktualisieren oder auch ein „election document“ für 2014 zu entwerfen. Der Input der CES sei dabei mit der wichtigste und extrem hilfreich. Auch von Seiten der Partei wird dabei die gemeinsame Zusammenarbeit auf Basis regulärer Treffen betont, vor allem durch die personellen Verzahnungen. Die geringe räumliche Distanz sieht Vandeputte dabei im Gegensatz zum Vertreter des CES noch als Hindernis: „Although we live in two separate houses, we see each other on a regular basis“ (Vandeputte: 2). Zudem hebt Vandeputte den Mehrwert der Forschungsarbeit des CES hervor: Es handele sich um Aktivitäten, die vielleicht heute weniger relevant seien, „but might become relevant in the future“ (Vandeputte: 8). Der Mehrwert der Stiftungsarbeit für die EPP ist geprägt durch die Vermittlung der „centre right Christian democratic values“. Dadurch grenze sich das CES von allen an-

deren Institutionen ab und böte für die EPP den besonderen Mehrwert (9):

„I am not underestimating the work of CEPS [der unabhängige Think Tank Centre for European Policy Studies in Brüssel, J.B.], but the way which CES enters a topic, is almost through the same glasses that we look at the world. And this, of course, offers a big added value“ (5).

Dabei wird jedoch auch deutlich gemacht, dass die EPP eben diese politisch-inhaltliche Besonderheit bewahrt sehen möchte. Es ginge eben nicht darum, in Wettkampf mit den etablierten Think Tanks zu treten, sondern um die Sichtbarkeit in Brüssel.

Trotz der deutlich erklärten Anbindung der Stiftung an die Partei und deren Aufgabenleistung für die EPP, verweist Vandeputte mit Blick auf die Verordnung Nr. 1524, dass es Bedingung sei, dass die Stiftungen von ihren Parteien trotzdem rechtlich unabhängig sind. Dies wird auch anerkannt: die EPP würde akzeptieren, dass der Wunsch existiere, „not to be completely oriented in function of the party“ (Vandeputte: 3) und auch unabhängig zu agieren. Dies geschehe vor allem über die Zusammenarbeit des CES mit seinen Mitgliedsstiftungen, durch die es seine eigenen Wege gehen würde (vgl. Vandeputte: 2). Die Stiftung als Instrument der Partei zu bezeichnen, wird daher abgelehnt: Zwar sei dies zunächst tatsächlich das Verständnis gewesen, aber es hätte in dieser Hinsicht eine Entwicklung stattgefunden.

„That was also initially my view when in 2006/ 2007, 2008, the regulation of the foundation was drafted, but at the same time, I understand the desire, not to be completely oriented in function of the party. [...] So we should give them the possibility to do so, to follow an own path, to develop an own strategy, that’s obvious“ (Vandeputte: 3).

Dabei grenze sich die EPP mit dem CES von anderen europäischen Modellen ab: Vandeputte ist der Meinung, dass die Stiftung der PES, die FEPS, noch stärker an ihre Partei gebunden sei. Die EPP und auch die Liberalen würden ihren Stiftungen dagegen erlauben, „to develop their own existence“ (Vandeputte: 3). Allerdings wird angesichts dieser Bekundungen und den klar formulierten ei-

genen Interessen der EPP ein Widerspruch erkennbar. Trotz des Verständnisses für eine weitergehende Emanzipierung wird der Wunsch geäußert, dass das CES noch stärker an die Partei gebunden sein möge und noch mehr direkte Zuarbeit leiste:

„To be honest, I would like to see them a bit more linked to the EPP to produce more readymade studies. [...] So what I prioritize on the model and what I really appreciate is their political analysis of day to day evolution in the European Union, I think they should further invest on that“ (Vandeputte: 7).

Zudem erklärt Vandeputte mit Blick auf weitere Tätigkeiten des CES, dass die EPP weiterhin der wichtigste Fokus für die Stiftung bleiben solle, anstatt sich auf eine allgemeine Profilierung zu konzentrieren.

„I think they should rather focus on in-depth work, they should not be too much marked, of course, they organize and should organize certain events, to get in touch with the broader public, but I think their main focus should be on preparing in-depth analyses for the political family“ (Vandeputte : 10).

Neben diesem deutlichen eigenen Interesse an der Stiftungsarbeit für eine Stärkung der Partei, verweist Vandeputte auch auf die weiteren Aufgaben der Stiftung und den Mehrwert ihrer Arbeit.

Weiterer Mehrwert der Stiftungsarbeit

Neben dem klaren Bezug auf den institutionalisierten Auftrag, die Parteien zu stärken, geht Vandeputte auch auf den weiteren normativen Auftrag der Stiftungen ein: die Stärkung der europäischen Öffentlichkeit. Mit Blick auf den normativen Auftrag aus der Verordnung wird auch offiziell erklärt: „CES publications reached the people of Europe and enabled them to understand the dynamics of politics at the European level better“ (EPP 2011: 34). Vor allem durch ihre Zusammenarbeit mit den nationalen Mitgliedsstiftungen gewährleiste das CES diese Aufgabe und grenze sich von anderen institutionalisierten Think Tanks in Brüssel ab (vgl. Vandeputte: 4). Das CES als politische Stiftung könne zudem trotz limitierter Mittel dabei helfen, den Wählern die Differenzen auf politischer Ebene zu vermitteln – über die Ver-

bindung mit der europäischen Partei. Dabei wird eine weitere klare Aufgabenteilung zwischen Partei und Stiftung **ausgemacht**

„EPP communicates to the broad public with its member parties, and through its members of the European Parliament, and CES has to provide us with tools, with argumentation, has to provide us with food for thought, to get in contact with the broad public through the member parties“ (Vandeputte: 11).

Die direkte politische Arbeit wird somit nach Ansicht Vandeputtes durch die EPP geleistet, während das CES die inhaltlich-thematischen Mittel dafür zur Verfügung stellt. Aus Sicht der EPP ist es ihre eigene Aufgabe, mit den nationalen Mitgliedsparteien in Kontakt zu treten. Die EPP könnte wiederum ihre Mitglieder mit den Dokumenten des CES bedienen (vgl. Vandeputte: 6). Diese Aufgabenteilung ergibt sich aus dem eigenen Selbstverständnis der EPP: sie selbst sei wiederum „service provider“ für die Mitgliedsparteien, „we are providing the opportunity, for people to get together, and to discuss on the basis of the same ideology“ (Vandeputte: 13). Der institutionelle Rahmen habe das Spielfeld der europäischen Parteien dabei endlich erheblich vergrößert. Daher fasst Vandeputte zusammen: „We are shifting from service providers towards political players“ (Vandeputte: 13). Das CES spiele durch die Unterstützung der EPP eine wichtige Rolle dabei, den Ausbau dieser Aufgaben vorzubereiten und zu unterstützen und bei der Sichtbarkeit der europapolitischen Ebene mitzuwirken:

„And they have to provide us with the weapons, the tools for us via our member parties to get in the political arena in two years, in the European elections. So contributing to creating European awareness is, CES' as much as it's our task, it is also their mission“ (Vandeputte: 14).

Verdeutlicht wird dies auch durch die Forderung von Vandeputte, sowohl für die europäischen Parteien als auch die Stiftung einen einheitlichen europäischen Rechtsstatus zu institutionalisieren, wie es der Giannakou-Bericht vorschlägt. Vor allem finanzielle und rechtliche Erleichterungen würden es den Akteuren dann erlauben, ihre politische Ar-

beit und die alltäglichen Aktivitäten ohne die zurzeit existierenden finanziellen und rechtlichen Hindernisse durchzuführen (vgl. Van-deputte: 15).

Im Folgenden werden die Erkenntnisse aus den Interviews mit dem CES und der EPP und ihren öffentlichen Darstellungen mit Rückgriff auf die Untersuchungskategorien aus dem analytischen Rahmen zusammengefasst und theoretisch generalisiert.

4.1.3 Zusammenführung der Perspektiven

Bei der Analyse der öffentlichen Darstellungen und der beiden Interviews ist deutlich geworden, dass von beiden politischen Akteuren grundsätzlich die enge Beziehung und Interaktion zwischen Stiftung und Partei gewollt und gefördert wird. Die institutionellen Regelungen und der normative Auftrag werden von beiden Akteuren in ähnlicher Weise interpretiert und es werden dahingehend auch keine rechtlichen Änderungen gewünscht, die sich auf die Beziehung auswirken könnten. Der institutionelle Rahmen spielt dabei immer wieder eine wichtige Rolle bei der Interpretation der Aktivitäten der Akteure, der Zuschreibung der Aufgaben und der Beziehung zueinander. In der praktischen Umsetzung dieser Aufträge steht dabei eindeutig die Stärkung und Unterstützung der europäischen Partei im Mittelpunkt.

Die deutliche Betonung der parteipolitischen Orientierung und Aktivitäten in der eigenen Darstellung des CES können nicht übersehen werden. Für das Selbstverständnis der Stiftung ist die Bindung zur Partei Voraussetzung und grundlegendes Merkmal, was sich auch in ihren Aufgabenschwerpunkten äußert. Die EPP sieht das CES vorrangig in seiner aufgetragenen Rolle, die Partei zu stärken. Somit kann konstatiert werden, dass von beiden Akteuren die Rolle des CES über die EPP definiert wird. Das Selbstverständnis des CES ist durch die Nähe zur EPP und die Arbeit für diese eindeutig und in bejahender Weise geprägt. Deutlich erkennbar ist die Definition und gleichzeitig die Eingrenzung des „Publikums“ des CES: es geht darum, der EPP und ihrer gesamten politischen Familie, und über die nationalen Parteien und Stiftungen den europäischen Bürgern, politische Inhalte aus christlich-demokratischer und konservativer Sicht zu vermitteln und damit letztendlich die europäische Parteienfamilie zu stärken.

Die enge Bindung zur Partei wird, wie bereits angesprochen, auch im Handlungsfeld und den Aufgabenschwerpunkten des CES deutlich: An erster Stelle findet sich die Partei, anschließend die nationalen Mitgliedsstiftungen. Zudem sind die inhaltlichen Einflüsse der Partei für die Arbeit des CES prägend. Das CES setzt sich aber auch das Ziel, außerhalb der rein parteipolitischen Arbeit sein Handlungsfeld zu erweitern. Allerdings bleibt die Stiftung dabei weiterhin ganz klar an parteipolitischen, also konservativen Werten orientiert und grenzt damit auch ihr Publikum ein. In der Ausgestaltung der weiteren Aktivitäten in der Zusammenarbeit mit den nationalen Mitgliedsstiftungen, aber auch mit der Entwicklung neuer Formate, wird von der Stiftung kein Hindernis für die Leistung gegenüber **den Parteien** ersichtlich. Die EPP verortet das Handlungsfeld der CES in ähnlicher Weise, allerdings wird die Wahrnehmung der Stiftung sehr deutlich von den eigenen Interessen und Präferenzen der EPP beeinflusst. So wünscht sich die EPP dezidiert noch eine weitere und sogar forciertere Stärkung ihrer eigenen Arbeit **vorrangig** durch die wissenschaftlichen Arbeiten des CES. Somit wird das vorrangige Ziel der institutionellen Regelung, die Parteienstärkung, hervorgehoben sowie auch konkret ausformuliert. Im Vordergrund stehen somit die eigenen Interessen des Akteurs „Partei“, was auch durch die klare Vision ihrer eigenen Rolle in der EU deutlich wird: Die europäischen Parteien sollen sich zu handlungsfähigen politischen Akteuren entwickeln.

Angesichts des Bestrebens des CES auch weitere Aktivitäten auszubauen, lassen sich daher kleine Unstimmigkeiten in den Interessen und Präferenzen der beiden Akteure erkennen. Denn das CES sieht sich und seine Arbeit noch in einem Entwicklungsprozess, den es nun in den folgenden Jahren mit Hilfe neuer institutioneller Regelungen zu stärken gilt. Vor allem ein neuer rechtlicher Status soll dabei das Profil der Stiftung stärken und noch bekannter machen. Auf das nationale Modell von Stiftungen wird dabei immer wieder **von dem** CES Bezug genommen – vor allem **in Bezug auf** allgemeine Funktionen von Stiftungen, was verdeutlicht, dass sich das CES als politischer Akteur noch in einem Entwicklungsprozess befindet, da es sich an bereits existierenden Modellen orientiert.

Es lässt sich somit zusammenfassen, dass die beiden Akteure aufgrund ihrer Eigenstän-

digkeit und ihrer eigenen Ziele und Präferenzen leicht unterschiedliche Interessen haben, die sie im gegebenen institutionellen Rahmen umzusetzen wünschen. Daraus entstehen aber keine nennenswerten Konflikte oder Spannungen zwischen den Akteuren. Dies ergibt sich aus der fast deckungsgleichen Interpretation der institutionellen Vorgaben und normativen Regeln, welche nahezu übereinstimmend von den Akteuren umgesetzt werden. Für beide Akteure steht der Auftrag zur Stärkung der Parteien aus der institutionellen Regelung im Mittelpunkt, während die weitergehende Öffentlichkeitsarbeit für ein breiteres Publikum eher zweitrangig zu sein scheint.

4.2 Foundation for European Progressive Studies (FEPS)

4.2.1 Die FEPS als europäische politische Stiftung

Struktur und Aufbau der FEPS

Mit einem Budget von 2.802.702 Millionen Euro für das Jahr 2012 ist die FEPS die zweitgrößte politische Stiftung auf europäischer Ebene. Sie ist der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE oder wie im Folgenden, PES für „Party of European Socialists“) angeschlossen, die mit 34 Mitgliedsparteien aus den 27 EU-Mitgliedsstaaten und Norwegen sowie weiteren assoziierten Parteien die zweitgrößte Partei auf europäischer Ebene darstellt. Mit 188 Mitgliedern im Europäischen Parlament bildet die Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten zudem die zweitgrößte Gruppe im Europäischen Parlament. Wie das CES wurde die FEPS als „association internationale sans but lucratif de droit belge“ im Jahr 2007 gegründet, ihre gültige Satzung (im Folgenden: FEPS-S) wurde zuletzt 2010 modifiziert und beschlossen.

Auch die FEPS gliedert sich in verschiedene satzungsgemäße Organe und ein Arbeitsteam. Zu den satzungsgemäßen Organen der FEPS gehört an erster Stelle die **Assemblée générale**, in der sich alle Mitglieder der FEPS zusammenfinden und die das Hauptentscheidungsorgan der Stiftung darstellt. Zu den Mitgliedern gehören auf der einen Seite die PES und ihre nationalen Mitgliedsparteien (insgesamt 39), auf der anderen Seite die nationalen politischen Stiftun-

gen und Think Tanks, die der PES oder ihren nationalen Mitgliedsparteien nahe stehen (zurzeit 41). Die Generalversammlung wählt u.a. die Mitglieder der anderen Satzungsorgane und den Präsidenten, adoptiert das Jahresprogramm und nimmt Mitglieder auf, bzw. schließt sie aus (vgl. Art. 10.2 FEPS-S).

Das 15-köpfige **Bureau** ist das Exekutivorgan der FEPS und setzt sich zusammen aus ihrem Präsidenten, Massimo d'Alema, der kein offizielles Amt in der PES ausübt, fünf Vize-Präsidenten und dem Generalsekretär der FEPS. Außerdem kommen 7 Ex-Officio Mitglieder aus der PES dazu: Präsident und Generalsekretär der PES, Präsident und Generalsekretär der PES-Gruppe im Europäischen Parlament, der Präsident der Sozialistischen Gruppe im Ausschuss der Regionen, der Generalsekretär oder Präsident von ECOSY (der Jugendorganisation der PES) und die Präsidentin der PES-Women. Weitere fünf Mitglieder werden von der Generalversammlung als Vertreter der Mitgliedsstiftungen und **-Think Tanks** gewählt. Die Befugnisse des **Bureau** regelt Art. 13.4 der Satzung: Dazu gehören die Entscheidung über die politische Strategie der Stiftung, die wissenschaftlichen Forschungsprogramme oder die Berufung des Generalsekretärs.

Der **Conseil Scientifique** ist von Mitgliedern nationaler politischer Stiftungen, Think Tanks oder anderen Akademikern besetzt und soll dabei richtungsweisend und mit Ratschlägen die wissenschaftliche Forschung der FEPS unterstützen. Unter der Leitung des **Secrétaire général** als letztem Satzungsorgan der Stiftung steht das zehnköpfige Arbeitsteam, welches für die Exekutive der getroffenen Entscheidungen der Satzungsorgane und die Aktivitäten der Stiftung verantwortlich ist.

Es lässt sich feststellen, dass auch die FEPS durch die Zusammensetzung ihrer satzungsgemäßen Organe eine Affiliation an die europäische Partei gewährleistet, wie es in der Verordnung festgelegt wurde: **D**urch eine fast gleichartige Repräsentation aus Mitgliedern der europäischen Partei und den nationalen Stiftungen und Think Tanks, die den sozialdemokratischen Parteien nahe stehen oder in dieselbe politische Richtung arbeiten. So sind in der **Assemblée Générale Generalversammlung** mehr nationale Stiftungen, im **Bureau** ist eine leichte Überzahl der PES-Mitglieder vertreten). So auch der Generalsekretär:

„Affiliation - das kann man im juristischen Sinne dadurch erreichen, dass man in seinen Strukturen eine Präsenz von Entscheidungsträgern innerhalb der Parteien hat. Das haben wir dadurch gewährleistet, dass wir in unseren Statuten einerseits die existierenden progressiven Think Tanks in Europa als Mitglieder aufnehmen und andererseits eben auch all diejenigen Parteien, die Mitglied in der Europäischen Partei der Sozialisten sind - so dass wir eine Mitgliederstruktur haben, die sich zusammensetzt aus Think Tanks und aus den Parteien“ (Stetter: 3).

Allerdings kann festgehalten werden, dass die Leitung der FEPS weniger parteipolitisch geprägt ist als die der CES. Dies zeigt sich auch in der Wahl des Präsidenten Massimo D'Alema, der kein politisches Amt in der Partei ausübt. Die repräsentierende Leitung der Stiftung ist somit getrennt von der PES, während, wie oben verdeutlicht, bei der CES die Leitung von Stiftung und Partei deckungsgleich ist.

Im Folgenden werden die Aktivitäten der FEPS vorgestellt und damit der Schwerpunkt ihrer Handlungsfelder verdeutlicht.

Aktivitäten und Handlungsfelder

Bei der öffentlichen Darstellung seiner Aktivitäten verweist die FEPS im weitesten Sinne auf die in der Verordnung institutionalisierten Erwartungen und Aufgaben einer europäischen politischen Stiftung: mit Forschungsarbeiten, Seminaren, Publikationen sowie Bildungs- und Informationsangeboten will sie beisteuern zum

„développement de la pensée progressiste et de renforcer les idées socialistes, sociales-démocrates, travailistes et démocrates progressistes, tant dans l'Union Européenne que dans l'ensemble de l'Europe“ (Art. 4.4 FEPS-S).

Übergeordnetes Ziel **ist**, „actively bridging the gap between the citizens of the EU and their institutions, which they often consider as distant and disconnected, by acting as a meeting point and a facilitator.“ Dieses „bridging the gap“ gehöre zu den Schwerpunkten der Arbeit der FEPS und sei einer

der wichtigsten Gründe, warum die Stiftung gegründet worden sei (FEPS 2011: 40). Somit wird das zweite Ziel der Verordnung zunächst deutlich in den Vordergrund gestellt: Eine Stärkung der Öffentlichkeit und eine Überwindung der kommunikativen Defizite.

Im Rahmen der Aktivitäten der FEPS haben sich vier thematische Schwerpunkte hervorgetan: **1. Next Left, 2. Gender, Diversity and Democracy, 3. Sustainable Economy und 4. Global Solidarity.** Besonders aktiv ist die FEPS dabei zum einen im Rahmen ihrer zahlreichen Publikationen. Die meisten von ihnen sind eingebettet in das Forschungsprogramm „Next Left“, welches zusammen mit dem Renner Institut, der österreichischen sozialdemokratischen Stiftung, im Juli 2009 etabliert wurde. Daneben bringt die FEPS im Rahmen von „Next Left“ die Magazine „Fresh Thinking“ und „Queries“ heraus. Weitere Aktivitäten im Rahmen der benannten Themenschwerpunkte sind zum anderen die Veranstaltung von Seminaren, Workshops, Round Tables, oder auch internationalen Fachforen.

Über das Vehikel seiner nationalen Mitgliedsstiftungen versucht die FEPS dabei den Auftrag aus der Verordnung zu erfüllen, eine europäische Öffentlichkeit zu stärken: „their support is invaluable in implementing activities around the member states“ (FEPS 2012: 10). In Bezug auf die nationalen Mitgliedsstiftungen setzt sich die FEPS zum Ziel, als eine europäische Plattform zu agieren und „to foster more exchange and connection between national and European political discussions and to act as a platform facilitating mutual work on the European level (FEPS 2012: 10). So organisiert die FEPS mit ihren nationalen Mitgliedsstiftungen Veranstaltungen über europäische Themen in den jeweiligen Herkunftsländern, „so dass wir dann auch in die Breite gehen, was ja auch ein Auftrag aus der Regulierung [der Verordnung, J.B.] ist.“ (Stetter: 7). **FEPS** begreift dabei die Struktur der Mitgliedsstiftungen als einzig möglichen Weg, um überhaupt mit den Menschen in den Mitgliedstaaten in Kontakt zu kommen: „Das ist die einzige Brücke, die da gemacht werden kann“ (Stetter: 7).

Eine wichtige Rolle spielt des Weiteren der Kontakt zu den Medien, über die die FEPS ebenfalls versucht, eine Verbindung zu den Menschen in Europa herzustellen. „Da muss man dran arbeiten und darauf aufbauen, [...] dass wir eben versuchen, eine Verbindung

herzustellen - zu einer Öffentlichkeit, zum Demos in Europa“ (Stetter: 7). Über den prominenten Präsidenten der Stiftung versucht sich die FEPS ebenfalls stärker in die Öffentlichkeit zu bringen. Dieser sei sehr involviert in die Aktivitäten der Stiftung und würde dadurch zur Sichtbarkeit der FEPS beitragen: „promoting the Foundation and its events to give more visibility [...] was one of the main objectives **whem** he was elected“ (FEPS 2011: 11). Mit seinen Veranstaltungen in Brüssel zieht die FEPS außerdem Akteure aus dem Brüsseler Umfeld an, wobei sich die Stiftung bereits ein treues Publikum erworben habe, **vor allem aus den politischen Institutionen**, so Stetter (7).

Eine Maßnahme zur Förderung von Weiterbildung **ist FEPS** Young Academic Networks, in der junge Wissenschaftler gefördert und unterstützt werden, jedoch nicht auf einer praktisch-politischen, sondern auf der akademischen Ebene. Dort werden die Teilnehmer angehalten, zu bestimmten Themen zu forschen und zu publizieren.

Im Folgenden soll untersucht werden, wie sich die Aktivitäten im Rahmen der Arbeit für und mit der PES gestalten, mit Blick auf den Auftrag aus der Verordnung, diese zu stärken.

Zusammenarbeit mit der Partei

Grundsätzlich fällt auf, dass **direkte** politische Arbeit und Aktivitäten für die FEPS nicht im Vordergrund der Stiftungsarbeit stehen, wie dies **bei** CES der Fall ist. Dies wird zunächst in der öffentlichen Darstellung deutlich: Die PES wird als **ein** wichtiger Partner der Stiftung erwähnt. Mit einem Blick auf die Jahresberichte der FEPS fällt zudem auf, dass die PES erst nach der Darstellung der allgemeinen Aktivitäten im Bereich Forschung und Veranstaltungen in Zusammenarbeit mit den nationalen Mitgliedsstiftungen Erwähnung findet:

„Indeed FEPS always participated and is involved in its member activities of its Brussels partners as much as possible also, for example ECOSY meetings, PES and their network meetings in the European Parliament with the S&D group or the Committee of the Regions with the PES group“ (FEPS 2011: 11).

In der offiziellen Satzung der FEPS findet die PES erstmalig Erwähnung nach der Definition der Ziele und Grundsätze: Bei der Definition der Mitglieder der FEPS, bzw. bei ihrem eigenen Status als Mitglied in der PES (vgl. Art. 5.3 FEPS-S). So wird deutlich, dass die Bindung an die Partei zunächst nicht im Vordergrund steht.

Die FEPS sieht ihren Auftrag gegenüber der PES dahingehend, diese zu beraten und zu unterstützen. Dies geschieht nicht durch die Erstellung bestimmter Studien oder Forschungspapiere für die Partei, sondern primär ergänzen sich die Arbeiten der FEPS in Teilen mit denen der PES. So ist die Stiftung bei Kampagnen der Partei beratend tätig. Die Inhalte des großangelegten Forschungsprojekt „Next Left“, habe die Partei auch für ihre eigenen Dokumente genutzt, wie für ihre „Declaration of Principles“, so Stetter (5). Zudem unterstützt die FEPS die Partei bei der Erstellung eines politischen Grundsatzprogramms, welches im Laufe des nächsten Jahres erscheinen soll (Stetter: 5). Im weiteren Projekt „Renaissance Europe“ fokussiert sich die FEPS in Zusammenarbeit mit den jeweiligen sozialdemokratischen nationalen Stiftungen vor allem auf die nationalen Parteimitglieder der PES, indem **sie zu** den nationalen Wahlen in Frankreich, Italien und Deutschland **begleitende** Expertenseminare veranstaltet, an denen auch sozialdemokratische Regierungsführer oder Parteivorsitzenden der drei Länder beteiligt sind.

„Das Ganze wird begleitet von einem intellektuellen Forschungsprozess, von Leuten, die wir auffordern, zu bestimmten Themen Studien anzufertigen, zu forschen, nachzudenken, Papiere zu machen; so dass wir da eine Europa-debatte lancieren. Dadurch entsteht eine sehr enge Verknüpfung mit der Partei und zeigt, was so eine europäische politische Stiftung leisten kann“ (Stetter: 5).

Damit zeigt sich auch hier die ergänzende und unterstützende Funktion der Stiftung. Weitere Aktivitäten mit der Partei sind die Veranstaltung von Workshops im Rahmen von PES-Parteitag (vgl. FEPS 2012: 42-43). **Wie sich dies in der direkten Beziehung zur PES aus Sicht der FEPS gestaltet**, machen die folgenden Ausführungen deutlich.

Beziehung zur Partei und Selbstverständnis

Im Rahmen der Darstellung dieser Aktivitäten liegt die Betonung auf der strukturellen Unabhängigkeit: die FEPS bleibe eine "distinct organization with its own priorities." Diese gewollte Eigenständigkeit der FEPS zieht sich durch das gesamte Profil der Stiftung. Auch in der öffentlichen Darstellung wird die Nähe zur PES zwar deutlich gemacht, aber es wird immer auch die Unabhängigkeit der Stiftung betont:

"Close to the Party of European Socialists (PES) but nevertheless independent [Hervorh. J.B.] FEPS embodies a new way of thinking on the social democratic, socialist and labour scene in Europe"

Die Beziehung zur Partei wird im Interview aus Sicht von Stetter grundsätzlich keinesfalls als konfliktlastig beschrieben. Es wird ohne weiteres anerkannt, dass die FEPS durch die Finanzierung zum einen und durch die personellen Strukturen in den Satzungsorganen zum anderen an die europäische Partei angebunden ist. (Stetter: 3). Dabei wird öffentlich auch auf das nationale Stiftungsmodell verwiesen, welches als Vorbild dient:

„The political foundations that do exist in Europe at the national level proved the relevance of acting as "laboratories" and contributing - influencing sometimes - to the political debates within their countries."

Stetter betont dabei das Vorbildmodell der deutschen Stiftung, aber merkt an, dass es nun darum ginge, ein europäisches Stiftungsmodell zu finden:

„Wir haben natürlich ein Modell, und das sind die deutschen politischen Stiftungen. Ich habe aber von Anfang an immer gesagt, und auch vehement vertreten [...]: am deutschen Wesen kann auch das nicht genesen. D.h. wir müssen hier eine andere, eine neue Form finden, die europäisch ist und wir müssen die Erfahrungen und auch die anderen Modelle einbeziehen, die es gibt“ (Stetter: 2).

Diese Aussage ist insofern bemerkenswert, als dass Ernst Stetter durch seine jahrelangen Tätigkeiten bei der FES als Experte für

das deutsche Stiftungswesen bezeichnet werden kann. Es geht ihm also dezidiert darum, sich vom deutschen Stiftungsmodell zu emanzipieren und eine europäische Form zu finden, die den gegebenen politischen und strukturellen Umständen angemessen ist. In weiterer Abgrenzung zum deutschen Modell stellt Stetter zudem fest, dass die deutliche Angliederung an die europäische Partei auch eine Lehre aus der deutschen Erfahrung sei. Aus seiner Sicht sei es auf deutscher Ebene problematisch, dass die politischen Stiftungen den jeweiligen politischen Parteien zwar nahe stehen, rechtlich aber eine strikte Trennung zwischen den beiden Akteuren herrsche. Daher habe man auf europäischer Ebene eine andere Lösung gefunden:

„Das haben wir dadurch aufgefangen, dass wir von vorneherein ganz klar und deutlich gesagt haben: in unseren Gremien sind die Parteien gleichwertig vertreten wie die politischen Stiftungen auf europäischer Ebene“ (Stetter: 4).

Mit der inhaltlichen Nähe zur PES grenzt sich die FEPS zugleich von anderen ähnlichen Institutionen ab. Stetter beschreibt dabei den Mehrwert der europäischen Stiftung insofern, als dass „wir die Möglichkeit haben, mit Wissenschaft, mit Presse, mit Medien bestimmte Bereiche aufzuarbeiten, die dann einfließen können in eine politische Debatte für eine politische Bewegung in Europa“ (Stetter: 15). Die Aufgabe eines politischen Think Tank sei es, die möglichen verschiedenen politischen Richtungen und Ideologien aufzuarbeiten – im Sinne der Stärkung einer ideologischen Debatte.

"In FEPS we believe that as a European progressive think tank we were established to serve a process of seeking answers about the long term vision for the future of Europe and to better promote the European project."

Die Nähe zur Partei und deren politische Identität werden somit öffentlich als Mehrwert für die eigene Arbeit bezeichnet: „Of course, the nearness of FEPS to PES and its assumed political identity are the added value of the Foundation and gives credit to its action."

Trotz der thematischen Nähe und der strukturellen Anbindung versteht die FEPS sich als eigenständige und unabhängige Stiftung,

was Stetter vor allem mit Verweis auf das CES, das mit der EPP im selben Gebäude sitzt, schon durch die räumliche Trennung erfüllt sieht. Dieser Wunsch nach räumlicher Distanz wäre zwar auf Widerstand gestoßen, aber letztendlich konnte die FEPS durchsetzen, „dass wir nach außen hin darstellen und zeigen: wir sind eine unabhängige Stiftung, die zwar klar und deutlich einer politischen Richtung nahe steht, aber eben eigenständig arbeitet“ (Stetter: 4). Auf die Frage hin, ob die FEPS als Instrument der Partei diene, wie es in den Debatten auch vorgesehen war, wird erklärt: „Nein, wir sind keine untergeordnete Abteilung der Parte – ganz klar nein.“ (Stetter: 6). Dies findet seine Begründung auch in dem lokalen Umfeld, in dem sich die FEPS befände. Um sich abzugrenzen von den bereits etablierten Institutionen, bräuchte es eines starken eigenen Profils und einer Eigenständigkeit:

„An der Stelle komme ich zurück zum Anfang: das [eigenständige Profil, J.B.] kann nur geleistet werden, wenn wir sagen, wir sind nicht eine untergeordnete Abteilung der Partei, sondern wir sind ein progressiver Think Tank, ein progressives Forschungsinstitut, was natürlich einer politischen Partei nahe steht“ (Stetter: 14).

Darin versteht FEPS auch seine Aufgabe und Beziehung gegenüber der europäischen Partei: indem sie durch die voranschreitenden Forschungsprojekte zeigt, dass es notwendig ist, neue Diskurse zu formulieren und über alternative Politiken nachzudenken. Die Stiftung muss somit eine Unterstützung sein, die Arbeit der Parteien substantiell zu verbessern, in Zeiten, in denen „das Image [der Parteien, J.B.] nicht mehr das Beste ist.“ (Stetter: 11) Dazu bedürfe es eines wissenschaftlichen Unterbaus und

„eines Engagements von mehreren, die nicht nur in einem Parteigefüge eng eingebunden sind. Und wenn das geleistet werden kann, dann haben wir als politische Stiftung unsere Rolle zu 100 % erfüllt“ (Stetter: 11).

Dass Stetter diese Unabhängigkeit sehr wichtig ist und er sie deutlich vertritt, wird auch mit dem Verweis auf die Studie von Gagatsek und van Hecke deutlich: Stetter merkt an, dass die Beziehung zur Partei in der Fragestellung der Studie überschätzt und

die Eigenständigkeit der FEPS nicht entsprechend identifiziert wurde.

Interessen und Weiterentwicklung

In der inhaltlichen Ausrichtung der Stiftung will die FEPS auch in Zukunft weiterhin besondere Schwerpunkte in den Ausbau der Internationalisierung ihrer Arbeit legen (vgl. Stetter: 8). In den letzten Jahren wurden enge Beziehungen zu Indien entwickelt, auch mit Staaten in Afrika oder Lateinamerika gab es enge Kooperation; mit Universitäten in den USA wurden neue Forschungsprogramme aufgebaut. Dieser Bereich ist dem Generalsekretär der FEPS besonders wichtig, wobei er betont, dass der Ansatz dabei ist, „dass wir als Europäer nicht nur Beziehungen zu den anderen Kontinenten haben, sondern dass andere Kontinente auch Beziehungen zu uns haben“ (Stetter: 9). Außerdem will die FEPS ihre Arbeit im Bereich der ökonomischen Theorie erweitern, um den aktuellen wirtschaftspolitischen Herausforderungen in Europa begegnen zu können (Stetter: 12).

Bezüglich der rechtlichen Ausgestaltung und der Weiterentwicklung der Rechtsverordnung wünscht sich die FEPS vor allem einen europäischen Status, da dieser in seiner Außenwirkung eine wichtige Rolle spiele und der Status einer belgischen NGO dabei nicht zufriedenstellend sei (vgl. Stetter: 10). Weitere Verbesserungen werden auch im Bereich Finanzen erhofft, so wie es auch im Giannakou-Bericht gefordert wird: Modifizierungen bei der Höhe von Spenden oder aber auch bei den Regeln zur Eigenfinanzierung (Stetter: 10). In der Summe zeigt sich, dass die FEPS auf eine weitere Verbesserung ihres Statutes im Sinne ihrer Eigenständigkeit hofft.

Im Folgenden steht das Gespräch mit Vertretern (zitiert im Folgenden: V1 und V2) der PES im Fokus der Analyse, um die Sicht der PES auf ihre Stiftung und deren Arbeit zu verdeutlichen.

4.2.2 Die Perspektive der europäischen Partei – Party of European Socialists

Beziehung zur FEPS

In der institutionellen Organisation der PES findet man die FEPS unter den Organisationen der europäischen Partei als politische

Stiftung verortet. So heißt es in der Satzung der PES (im folgenden PES-S):

„The Foundation for European Progressive Studies (FEPS) is the political foundation affiliated with the PES. It undertakes research, information and training in the fields of political, social legal and economic science, more specifically in their European and international dimension. It elects its bodies according to its statutes“ (Art. 14 PES-S).

Wie bereits erläutert, ist die FEPS damit zum einen eine Mitgliedsorganisation von der PES, während die PES zum anderen wie als Mitglied in den FEPS-Gremien vertreten ist. Aus Perspektive der PES stellt sich mit Blick auf die Ziele und Regelungen der Verordnung Nr. 1524 die offizielle Beziehung zunächst folgendermaßen dar:

„The fact that they exist lies in the fact that they are attached to us. They are officially assigned to complement the European parties work“ (V1: 1).

Aus dieser Angliederung ergibt sich somit auch die Aufgabe der Stiftung aus Sicht der PES und verdeutlicht das Verständnis des normativen Auftrags aus der Verordnung. Es wäre der „spirit“ (V1: 3) des Bericht von Jo Leinen gewesen, der dazu beitrug, dass die Stiftungen vorrangig zur komplementären Unterstützung der Partei kreiert worden seien: in der Form eines „Research Centre“. Ein Beispiel, in dem die FEPS die Arbeit der PES tatsächlich komplementär unterstützt habe, sei die „Declaration of Principles“, für die FEPS dem parteipolitischen Dokument eine wissenschaftliche Basis gegeben hat, für die die Partei niemals die Kapazitäten gehabt hätte.

“That [the declaration, J.B.] is based on a 13 months process of internal discussion legitimizes the document; however the scientific work is made stronger by the research that was done in FEPS, something we would never have been able to do. In this sense, both organizations are complementary“ (V2: 2).

Die Arbeit der FEPS habe damit grundsätzlich einen besonderen Mehrwert für die PES. **Allerdings** nur unter der Voraussetzung,

dass es gelingt, die Arbeitsprogramme zu verbinden „and to work on a same topic“ (V1: 10). So sei es Fakt, dass beide Institutionen voneinander unabhängig seien, was sich zunächst durch die getrennte Finanzierung manifestiert. Das würde mit sich bringen, dass die Arbeitsprogramme nicht aufeinander abgestimmt sein müssten: „If we don't want to work together, we can. It is possible not to work together. It is not useful not to work together, but nothing obliges us to work together“ (V1: 3). Somit steht aus Perspektive der PES auch fest, dass beide Akteure aufgrund von Struktur und Arbeitsweisen teilweise verschiedene Ziele hätten:

“They are diverging in terms of objectives sometimes, because of the nature of the work that is done in these organizations: one [foundation, J.B.] is much more long term because of research, the other [party, J.B.] is much more day to day and based on more short term agenda within the political party“ (V2: 2).

Aus diesem Grund gäbe es Schwierigkeiten, sich zu koordinieren. Darüber hinaus, so die Einschätzung der Vertreter, gäbe es von Seiten der FEPS keinerlei Bestreben, dies zu ändern, indem es sich an die Arbeit der PES anpassen würde. Wie die Vertreter der PES diese Ausgangssituation bewerten, lassen die folgenden Ausführungen vermuten.

Interessen

Es scheint ganz konkret der Wunsch der PES zu sein, in engerer Zusammenarbeit mit der Stiftung zu stehen: “I think we would like to make more use of their work, [FEPS, J.B.], finding a middle ground is a lot of our day to day work with the foundation“. Vor allem würde sich die **Vertreterinnen** der Partei wünschen, dass sie mehr quantitative Arbeit von der FEPS anfordern könnte, wie in Form von Studien oder Hintergrundpapieren (vgl. V2:6).

Der konkrete Wunsch ist daher, die Arbeitsprogramme von Stiftung und Partei besser miteinander zu koordinieren. Das beste Szenario wäre es für die PES sogar, dieselben **Arbeitsprogramme** zu haben (vgl. V1: 13). Dies wäre aufgrund der verschiedenen Arbeitsweisen zwar nicht so einfach zu verwirklichen, aber: “That's really the aim, to find some ways of working together, not just side

by side“ (V1: 13). Dabei wird auch der Vergleich mit nationalen Modellen, vor allem mit dem deutschen gezogen. So ist man der Meinung, dass die EU das deutsche Modell gewählt habe, angesichts der unabhängigen Stellung der Stiftung – für die eigene Arbeit der PES wäre es jedoch nützlicher, wenn Stiftung und Partei noch stärker integriert seien (V1: 8). Dieses Modell schein jedoch gegensätzlich zu den Zielen der FEPS zu sein, die vor allem unabhängig arbeiten wollten. Die FEPS, so die Einschätzung, würde sich keinesfalls als Instrument der Partei sehen, was sich in der Zusammenarbeit zeigen würde – davon gäbe es „on a daily basis“ nicht besonders viel (V1: 10). Es wird gegenüber dieser eigenständigen Arbeitsweise jedoch ein gewisses Verständnis geäußert. Die Stiftungen seien noch jung und müssten sich ihre Glaubhaftigkeit vor allem in Brüssel noch erarbeiten.

„So it's also trying to find their place in the Brussels Scene between Europarties, they are supposed to feed and the other think tanks which are not affiliated to the parties, which have developed quite an ancient expertise. [...] So it's also true that FEPS and the other have to follow their own paths, to be able to become big and credible, to impose their own agenda“ (V1: 7).

Auch gegenüber ihrer einflussreichen und starken Mitgliedsstiftungen sehen die Vertreter eine Notwendigkeit von FEPS, sich behaupten zu müssen. Wo liegen dabei aus Sicht der PES die Stärken und der Mehrwert der FEPS?

Mehrwert der FEPS

Die Vertreter der PES betonen gerade in Abgrenzung zu anderen Think Tanks den eigentlichen Mehrwert einer politischen Stiftung. Die Aufgabe einer politischen Stiftung bewege sich eben nicht nur auf der akademischen Arbeit, sondern sie hebe sich vor allem durch ihre politische Dimension hervor. Gerade deswegen habe es auch einige positive Beispiele der ergänzenden Arbeit für die PES gegeben. Aufgrund dieser Einzigartigkeit einer politischen Stiftung gäbe es jedoch auch keinen Grund, mit den großen etablierten Think Tanks in Brüssel zu konkurrieren (V2: 7). Die Arbeit einer politischen Stiftung hätte den besonderen Mehrwert, dass sie die Debatte politisieren könne. Daher wird ge-

wünscht, dass die Stiftung in Abgrenzung zu anderen Einrichtungen stärker an diesem politischen Profil arbeite und

„(...) less on the idea on supporting the European integration as such as actually politicizing the debate on European integration. [...] I think that working together on politicizing the debate is more important, and less working than on maybe what other thinktanks might do, which is more on an institutional basis, or neutral“ (V2: 16).

Es wird betont, dass Stiftung und Partei an dieser Stelle bei der Frage, wie es mit der europäischen Integration weitergehen solle, zusammenarbeiten müssten. Denn diese Frage würde die Zukunft beider Akteure mitbestimmen. Die Stärke oder Schwäche der europäischen Partei habe zudem eine direkte Auswirkung auf die Stiftung (vgl. V2: 16). Damit wird auf die Angliederung der Stiftung an die Partei und die Finanzierung, die über die Partei gewährleistet wird, verwiesen und damit auf die Abhängigkeit der FEPS von der PES.

Bei der Frage nach den weiteren Aktivitäten der FEPS und dem Bezug zu dem Auftrag aus der Verordnung **Nr. 1524**, die europäischen Bürger zu erreichen, wird vermutet:

“It seems that, taking the couple of dimensions which were foreseen for foundations, the FEPS puts the major emphasize on the influence in the intellectual or political debate“ (V2: 12).

Einen besonderen Mehrwert sehen die Vertreter der PES in der Netzwerkfunktion, die FEPS für die nationalen Mitgliedsstiftungen bietet. Damit wird Bezug genommen auf die Aufgabenbestimmung aus der Verordnung. Es sei eine Idee aus dem Leinen-Bericht gewesen, und somit ein Grund für die Stiftungsgründung, politische Akteure auf europäischer Ebene zusammen zu führen, die sich gegenseitig **zu** unterstützen könnten:

„It is a really good thing that they are putting actors together, they can help them, not directly provide them with some funding, but they co-organize or co-publish some things and that helps also small foundations to get more famous and more credible“ (V1: 14).

Dabei wird auch das Network of Young Academics erwähnt. Es wird zusammengefasst, dass die FEPS stolz darauf sein könne, dass sie Menschen zusammen bringe, die an demselben Thema arbeiten und sich vernetzen, die ohne FEPS wahrscheinlich nie zusammen gearbeitet hätten (V1: 15). Im Folgenden wird noch einmal verdeutlicht, was sich die PES im weiteren für die FEPS und ihre Ausgestaltung wünscht, wobei der Giannakou-Bericht und die anstehende Reform der Verordnungen zu den Parteien und Stiftungen eine wichtige Rolle spielt.

Institutionelle Wünsche und Weiterentwicklung der FEPS

Es wurde bereits deutlich, dass die PES sich eine stärkere Zusammenarbeit mit der FEPS wünscht. Die beiden Vertreter der PES stellen zudem fest, dass der Giannakou-Bericht ebenfalls mehr in die Richtung einer engeren Koordination von Stiftung und Partei ginge. Dies sei zuvor von Seiten der PES, aber auch von anderen europäischen Parteien in den Verhandlungen mit der Kommission und dem Parlament artikuliert worden. So sei eine Idee gewesen, die Arbeitsprogramme stärker miteinander zu verbinden, um eine stärkere gemeinsame Arbeitsbasis zu haben, was bereits als Wunsch der PES herausgearbeitet wurde. Eine weitere diskutierte Möglichkeit war die Frage, ob die Partei das Geld der Stiftung selber verwaltet und als eine Art Auftraggeber agiert (vgl. V1: 5). Bezüglich der weiteren Zukunft von Partei und Stiftung seien jedoch beide Akteure einig, dass es sowohl für die Stiftung als auch die Partei entscheidend ist, einen einheitlichen europäischen Status zu bekommen:

„On this, the foundation and the party are quite in line to have this European recognition [durch den europäischen Rechtsstatus, J.B.] which would allow us to weight more on the European Politics“ (V1: 5).

Dabei wird erneut deutlich, dass sich die Vertreter der PES die stärkere Zusammenarbeit mit der FEPS dringend wünscht. So wird konstatiert, dass man eine stärkere gemeinsame Rolle von PES und FEPS auch erreichen könne, indem man die wenigen Ressourcen, über die sowohl Partei als auch Stiftung verfügen, bündelt:

“In terms of development of both organizations, maybe even more as regards the foundations, we are both small secretariats with ambitions written down that are sometimes over ambitious. So maybe this is a key dimension to try and work out how we can make our resources more efficient in the future (V2: 17).

Das zeigt, dass die aktuellen legislativen Verhandlungen für die Reformen der Parteien und Stiftungen auch eine Art der Evaluation der bisherigen Zusammenarbeit zwischen Partei und Stiftung darstellt. Es werden Verbesserungswünsche und Vorstellungen geäußert, um die jeweilige Situation der Akteure zu verbessern oder zu modifizieren. Die PES bemängelt dabei ihre eigenen knappen Ressourcen und erhofft sich durch eine stärkere direkte Zuarbeit eine Erleichterung in ihrer eigenen Arbeit. Es scheint jedoch auch, als sei die PES sich noch nicht im Klaren darüber, was sie sich grundsätzlich von ihrer Stiftung erwartet. Dies scheint auch mit den unterschiedlichen Modellen zusammen zu hängen, die es bereit auf nationaler Ebene gibt, und die in ihrer Ausgestaltung sehr unterschiedlich sind: so beziehen sich die beiden Vertreter immer wieder auf unterschiedliche Stiftungsmodelle und deren Vor- und Nachteile. Zum einen wird bemängelt, dass die Zusammenarbeit nicht eng genug sei und der Input für die PES selbst zu gering wäre. Andererseits wird die Bedeutung von politischen Stiftungen derart verstanden, dass sie eben eigene Ideen und Debatten anstoßen, die nicht unweigerlich mit der konkreten politischen Arbeit der Partei zu tun hat (vgl. V1: 11).

Im Folgenden werden die Ergebnisse der Auswertungen zusammengeführt und auf die theoretischen Analysekatoren angewandt.

4.2.3 Zusammenführung der Perspektiven

Nach der Analyse der empirischen Materialien von beiden politischen Akteuren wird deutlich, dass die FEPS und die PES unterschiedliche Vorstellungen und Ansichten von der gemeinsamen Interaktion und Beziehung mit dem jeweils anderen haben. Aus Perspektive der Stiftung wird die Beziehung zur Partei als selbstverständliches Merkmal einer politischen Stiftung gesehen, aber eindeutig in einer verbindenden, nicht in einer hierarchischen Weise. Diese Verbindung besteht

inhaltlich aus der gemeinsamen Weiterentwicklung und Stärkung der sozialdemokratischen und progressiven Werte und Themen. Die PES wünscht sich dagegen mehr konkrete Interaktion mit der Stiftung, in Form einer stärkeren Zusammenarbeit. Dabei wird ersichtlich, dass sich beide Akteure auf den institutionellen Rahmen und seine normativen Einflüsse beziehen, aber unterschiedliche Schwerpunkte bei den daraus entstehenden Erwartungen und Aufgaben setzen. Während die FEPS die Notwendigkeit der öffentlichen Debatte und die Arbeit mit den Mitgliedsstiftungen als Priorität formuliert, verweist die PES stärker auf die Aufgabe der komplementären Funktion der Stiftung als Stärkung der Partei. Diese Tatsache lässt sich erklären mit den deutlich unterschiedlichen Interessen und Präferenzen der Akteure. Die PES hat sich die konkreten Tätigkeiten der eigenen Stiftung in anderer Form erhofft und wünscht sich eine Entwicklung hin zu einer stärkeren Unterstützung durch die Stiftung. Dies soll in Form von vermehrter direkter Zuarbeit geschehen, wie durch das Erstellen von Studien, oder der Bündelung gemeinsamer Ressourcen. Deutlich wurde dies auch durch die Äußerung, dass für die PES bei einer weiteren Reform der relevanten Verordnung institutionelle Veränderungen denkbar sind. Die FEPS setzt im Gegensatz dazu ganz eindeutige Schwerpunkte in ihrer Arbeit, die das Profil der Stiftung als einen unabhängigen politisch eigenständigen Akteur stärken (z.B. durch die Internationalisierung der Arbeit). In ihren Handlungsfeldern bekommt die direkte Zusammenarbeit mit der Partei nur eine Rolle, aber nicht die Hauptrolle zugeschrieben – der Anspruch, diese zu stärken und zu unterstützen, besteht zwar, doch nur insoweit, wie es sich mit der eigenen Arbeit sinnvoll verbinden lässt. Dieses Selbstbewusstsein prägt das Selbstverständnis der FEPS – die Stiftung hat sich inhaltlich und thematisch verbunden mit der Partei vor allem ein akademisches Profil aufgebaut hat, was auch von Seiten der PES als solches wahrgenommen wird. Neben seinen wissenschaftlichen und forschungsbasierten Tätigkeiten versucht die FEPS auch außerhalb von Europa ihr Handlungsfeld zu erweitern und konzentriert sich dabei auf die eigene Sichtbarkeit. Dabei werden aufgrund der Internationalisierung der Arbeit und eben auch angesichts der erklärten Eigenständigkeit Parallelen mit dem deutschen Modell sichtbar.

Es lässt sich zusammenfassend festhalten, dass sich die Perspektiven auf die gegenseitige Beziehung deutlich unterscheiden. Die unterschiedlichen Auffassungen und Interessen führen bis hin zu einem Konflikt über die Frage des Selbstverständnisses und der Rolle der Stiftung. Die Eingangsthese, dass sich aufgrund der Eigenständigkeit der beiden Akteure und ihrer unterschiedlichen Interessen Konflikte oder Spannungen ergeben können, lässt sich insbesondere in diesem Fall bestätigen. Diese scheinen ihren Ursprung in den unterschiedlichen Vorstellungen des Modells zu haben, was eine europäische Stiftung für ihre Partei und für ihr sonstiges Publikum leisten kann und soll. So wird auch die Verordnung von beiden Akteuren subjektiv interpretiert. Ernst Stetter betont die Unabhängigkeit von der FEPS und betrachtet die Zusammenarbeit mit der PES vor allem im Sinne des Einstehens für gemeinsame politische Werte, wobei sein deutscher Stiftungshintergrund und die dortigen Erfahrungen in der Ausgestaltung der Beziehung zur Partei eine entscheidende Rolle zu spielen scheinen. Die Vertreter der PES dagegen wünschen sich eine stärkere Unterstützung in ihrer Arbeit. Dieses Ergebnis widerspricht damit den Ergebnissen von Gagatsek und van Hecke, die der FEPS eine besonders enge Bindung an die PES bescheinigt haben.

4.3 Green European Foundation (GEF)

4.3.1 Die GEF als europäische politische Stiftung

Struktur und Aufbau der GEF

Die Green European Foundation (GEF) ist die viertgrößte politische Stiftung auf europäischer Ebene mit einem vorgesehenen Budget von 872.042 Euro für das Jahr 2012. Sie ist mit der European Green Party (EGP) affiliert, welche mit der Green/ European Free Alliance und ihren 59 Abgeordneten aus 15 Ländern und Regionen die viertgrößte parlamentarische Gruppe im Europäischen Parlament bildet. Mitglieder der Partei sind 36 grüne Parteien aus 33 europäischen Staaten. Die GEF wurde 2008 im Rahmen der Pilotprojekte des Europäischen Parlaments gegründet und operiert somit nun in ihrem vierten Jahr. Durch den hohen Stimmengewinn der EGP bei den Europawahlen 2009 vergrößerten sich das Budget und der Handlungsrahmen entsprechend (vgl. Gewessler: 15).

Die grüne Stiftung besitzt den Status einer luxemburgischen Non-Profit-Organisation (Satzung im folgenden GEF-S), hat jedoch ebenfalls ein Büro in Brüssel. Bezüglich der allgemeinen Organisation der GEF legt die Satzung zunächst fest: „The association must be legally independent of the “European Green Party” (EGP) in its structures, budgets, programmes and personnel at all times” (Art. 1 GEF-S). Dabei setzt sich die Stiftung aus zwei satzungsgemäßen Organen zusammen, der General Assembly (Art. 10ff. GEF-S) und dem Board of Directors (vgl. Art. 16 GEF-S).

Die Mitglieder der **General Assembly** repräsentieren die drei „main stakeholders“ der GEF: „national Green foundations from all over Europe, the European Green Party and the Green Group in the European Parliament“ (GEF 2012:14). Wie in der Satzung bestimmt (Art. 5 GEF-S), setzt sich eine leichte Mehrheit der Mitglieder der **General Assembly** aus Repräsentanten der nationalen Mitgliedsstiftungen zusammen - zurzeit sind dies 16 Stiftungen aus 13 europäischen Staaten (12 Vollmitglieder und assoziierte Mitglieder). Die EGP und die Fraktion im EP sind mit jeweils fünf Mitgliedern vertreten: Die Satzung bestimmt dahingehend, dass die EGP mindestens und die Fraktion höchstens ein Viertel der Mitglieder repräsentieren darf. Somit wird deutlich, dass die Partei und die Fraktion eine leicht untergeordnete Rolle im Rahmen der Mitgliedschaft und Entscheidungsstruktur in der Stiftung spielen.

Alle zwei Jahre wählt die Generalversammlung aus ihrer Mitte heraus das **Board of Directors**. Dieses Gremium von max. 7 Mitgliedern ist verantwortlich für das allgemeine strategische Management und die Entscheidungsfindung der Stiftung und wählt zudem die zwei Co-Präsidenten der GEF. Dabei lässt sich keine bestimmte Struktur bei der Zusammensetzung erkennen und wird auch nicht in der Satzung erläutert (Art. 16 GEF-S): Sowohl Vertreter der nationalen Mitgliedsstiftungen als auch aktive oder ehemalige Funktionäre der EGP sind dort vertreten. Zuletzt ist das Team von GEF verantwortlich für die Durchführung aller Aktivitäten und dem Funktionieren der Stiftung. Dazu gehören zurzeit vier fest angestellte Mitarbeiter und zwei Praktikanten. Zusätzlich zu dieser internen Struktur verweist die GEF in ihrer Präsentation auf ihre zahlreichen Partner, was verdeutlicht, dass diese eine wichtige Rolle für die GEF spielen. Neben den nationalen Stiftungen zählen dazu Think Tanks

und Forschungsinstitute, Akademiker, NGO's und weitere Netzwerke der Grünen in Europa.

Nach der Darstellung der GEF in ihren formalen Bestandteilen soll nun der Blick auf das Handlungsfeld der GEF und **seine** Tätigkeiten geworfen werden.

Aktivitäten und Handlungsfelder

Die GEF definiert sich als die „political foundation of the European Green Movement“ . Bezüglich der strukturellen Anbindung an die EGP wird betont, dass

“GEF is closely related to both the Green Group in the European Parliament, and the European Green Party. Though both of these groups are represented in our General Assembly, GEF operates as an independent body [Hervorh. J.B.]” (GEF 2012: 14).

Damit wird die Ebene festgelegt, auf der die GEF sich neben Partei und Fraktion einordnet: **sie** versteht sich neben diesen beiden Akteuren als drittes Standbein der grünen politischen Familie auf europäischer Ebene (vgl. Gewessler: 3) und unternimmt in diesem Rahmen ganz eigene Aktivitäten.

Dabei grenzt sich die GEF zunächst ganz deutlich von Brüssel als Aktionsrahmen ab: Die Idee sei es nie gewesen, zu den Institutionen hinzuarbeiten oder Lobbying zu betreiben (vgl. Gewessler: 3). Die Zeitschrift „Green European Journal“ versinnbildliche, wie die GEF arbeite: „Nämlich nicht in Brüssel zentriert, sondern dezentral und vernetzend, um Debatten herzustellen.“ (Gewessler: 2). Das Konzept dieser „Zeitschrift von Zeitschriften“ sei es, Texte und Artikel zu grünen Themen und Thesen aus ganz Europa zu sammeln, diese zu übersetzen, und gesammelt einer breiten Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen (vgl. Lechat: 1). Damit wolle man die verschiedenen nationalen Öffentlichkeiten miteinander vernetzen und damit eine europäische Öffentlichkeit stärken. Die GEF definiert damit die Weite ihrer Arbeit über den eigenen Standort hinaus:

“The bulk of GEF’s work relates to, and takes place within the European Union. However, given the EU’s ongoing expansion and Europe’s shared values and history, GEF does not confine it-

self to the borders of the EU. It will continue to reach out to, and work with, interested partners across Europe. This includes hosting events in non-EU countries [Hervorh. J.B.]“

In diesem Rahmen will die GEF ihre Mission erfüllen: einen Raum bieten für „Green thinking and debate at European level“ und die Denk- und Arbeitsweise des grünen Publikums auf eine transnationale Ebene erweitern. Mit ihrer Arbeit wendet sich die GEF somit vor allem an die grünen Aktivisten in Europa und das Publikum rund um die Grünen, aber durch die Ausweitung seiner Kapazitäten auch verstärkt „beyond the green political family“ (Gewessler: 8). Grundsätzliches Merkmal der Aktivitäten der GEF ist, dass sie vor allem Aktivitäten in den Bereichen abzudecken versucht, die die Partei oder die Fraktion nicht erfüllen kann – im Sinne einer „synergetischen“ Arbeit. Das Ziel sei es,

„dort verstärkt zu arbeiten, wo sonst nicht viel passiert. Und in Brüssel sind die Grünen sehr, sehr gut aufgestellt, mit der Fraktion, und synergetisch meint dann, die Themen, die hier passieren und die wichtig sind, in nationale Kontexte rauszutragen. Daher war der Fokus von Anfang an eher auf dezentrale Arbeit [gelegt, J.B.] und darauf, diese dezentrale Arbeit zu vernetzen und die Debatten, die dort stattfinden, wieder auf die europäische Ebene zurückzubringen“ (Gewessler: 3).

Die GEF fokussiert sich dabei auf drei Kernarbeitsbereiche: 1. **Study and Debate**, 2. **Education and training**, sowie 3. **Networking Green Europe** (vgl. GEF 2012: 4-6). Im ersten Kernbereich werden unter „study“ vor allem im Rahmen von Publikationen grüne Themen aufgegriffen. An dieser Stelle findet sich eine erste konkrete Zusammenarbeit mit der Fraktion im Parlament, indem die GEF die Inhalte der Fraktionsarbeit in ihrer eigenen Arbeit durch thematische Arbeiten und Publikationen in die weitere Öffentlichkeit zu bringen versucht (vgl. Gewessler: 10). Neben dem **Green New Journal**“ gehören dazu Studien zu aktuellen Themen wie den „EU Priorities 2012“ oder etwa zur gesellschaftlichen Inklusion der Roma **gehören zu den wissenschaftlichen Arbeiten der GEF**. Oft werden die Publikationen in Zusammenarbeit mit den nationalen Stiftungen herausgegeben. Viele Publikationen werden dabei „unter der Klammer des Green New Deal“ (Gewessler:

10) publiziert, um die Antwort der europäischen Grünen auf die ökologische, soziale und ökonomische Krise zu unterstützen. Eine Besonderheit in Abgrenzung zum CES und der FEPS ist, dass die GEF ihre Publikationen teilweise in mehrere Sprachen übersetzt, um sie einem möglichst breiten Publikum zugänglich zu machen. Dazu gehört auch das „Manual for Europe“, ein Handbuch, welches Nichtwissenden die komplexe Funktionsweise der Europäischen Union erklären und näher zu bringen versucht. Ziel der GEF ist es, „[to] continue to use this publication in its efforts to promote a greater understanding of the EU among its citizens“ (GEF 2012: 6), womit ein zentrales Ziel aus der Verordnung übernommen wird. Unter dem Motto „Debate“ werden zudem Diskussionsveranstaltungen europaweit organisiert.

Der zweite Kernarbeitsbereich **“Education and training”** beinhaltet Seminare wie „learn how the EU functions“ oder die Organisation von Sommeruniversitäten in Kooperation mit nationalen Partnern. Darunter fällt auch das „European Citizens' Initiative Pocket Guide“, welches dieses Jahr veröffentlicht wurde. Damit werden zentrale Probleme aus der Debatte um die Gründung der europäischen Stiftungen aufgenommen:

„Given the perception of a disconnect between the EU and its citizens, this facility will allow individuals to come together and to place issues that are important to them on the agenda of the European Union“ (GEF 2012: 5).

Unter dem dritten Tätigkeitsbereich „Networking Green Europe“ steht zuletzt das Ziel, „ein Netzwerk zu sein für die nationalen Stiftungen und für die anderen Akteure, die ähnliche Dinge machen“ (Gewessler: 9) – getreu dem Ansatz, an den Stellen aktiv zu werden, wo bisher keine europäische bildungspolitische Arbeit geleistet wurde:

„Z.B. ein Seminar mit Aktivisten zur europäischen Demokratie und zur europäischen Bürgerinitiative in Bulgarien, das Teilnehmer aus den Nachbarländern miteinbezieht - das hat es vor GEF nicht gegeben. Wir decken damit also zusätzlich Bereiche ab, indem wir verstärkt versuchen, dort zu arbeiten, wo es noch weiße Flecken gibt“ (Gewessler: 17).

Es wird in Anbetracht dieser Aktivitäten deutlich, dass die GEF ihre zentralen Schwerpunkte vor allem im Bereich Bildungs- und Forschungsaktivitäten für ein breites Publikum legt und damit den Auftrag aus der Verordnung für eine Herstellung von Öffentlichkeit zu ihrem Schwerpunkt macht. Dies findet ihren Ursprung auch in der Ausgestaltung der Beziehung zur EGP, welche im Folgenden aus Sicht der GEF skizziert wird.

Zusammenarbeit mit der Partei

Die bestehende Verbindung und Zusammenarbeit mit der Partei definiert sich aus Sicht der GEF über zwei Zugänge: Zunächst wird, wie sich aus dem Auftrag aus der Gründungsverordnung ergäbe, thematisch versucht, die Ziele der europäischen Parteien zu unterstützen (vgl. Gewessler: 4). Damit wird direkt der Bezug zum Auftrag aus der Verordnung hergestellt. Ziele und Aktivitäten der GEF seien somit unmissverständlich an die Inhalte und großen Arbeitsschwerpunkte der Partei gebunden, da man versuche, Themen aufzugreifen, die relevant seien für die grünen Aktivist*innen in der EGP. Dies geschieht vor allem im Rahmen von Aktivitäten, die die Parteien selbst nicht leisten könne. In dem man sich hier komplementäre Schwerpunkte setze, unterstütze die GEF damit auch die Arbeit der Partei (vgl. Gewessler: 6).

Die Nähe zur Partei und Fraktion als ihre Partner verdeutlicht sich zudem auch bei der GEF in den Strukturen durch die Zusammensetzung der Generalversammlung und im Executive Board:

„Wir vereinen auch strukturell die Partner auf europäischer Ebene, das führt dann auch zu einem guten Austausch, der sich dann auch in der Generalversammlung und im Vorstand widerspiegelt“ (Gewessler: 4).

Der konkrete Austausch mit der Partei gestaltet sich derart, dass mit der Partei bei der Erstellung des Jahresprogramms über Schwerpunkte der Arbeit und die Relevanz von Themen diskutiert werde. Diese Zusammenarbeit vollziehe sich dabei in einer „kritisch unabhängigen Distanz“ (Gewessler: 6) und in Anerkennung der Unabhängigkeit der GEF. Denn grundsätzlich grenze sich die GEF in ihren konkreten Aktivitäten ganz deutlich von der EGP und der Fraktion ab (vgl. Gewessler: 4), da beide Akteure unterschied-

liche Rollen und Aufgaben übernehmen. Dabei können sich auch Meinungsverschiedenheiten ergeben – es sei im Rahmen der eigenen Aktivitäten nicht möglich, alle Vorschläge zu übernehmen, da ein eigener Fokus gewahrt werden müsse: „[E]s ist nicht so, dass alles, was die Partei gerne hätte, unbedingt auch im Rahmen unserer eigenen Ziele umsetzbar ist (Gewessler: 5). Die GEF versteht sich damit eindeutig nicht als „service provider“ der EGP, wie es bei der CES festgestellt werden konnte: „Die Partei ist nicht unser Auftraggeber und wir sind nicht die Auftragnehmer“ (Lechat: 5).

Aus dieser Abgrenzung der Tätigkeiten und gleichzeitigen inhaltlichen Nähe zur EGP scheint sich auch das Selbstverständnis der GEF zu definieren.

Beziehung zur Partei und Selbstverständnis

Die GEF sieht sich und ihre Aufgabe zuallererst darin verortet, an der Herstellung einer europäischen Demokratie und einer europäischen Öffentlichkeit mitzuwirken. Es ginge bei der Stiftungsarbeit darum, den Raum zu erweitern, in dem sich Menschen treffen könnten und in dem ein Austausch stattfände:

„[Die] [europäische Öffentlichkeit, J.B.] wird entwickelt durch Debatten - durch Treffen und durch die Tatsache, dass die Leute ihre jeweiligen Ideen verteidigen und Debatten führen und argumentieren [...]. (Lechat: 17).

Gleichzeitig macht Gewessler in Bezug auf die institutionelle Regelung, die Verordnung, deutlich, dass der normative Anspruch und die Erwartungen sehr ambitioniert und weitreichend seien. Angesichts dieser Umstände schlussfolgern die Vertreter der GEF auch für die eigene Aufgabe und die Verortung innerhalb dieses Umfeldes:

„Es ist schon keine einfache Aufgabe und daher muss man das auch wirklich immer im Kontext sehen, was an Mitteln zur Verfügung steht und was man damit machen kann. Und dann versucht man die bestmögliche Nische und Projekte zu finden, die aus wenig - oder strukturell durch Multiplikatorenwirkung - mehr machen können.“ (Gewessler: 19)

Auch wenn ein Bezug zum nationalen Stiftungsmodell gezogen wird, findet eine deutliche Abgrenzung, vor allem zum deutschen Modell, statt: zunächst durch die sichtbaren Unterschiede, die sich bezüglich der Ressourcenausstattung ergeben. Zudem fülle die GEF mit ihrer Arbeit eine Lücke, die die nationalen Stiftungen und ihr Modell nicht leisten würden (Gewessler: 18): **im** Zusammenwirken mit den nationalen Stiftungen, Partnern vor Ort und aus anderen Ländern werde zu europäischen Themen gearbeitet. Die Beziehung zur EGP bildet dabei das zentrale Element, um die Debatte entsprechend dem Auftrag aus der Verordnung zu einer politischen zu machen, um

*„[...] in längerfristigen Debatten zu zeigen, dass es einen Unterschied macht, von welcher [politischen] Position man sie angeht. Und **das** man mit der Politisierung zeigt, dass das Parlament ein politischer Ort ist und dass es dort Fraktionen gibt, und dass es hier unterschiedliche Ansätze gibt, wie eine europäische Direktive zu Energie ausschaut. Das ist sicher eine große Unterstützung [für eine europäische Debatte, J.B.]“ (Gewessler: 20).*

An diesem Punkt leistet die GEF aus **seiner** Sicht somit zweierlei Aufgaben aus der Verordnung: sowohl einen Beitrag zur Stärkung des parteilichen Profils, als auch zur Stärkung einer Debatte über europäische politische Themen. Lechat weist zudem auf eine weitere Entwicklung aus seiner nationalen Erfahrung hin, welche in die umgekehrte Richtung geht: Die Tatsache, dass nun ein europäisches Stiftungsmodell existiere, gäbe den Anreiz, auch auf nationaler Ebene grüne Stiftungen zu gründen, wie etwa in Frankreich (vgl. Lechat: 7). Lechat spricht daher auch von einer „europäischen Wirkung“ bzw. einer anderen Form der Europäisierung.

Nach der Darstellung des aktuellen Selbstverständnisses der GEF soll im Folgenden erörtert werden, in welchen Bereichen die GEF ihre Aktivitäten weiter zentrieren möchte und wo sie für sich die größten die Herausforderungen aus dem normativen Auftrag der Verordnung feststellt.

Interessen und Weiterentwicklung

Zu diesem ursprünglichem Ziel aus der Gründungsverordnung der Stiftung merkt Gewessler kritisch an, dass

*„die Aufgabe, die uns das Europäische Parlament gibt, eine ‚European sphere of debate‘ zu unterstützen, **ist** natürlich riesig, bis einfach schlicht nicht zur Gänze **machbar** - mit dem Budget, das uns konkret zur Verfügung steht“ (Gewessler: 8).*

Die wichtigsten Partner der GEF sind daher auch die nationalen Stiftungen, mit deren Hilfe es möglich werde, Debatten auch im nationalen Kontext zu führen. Diese werden dazu aufgerufen, ihre Themenvorschläge und Wünsche in die Arbeit von GEF einzubringen. Die jeweiligen thematischen Beschlüsse werden dann für den jeweiligen nationalen politischen Kontext modifiziert (vgl. Gewessler: 11). 50 Prozent der Projekte entstanden auf Brüsseler Ebene im Rahmen der Beschlüsse und Gespräche des Vorstandes, während die andere Hälfte der Vorschläge aus nationalen Stiftungen selbst käme (vgl. Gewessler: 12).

In Bezug auf den Standort Brüssel ist die GEF selbstbewusst und bleibt ihrem komplementären Ansatz treu. Neben Aktivitäten, die in Brüssel zusammen mit der Fraktion im Parlament oder der Partei veranstaltet werden, würde die GEF zwar auch weiterhin stärker versuchen, in Brüssel eigenständig Veranstaltungen zu organisieren (vgl. Benoit: 14). Dies sei jedoch nicht Hauptziel der Arbeit: „Es gibt ganz viele Akteure, die wirklich alles abdecken, und auch durch die Grünen vor Ort - die Fraktion macht sehr viele Konferenzen und Veranstaltungen“ (Gewessler: 14). Daher plant die GEF nach der ersten Findungsphase auch an dem Ansatz weiterzuarbeiten und verstärkt längerfristige strukturelle Projekte zu initiieren, wie etwas das Journal, andere Publikationsserien oder Themen. Angesichts der begrenzten Ressourcen der Stiftung muss die GEF dabei nach wie vor stark fokussieren, um keine doppelte Arbeit zu leisten (vgl. Gewessler: 11).

Bezüglich seiner rechtlichen und institutionellen Weiterentwicklung und mit Hinblick auf den Giannakou-Report wünscht sich GEF vor allem Verbesserungen administrativer Natur.

Am dringendsten sei dabei die „Abschaffung der Ko-Finanzierung für die Stiftungen“ (Gewessler: 13). In der Argumentation wird dabei auch auf die nationale Organisation der Finanzierung von Stiftungen verwiesen: „Wenn man sich entscheidet, Stiftungen zu fördern, dann werden die 100% gefördert.“ (Gewessler: 13). Bei der Frage nach einem europäischen Status bleibt Gewessler verhalten: dies sei das Maximalende, und sei sicher auch die schwierigste von allen Fragen. Bezüglich des Verhältnisses zur Partei werden dabei keine Veränderungen gewünscht und auch nicht erwartet. Grundsätzlich befindet sich GEF nun an einem Punkt, an dem es weiter seinen „added value“ zu fokussieren und zu profilieren versucht:

„Jetzt nach den ersten drei Jahren,[...] beginnt für uns definitiv - und wahrscheinlich auch für die anderen - [...] eine Phase, wo man versucht zu konsolidieren[...] und festzulegen: in die Richtung bräuchte es mehr Aktivitäten, oder hier fehlt es da. Auf der anderen Seite ist es auch das erste Jahr, wo man spürt, hier sind wirklich die Grenzen, starre budgetäre Grenzen, die auch im Vergleich zur Aufgabe wirklich nicht alle Möglichkeiten bieten“ (Gewessler: 16).

Wie sieht die EGP diese Entwicklung und Interessen ihrer Stiftung? Dies soll im Folgenden untersucht werden, gestützt auf die Aussagen, von Jacqueline Cremers, Generalsekretärin der EGP.

4.3.2 Die Perspektive der europäischen Partei – European Green Party

Beziehung zur GEF

Zunächst verdeutlicht ein Blick auf die institutionellen Regelungen der EGP das Verhältnis zur GEF. So heißt es zunächst im Statut der EGP (im folgenden EGP-S):

“The European Green Party works in close cooperation with the Green Group in the European Parliament (GGEP), the Green European Foundation (GEF) [Hervorh. J.B.] and the Federation of Young European Greens (FYEG)” (Art. 3.4 EGP-S).

Daneben wird die GEF im Art. 36.2 des Rule Book der EGP neben der GGEP und der FYEG als „equal partner“ der Partei auf europäischer Ebene erklärt. Die EGP erkennt **zudem** dezidiert die Unabhängigkeit der GEF an: „The EGP recognises that GEF should safeguard its independence“ (Art. 36.6 Rule Book EGP). Zudem fällt auf, dass durch die institutionellen Regelungen sehr deutlich festgelegt wird, welcher Teil der europäischen Grünen für welche Arbeit verantwortlich ist.

„The European Green Party and the Green European Foundation are bound by European regulations and carry different responsibilities [Hervorh. J.B.], whereby the GEF is responsible for the promotion of the European-wide political debate and the European Green Party for the promotion of Green policies“ (Art. 36.6 Rule Book EGP).

Dabei wird bestimmt, dass Kooperation und Partnerschaft im Sinne einer gegenseitigen Unterstützung stattfinden sollte. Jeder Partner wird dazu aufgefordert, seinen Teil für das übergeordnete Ziel, die grüne Politik, beizusteuern (vgl. Art. 36.1 Rule Book EGP). Im erklärten Interesse der EGP liege es,

„cooperating as much as possible with the Green European Foundation by the use of the Foundation's work on the promotion of European political debate and profits from its activities of research and training“ (Art. 36.6 Rule Book EGP).

Strukturell wird zudem festgelegt, dass die Koordination der beiden Akteure mit der gegenseitigen Repräsentanz in den verschiedenen Führungsgremien gesichert werde (vgl. Art. 36.6 Rule Book EGP).

Hinsichtlich dieser Regelungen lässt sich feststellen, dass **hiermit** auf einer institutionell-rechtlichen Ebene bereits deutlich **gemacht**, wie sich das Verhältnis zwischen Partei und Stiftung aus Sicht der EGP definiert. Dieses gleichwertige Verhältnis wird auch von der Generalsekretärin deutlich gemacht. Partei, Fraktion und Stiftung hätten eine gleichwertige Rolle bei der Aufgabe, eine europäische politische Debatte zu organisieren:

“The party and the foundation have an equal role to play on this [the European debate, J.B.], together with the parliamentary group in the EP, where politicians of course also have to play a role in the political debate, because they make European politics and it's not only us and the role of the European Foundation to make European politics” (Cremers: 2).

Jeder Akteur hätte für diese Aufgabe eine spezifische Perspektive **sowie Aufgabe** und Funktion zu erfüllen (vgl. Cremers: 2). Während die Fraktion im Parlament direkte Politik betreibt, wäre die Aufgabe der GEF, vorrangig als Research Institute zu agieren, und Ideen für eine Debatte zu stiften. Die Partei sei dafür verantwortlich, den Raum für die Debatte zu organisieren:

“[W]hereas the foundations have their role as research institute and as provocateurs of the European political debate [it is] up to us, as the party, to support or accommodate that need. That means that we can organize meetings and organize debate platforms, and try to connect the people who would like to play a part in this” (Cremers: 2).

Durch diese verschiedenen Rollen und Aufgaben sieht Cremers die Unabhängigkeit von Stiftung und Partei erfüllt, die auch die Verordnung vorgeben würde. Weder die Partei, noch die Stiftung sei ein Annex des jeweils anderen Akteurs. Die GEF sei vorrangig eine „source of research, and a source of reflection“, während die Partei die politische Rolle innehatte, “trying to attract and reach out to the voters. Our role is basically to get people vote for us, to mobilize people for a vote” (Cremers: 3). Nach außen werde diese Struktur nicht immer deutlich, sondern wirke wie ein „big green pot.“ Cremers betont jedoch die Bedeutung der internen Struktur der Grünen mit einer “clear division of rules and tasks” (Cremers: 4), wie es soeben auch anhand der Statuten und Regelwerke der EGP aufgezeigt wurde. Es soll nun erörtert werden, in welchen Bereichen aus der Perspektive der EGP eine Kooperation im Rahmen dieser Arbeitsteilungen stattfindet.

Mehrwert der GEF

Diese Kooperation ergibt sich aus Sicht der EGP durch die eben benannte Arbeitsteilung: **die** GEF gibt der EGP die Ideen, mit denen sich die Partei beschäftigen soll. Deren Forschungen und wissenschaftliche Ergebnisse kann die EGP wiederum für ihre eigene Arbeit nutzen, insbesondere in der Außendarstellung gegenüber den Wählern. Diese Verbindung, Stiftung – Partei – Wähler, beschreibt Cremers folgendermaßen: “The foundation functions as an input to the bridge that we have to build towards the European voters”(Cremers: 3).

Ohne die GEF sähe sich die EGP als „clearly handicapped“ (Cremers: 7). Dabei hebt Cremers vor allem die Aktivitäten als Forschungsinstitution hervor, **die wichtige Studien über den Green New Deal beitragen würde.** Außerdem böte die GEF mit ihren Seminaren und Trainings die Funktion eines „Education institute“ und fülle die Rolle eines „initiator of the debate“ (Cremers: 7). All dies müsste die Partei selber leisten, wenn die GEF nicht da wäre, so dass man sich weniger auf seine Funktion konzentrieren könnte: “reaching out to the voters, [looking for, J.B.] support for Green European policies“ (Cremers: 7). Dabei unterstreicht sie nochmals, dass beide Akteure sich durch einen unterschiedlichen Fokus auszeichneten: der Fokus der EGP läge auf dem Ziel, die öffentliche Wahlbeteiligung zu erhöhen, die GEF würde dafür den nötigen „different mindset“ bieten (Cremers: 7).

Rolle der GEF

Cremers verortet das Publikum von der GEF in Brüssel auf verschiedenen Ebenen: Zunächst seien die europäischen grünen Partner, zweitens die weiteren politischen Akteure und Angehörige auch anderer Parteien an ihrer Arbeit interessiert. Dazu kämen die NGO's, im Sinne einer Stärkung der Zivilgesellschaft, was den Grünen sehr am Herzen läge. Als viertes sei die europäische Presse eine wichtige Zielgruppe der Stiftung, um ein breites Publikum zu erreichen, auch wenn Cremers dieser Entwicklung der Außenwirkung noch einige Jahre Zeit gibt: „I think within a couple of years time that is realistic, not yet.“ (Cremers: 5). Um das Publikum über Brüssel hinaus zu erreichen, würde die Stiftung vom Prinzip her ähnlich wie die Partei arbeiten, also mit lokalen Partnern in den

Mitgliedsstaaten: „So when the foundations works, it works like we do as well, with local partners on the ground“ (Cremers: 6). Das Besondere an der GEF im Gegensatz zu einer nationalen politischen Stiftung sei es, dass die GEF das Kollektiv der europäischen grünen Stiftungen vereine, während eine nationale Stiftung immer nur sich selbst präsentiere. Für die EGP hätte diese Vielfalt auch politische Relevanz: Somit würde aus den verschiedenen Partnern der EGP die relevanten Informationen bei der GEF zusammenlaufen, die die EGP für ihre politischen Aktivitäten nutzen könne. Cremers beschreibt die GEF damit als einen „forerunner before you start making policies“ (Cremers: 11).

Angesichts des Auftrages aus der Verordnung, dass die europäischen politischen Stiftungen politische Bildungsarbeit für alle europäischen Bürgern leisten sollen, merkt Cremers an, dass an dieser Stelle noch viel passieren müsse. Gleichzeitig würdigt sie:

“since the foundation is still relatively young, we have to see into the future how far they can develop. As now in their station of development, they make a wonderful job” (Cremers: 10).

Vor allem wäre sie anerkannt und etabliert als Informationsquelle im Rahmen ihrer Publikationen, aber auch durch die Angebote im Bereich von Fortbildungen und verschiedenen Kampagnen zum „Green New Deal“ und zur Bürgerinitiative. Bezüglich des weiteren Bekanntheitsgrads der GEF merkt sie an, dass die Stiftung zwar sicher noch nicht überall außerhalb der „Brussels Bubble“ bekannt sei. Aber

“somebody who is in the periphery of the European Greens, certainly knows what GEF does and can do and what can be advised. I am quite happy with that level” (Cremers: 10).

Interessen

Cremers würde sich für die Weiterentwicklung der GEF zum einen wünschen, dass die nationalen Mitgliedsparteien der EGP verstehen, wie die Stiftung arbeitet und welchen Nutzen sie von ihren Aktivitäten haben. Damit verbindet sie erneut das übergeordnete Ziel, das europäische Level, welches nach wie vor getrennt von den europäischen Bür-

gern sei, näher an die nationale Ebene zu bringen. „[T]he European layer is the fifth layer of governance, so it's not the closest to the people.“ (Cremers: 4) Thematisch wünscht sich Cremers jedoch noch einige weitere Schwerpunkte der GEF, welche deutlich mit dem eigenen Interesse der EGP (und den Grünen im Allgemeinen) verbunden werden: “I think that is an ongoing concern of the greens and I think the foundation has to focus on that” (Cremers: 9). Als größte Herausforderung der GEF und wichtigstes Ziel der Weiterentwicklung sieht Cremers aber nach wie vor das Ziel, „to really engage in a European political debate.“ und bezieht sich dahingehend erneut auf die zentrale Forderung aus der Verordnung. Dies wäre das „long-term aim [...] for which they have to work and fight and strike for“ (Cremers: 11). Dabei würdigt sie, dass ein erster Schritt in die Richtung getan sei: “I think with this current journal that they just started; this is a really good first step“(Cremers: 9). Hinsichtlich der weiteren Zukunft der GEF seien auch die finanziellen limitierten Ressourcen und Restriktionen zu beachten.

Bezüglich der Weiterentwicklung der Stiftungen und auch der Parteien wünscht sich Cremers für beide Akteure einen europäischen Status, um ein angemessenes Standbein gegenüber den Institutionen und auf EU-Ebene zu haben: “We have to play a role on a European political level“ (Cremers: 8). Zudem müssten die finanziellen Bedingungen für beide Akteure vereinfacht und verbessert werden, wie z.B. durch Abschaffung der Co-Finanzierung der Stiftungen. Auch wirft sie die Idee in den Raum, sowohl für Stiftungen und Parteien, die individuelle Mitgliedschaft zu ermöglichen, um noch mehr Menschen erreichen zu können.

Letztendlich, so schlussfolgert Cremers, sei die weitere Entwicklung der Stiftungen an die Entwicklung des gesamten europäischen Levels, inklusive der Entwicklung der Parteien, gebunden:

“So it concerns the legitimacy of the European level: if we cannot manage to raise that level, no European foundation will be able to entertain a European political debate. One goes with the others.” (Cremers: 12).

Im Folgenden werden die Ergebnisse beider Analysen von der GEF und der EGP zusam-

mengeführt und auf die theoretischen Analyse-kategorien angewandt.

4.3.3 Zusammenführung der Perspektiven

In der Zusammenschau der Aussagen beider Akteure wird deutlich, dass sich diese in der Ausgestaltung ihrer gegenseitigen Beziehung und der Bestimmung der Aufgaben der Stiftung immer wieder und sehr deutlich auf den institutionellen Rahmen und die normativen Vorgaben beziehen. Dazu gehört an erster Stelle die Notwendigkeit, eine europäische Debatte zu stärken und eine europäische Öffentlichkeit zu gestalten. Der mögliche institutionelle Freiraum, den die Verordnung zwischen Stiftung und Partei eröffnet, wird durch eine klare Regelung der Kompetenzen und Aufgaben beider Akteure gelöst. Aufgrund dieser Tatsache lassen sich die Interessen und Präferenzen der Akteure weitestgehend verbinden, und befinden sich zunächst nicht in einem Widerspruch. Dass sich Cremers für die EGP zuletzt eine gewisse Vertiefung der Arbeit der GEF in bestimmten Arbeitsbereichen wünscht, hat keine Auswirkungen auf die Darstellung der GEF als politisch eigenständiger Akteur. Dies zeigt nur, inwiefern sich Partei und Stiftung sinnvoll ergänzen (können). Dies spiegelt sich auch im Selbstverständnis der GEF wider. So werden in der Beziehung zur Partei und Fraktion keinerlei Spannungen oder Konflikte erkennbar, im Gegenteil – die GEF sieht sich als Standbein der grünen Parteienfamilie und in Augenhöhe mit den politischen Partnern. Es wird jedoch eine deutliche strukturelle Trennung zur Parteiarbeit vorgenommen und das eigene Profil und die Rolle der Stiftung deutlich hervorgehoben. Dafür hat die GEF ganz eigene Arbeitskernbereiche aufgebaut, und setzt dabei vor allem auf die Zusammenarbeit mit den nationalen Partnern. Das Selbstverständnis der GEF wird von der EGP wahrgenommen und respektiert. Gleichzeitig schätzt die EGP die speziellen Tätigkeiten der Stiftung als Gewinn für ihre eigene politische Arbeit. Zwischen beiden politischen Akteuren hat sich somit eine Aufgabentrennung manifestiert, die sich in unterschiedlichen Handlungsfeldern äußert. Dahingehend lässt sich zusammenfassend festhalten, dass die GEF einen wissenschaftlichen und zugleich praktisch-orientierten Ansatz hat und damit die bereits getätigte Arbeit der europäischen Partei komplementär zu ergänzen versucht. Die EGP konzentriert sich vorwiegend auf ihre politische Rolle und sieht die Arbeit der Stiftung als wichtige Unterstüt-

zung. In der Interaktion und Beziehung dieser beiden politischen Akteure sind somit keine offenen Interessenskonflikte zu erkennen; die These kann hier nicht bestätigt werden. Beide Akteure würdigen den Aufgabenbereich und die Arbeit des jeweils anderen. Man kann vermuten, dass zwischen GEF und EGP vor allem keine Interessenskonflikte auftreten, da ganz klar geregelt ist, wer für welche Aufgabe verantwortlich ist und welcher Akteur wo seine Schwerpunkte setzt. Trotz der betonten Unabhängigkeit der Akteure ist nämlich die inhaltliche und strukturelle Verzahnung deutlich sichtbar. Jeder Akteur ist auf den anderen angewiesen; die Stiftung wird von der Partei als unverzichtbarer Partner dargestellt. Insofern differenziert, bzw. konkretisiert dieses Ergebnis der Aussage von Gagatsek und van Hecke (2011: 13), die der Meinung sind, dass GEF eine besonders von der Partei unabhängige Stiftung sei. Genauer handelt es sich bei der Konstellation um ein besonders egalitäres Verhältnis, bei der die Freiheit der Stiftung zu besonders enger Zusammenarbeit und gegenseitiger Unterstützung führt.

4.4 Vergleich der Fallanalysen

Zum Abschluss der empirischen Analyse werden die Ergebnisse der verschiedenen Untersuchungsfälle miteinander verglichen. Die Gemeinsamkeiten der Stiftungen und die Unterschiede in den Beziehungen zu ihren jeweiligen Parteien und in ihren Profilen werden zusammengefasst und mit Bezug auf den Erwartungshorizont und den theoretischen Rahmen der Arbeit bewertet.

Grundsätzlich wurde bei allen drei Untersuchungsfällen, dem Centre for European Studies, der Foundation for European Progressive Studies und der Green European Foundation deutlich, dass es sich um sehr junge politische Akteure handelt, die sich in einem Prozess der Transformation und der Selbstfindung befinden. Dass dieser Prozess auch von außen beeinflusst wird, ist mit dem Blick auf aktuelle politische und legislative Entwicklungen erkennbar. Deren Ergebnisse werden die Stiftungstätigkeiten und die Beziehung zu den europäischen Parteien möglicherweise (institutionell) verändern oder beeinflussen. Angesichts der kommenden Reform zum Status und zur Finanzierung der Parteien bleibt zu beobachten, ob dahingehend eine Weiterentwicklung der Akteure möglich ist und diese zu einer Neubewertung

der Stiftungen und ihrer Aufgaben führen wird. Dass sich die europäischen Stiftungen noch in einer Phase der Orientierung befinden, wird auch insofern deutlich, als dass bei allen drei Akteuren (sowie den jeweiligen Parteien) häufig Vergleiche mit nationalen Stiftungsmodellen gezogen werden – in einem Spannungsverhältnis aus Abgrenzung und Vorbild. Dies unterstreicht die Neuartigkeit des europäischen Stiftungsmodells, welches es, innerhalb der besonderen politischen und strukturellen Bedingungen der EU, weiter auszugestalten gilt.

Angesichts dieses Prozesses ist festzuhalten, dass alle drei Stiftungen rechtlich und politisch bereits einen festen Platz auf dem Brüsseler Parkett erworben haben, den sie in den kommenden Jahren voraussichtlich weiter festigen werden. Innerhalb des europäischen Kontextes kristallisiert sich eine besondere Aufgabe und Tätigkeit der drei untersuchten Stiftungen heraus: die Vernetzung nationaler Stiftungen im Rahmen einer übergeordneten europäischen Stiftungsstruktur. In diesem Netzwerk spiegelt sich die europäische Mehrebenenstruktur wider, indem nationale Akteure unter einem europäischen Dach zusammengeführt und transnationale Synergien hergestellt werden können.

Profile und Beziehung zur Partei

Die unterschiedlichen Schwerpunkte in den einzelnen Handlungsfeldern der Stiftungen in Brüssel und darüber hinaus stehen in direktem Zusammenhang mit den diversen Profilen der drei Stiftungen, die sich bereits herausgebildet haben und die in der Einzelfallanalyse herausgearbeitet wurden.

Das CES setzt sich, in Personalunion mit der EPP, ein klares parteipolitisches Profil, was sich in der konkreten Zusammenarbeit mit der Partei und ihren Inhalten äußert: **Durch** direkte Zuarbeiten für die EPP und im Ausbau ihrer akademischen Ausrichtung, durch die vorrangig konservative Ziele und Werte auf europäischer Ebene und die europäische Partei selbst gestärkt werden sollen. Dadurch agiert sie im Brüsseler Raum meist in Kooperation mit der Partei und versucht auch über ihre Mitgliedsstiftungen durch gemeinsame Aktivitäten im europäischen Raum sichtbar zu werden. Der Fokus liegt jedoch eindeutig auf der Zusammenarbeit und der Stärkung der Partei und deren politischer Elite.

Die FEPS zeichnet sich durch ihr akademisch-inhaltliches Profil aus, das auf eigene Schwerpunkte in der Stiftungsarbeit setzt. So möchte die FES gegenüber der PES auch als unabhängiger Akteur verstanden werden. Die FEPS zeichnet sich durch eine besonders internationale Reichweite ihrer Aktivitäten aus, die weit **Brüssel und über** den europäischen Raum hinausgeht. Diese Besonderheit mag ihren Ursprung auch darin haben, dass der Führungsetage der FEPS ein erfahrener und durch das deutsche Stiftungsmodell geprägter Leiter vorsitzt. Nachdem die Beziehung der deutschen Stiftungen zu den politischen Parteien und das sehr unabhängige deutsche Stiftungsmodell vorab aufgezeichnet wurden (vgl. Kap.2.3.2), kommt man **nicht** an dieser Stelle nicht umhin, bei der Betrachtung der Tätigkeiten und der gewünschten unabhängigen Stellung der FEPS Parallelen festzustellen.

Die GEF dagegen hat eine ganz eigene egalitäre Stellung und Rolle neben ihren politischen Partnern auf europäischer Ebene bekommen, die sie vor allem durch ihre bildungspolitischen Tätigkeiten außerhalb von Brüssel und in Zusammenarbeit mit den Partnerstiftungen ausfüllt. Zudem wurde der Gestaltungsraum zwischen der GEF und der EGP mit weiteren rechtlichen Regelungen gefüllt, die die Aufgabenverteilung und weitestgehende Unabhängigkeit der Akteure sicherstellt.

Es lässt sich somit festhalten, dass sich, obwohl die Stiftungen alle unter demselben rechtlichen Rahmen, der Verordnung Nr. **1524**, agieren, signifikant unterschiedliche Stiftungsmodelle entwickelt haben, von denen in dieser Arbeit nur ein kleiner Ausschnitt gezeigt werden konnte. Obwohl sich alle Akteure in der Außendarstellung auf die normativen Regelungen und Aufträge aus der Gründungsverordnung beziehen, gestaltet sich der Weg für jede Stiftung anders und es werden eindeutig unterschiedliche Prioritäten gesetzt. Im Rückbezug auf die übergeordnete Untersuchungsfrage dieser Arbeit kann zudem konstatiert werden, dass sich auch die Beziehung der Stiftungen zu ihrer jeweiligen Partei in jedem Untersuchungsfall anders gestaltet. So wurde deutlich, dass die Aktivitäten der Stiftungen mit den europäischen Parteien eng zusammenhängen und koordiniert sein können – wie bei dem CES und der EPP. Während das CES das parteienstärkende Element hervorhebt, wird bei der GEF das Ziel der direkten Stärkung der

Partei in den Hintergrund gerückt und der weitere Auftrag aus der Verordnung steht stärker im Vordergrund: die Entstehung einer öffentlichen Debatte und das Ziel, die Unionsbürger vor allem durch bildungspolitische Maßnahmen einzubeziehen. Durch die klare Aufgabenverteilung stehen die GEF und die EGP, die sich für die praktisch-politische Ebene verantwortlich sieht, daher in einem komplementären Verhältnis. Bei der FEPS lassen sich diese Zuordnung und eine Priorisierung der Verordnungsziele nicht so eindeutig feststellen. Beide Ziele werden betont, aber nicht in der einen oder anderen Weise stark ausgeführt und akzentuiert – eher liegt der Fokus auf einer akademisch-wissenschaftlichen Ebene. So wird auch die Unterstützung der Partei nicht im Rahmen von direkter Zuarbeit interpretiert, sondern durch die Aufgabe, die politischen Gedanken und Debatten des sozialdemokratischen Europas weiterzuentwickeln und Grundlagenarbeit für die entsprechenden politischen Leitlinien zu leisten. Die unterschiedlichen Zielsetzungen und Interpretationen scheinen im Fall von FEPS und PES am ehesten ein Konfliktpotential zu bergen. So wünscht sich die PES für ihre eigenen Interessen eine noch stärkere Interaktion mit „ihrer“ Stiftung in Form von direkterer und stärkerer Zusammenarbeit.

Bedeutung von nicht-institutionellen Faktoren – Kontextfaktoren

Über die Beantwortung der Frage der Arbeit hinaus stellt sich nun folglich die Frage, warum sich die Stiftungen – und einhergehend mögliche Konfliktfelder – so unterschiedlich entwickelt haben.

Die vorangestellte Arbeitshypothese, bzw. der Erwartungshorizont lautete, dass es gewisse Interessenskonflikte zwischen den Stiftungen und den Parteien gibt, die aus der institutionell bestimmten engen Angliederung der europäischen Stiftungen an die jeweilige Partei und der gleichzeitigen Eigenständigkeit der beiden Akteure resultieren. Die Untersuchung der Fälle hat gezeigt, dass der institutionelle Rahmen die Interessen der Akteure zwar strukturiert und sie sich immer wieder auf diesen beziehen und rückbesinnen. Gleichzeitig wird der Raum innerhalb und auch außerhalb dieses institutionellen Rahmens in bedeutender Weise von den eigenen Interessen und dem Selbstverständnis der Akteure gestaltet. Damit kann die von Scharpf im akteurszentrierten Institutionalismus

aufgestellte Prämisse zunächst bestätigt werden: Das Verhalten der Akteure wird nicht nur durch den institutionellen Rahmen und normative Regeln geprägt, sondern die Akteure handeln ebenso nach ihren eigenen Interessen und Handlungsorientierungen – und das, angesichts der Entstehung so unterschiedlicher Stiftungsmodelle, in signifikanter Weise. Die weitergehende Hypothese von gewissen Interessenkonflikten zwischen Partei und Stiftung lässt sich jedoch im Rahmen der Untersuchung zunächst nur im Falle der FEPS und der PES bestätigen. Letztendlich führt dieser Konflikt zwar nicht zu dem Ergebnis, dass die Zusammenarbeit von Stiftung und Partei ungewollt bzw. unkooperativ ist. Eindeutig bemerkenswert sind jedoch die unterschiedlichen Erwartungen und Vorstellungen, die an das europäische Stiftungsmodell gestellt werden.

Wovon werden die einzelnen Vorstellungen und Interessen bestimmt? Eine Erklärung lässt sich in der hohen Bedeutung der Kontextfaktoren bzw. in den von Scharpf ebenfalls eingeführten nicht-institutionellen Faktoren der Untersuchungsfälle finden, durch die die Akteure, ihre soziale Organisation und ihre Handlungsorientierungen mitbestimmt werden. In bedeutender Weise geraten dabei die Traditionen und Charakteristika der jeweiligen europäischen Parteien in den Blick. Folgende Forschungsergebnisse liefern dabei wichtige Hinweise auf den Einfluss der parteilichen Traditionslinien.

So kann zur EPP festgehalten werden, dass sie sich stets in besonderer Weise (sogar zum Nachteil der innerparteilichen Kohärenz, vgl. Steuer/ Jansen 2006: 598 ff.) um eine Maximierung ihres europaweiten Einflusses und das strategische Ziel, größte Partei zu werden, bemüht hat (vgl. Mittag 2010: 136). Von Gehlen stellt zudem ein ausgeprägtes Bewusstsein für Eliten und die Stärkung dieser fest und bemerkt zugleich eine fehlende Sensibilität für die Legitimationsprobleme der EU (2005: 181). Im Kontrast dazu wird bei den European Greens ein hohes Bewusstsein der Legitimationsproblematik konstatiert (von Gehlen 2005: 322 - 325) und ihnen zugleich der Titel einer „bürgernahen“ Partei zugeschrieben (vgl. Ayirtman/ Pütz 2005: 405): „durch einen höheren Grad an gesellschaftlicher Verwurzelung bzw. ein größeres Interesse, zur Vernetzung von Europarteien und nationalen Zivilgesellschaften beizutragen“ (Ayirtman/ Pütz 2005: 405). Gleichzeitig ist sie als kleine Partei gezwungen, verschie-

dene Kanäle und Wege zu nutzen, um Einfluss zu gewinnen – man denke dabei auch an die Vorreiterrolle der EGP, seit 2004 gemeinsame europaweite Wahlprogramme zu formulieren. Die PES ist als zweitgrößte europäische Partei ebenfalls an ihrem Einfluss und dessen Maximierung interessiert. Allerdings kann in Bezug auf die FEPS festgestellt werden, dass der nationale Kontext des Stiftungsvertreters und der Einfluss des deutschen Stiftungsmodells sowie dessen akademische und internationale Ausprägung möglicherweise ein entscheidenderer Faktor für die Entwicklung der Stiftung ist. Inwiefern hinter den Profilen und Schwerpunkten der Stiftungen mögliche parteiliche Traditionen stehen, wäre im Rahmen eines detaillierteren Vergleiches der europäischen Parteien und ihrer Leitlinien eine interessante weiterführende Forschungsperspektive. Inwieweit diese Vermutungen zu belegen sind, ließe sich methodisch durch eine quantitative Erweiterung der Experteninterviews (pro Untersuchungsfall), der Untersuchung weiterer Stiftungsmodelle und die systematische Einbeziehung der Parteiprogramme und -traditionen weiter verfolgen. In Bezug auf die Ergebnisse der Arbeit muss methodisch zuletzt kritisch angemerkt werden, dass die jeweiligen Positionen und Funktionen der Interviewpartner (und somit gewisse Kontextfaktoren) einen wichtigen Einfluss auf die Aussagen und Bewertungen der Befragten hatten. Diese Tatsache erlaubt es nicht, die in der Untersuchung gemachten Beobachtungen als unumstößlich zu bewerten. Doch lassen sich dadurch deutliche Ansätze beobachten, die es in weiteren Untersuchungen zu verifizieren gilt.

5. Schlussfolgerung

Ziel dieser Arbeit war es, tiefere Erkenntnisse über die europäischen politischen Stiftungen zu erbringen – junge politische Akteure auf EU-Ebene, die bisher in der Integrationsforschung weitestgehend unbeachtet geblieben sind. Es wurde verdeutlicht, dass die Stiftungen mit einem völlig neuen Struktur- und Aufgabenkonzept, inspiriert von einem nationalen Modell, außerhalb der politisch und rechtlich definierten Handlungsfelder der großen europäischen Institutionen auf dem Brüsseler Parkett agieren und handeln. Zwar konnte in der vorliegenden Arbeit nur ein begrenzter Ausschnitt der Wirklichkeit untersucht werden. Dennoch ermöglicht sie eine Einschätzung darüber, wie das Modell der europäischen politischen Stiftung in politischen Debatten diskutiert, in eine institutionelle Verordnung gefasst und in die praktisch-politische Wirklichkeit umgesetzt wurde.

Fokussiert auf die Beziehungen der Stiftungen zu den europäischen Parteien und deren Ausgestaltung, wurden konkrete Handlungen und Entwicklungen aufgegriffen. Dabei galt es zu prüfen, ob die Gründung der europäischen politischen Stiftungen eine wirksame politische Maßnahme zur Stärkung der europäischen Parteien darstellt – ausgehend davon, dass eine funktionierende Zusammenarbeit zwischen den im Fokus stehenden Akteuren eine mögliche und erste Bedingung dafür ist, dass die Maßnahme als erfolgreich bewertet werden kann. Der akteurszentrierte Institutionalismus bot einen adäquaten Rahmen, um relevante Einflussfaktoren auf diese Beziehung erkennbar zu machen und einzuordnen. So wurde in der Untersuchung der einzelnen Beziehungen gezeigt, dass institutionelle bzw. rechtliche Vorgaben das Handeln und Vorgehen von Akteuren nur innerhalb eines begrenzten Rahmens bestimmen. Bei jedem der Untersuchungsfälle stellte sich die Beziehung zwischen Stiftung und Partei als unterschiedlich dar. Ob das Ziel aus der Verordnung, die europäischen Parteien zu stärken, erreicht wurde, haben die Ergebnisse aus der empirischen Analyse hinreichend beantwortet. So ist es zunächst als positiv zu bewerten, dass grundsätzliche Zusammenarbeit in allen Fällen stattfindet. Wie ausführlich dargestellt, bieten alle untersuchten Stiftungen in einer bestimmten Form neue Ressourcen für die europäischen Parteien und können sie auf diesem Weg in unterschiedlichen Arbeitsbereichen entlasten und unter-

stützen. Die direkte und indirekte Unterstützung der europäischen Parteien hat damit bereits jetzt, fünf Jahre nach Gründung der Stiftungen, zum Teil deutliche Spuren hinterlassen. Es bleibt abzuwarten, ob und wie sich die auch gegenteilig existierenden Interessen in der Zukunft weiter entwickeln.

Die empirischen Ergebnisse dieser Arbeit lenken den Blick jedoch auf eine weitere Frage, die es hier zu vertiefen gilt: Die Frage nach den eigentlich erhofften Effekten und Wirkungen der europäischen Stiftungsarbeit. Offen bleibt, wie sich die Rolle und die Arbeit der Stiftungen über den Brüsseler Kontext hinaus auf nationaler Ebene manifestieren können. So sollte das Ziel weiterer Untersuchungen sein, zu ergründen, wie und ob sich die Aktivitäten der Stiftungen überhaupt auf die Wahrnehmung der Unionsbürger auswirken und ob positive Effekte daraus entstehen können. Dazu liefert Dakowska (2011) bereits eine erste kritische Einschätzung. Im Anschluss an die vorliegende Untersuchung sollte dieser normative Auftrag aus der Verordnung mit dem Ziel der Forcierung einer öffentlichen europäischen Debatte ebenfalls ins **Zentrum des wissenschaftlichen Interesses** gerückt werden war es doch ein **entscheidender Grund, die europäischen Stiftungen zu institutionalisieren**. Der Argumentation der Befürworter folgend (siehe Kapitel 2.3) könnte man vermuten, dass die Gründung der europäischen politischen Stiftungen ein Schritt in die richtige Richtung ist. Mit Blick auf die aktuellen politischen Probleme der EU, auf die Verabschiedung von Rettungspaketen und die Vorherrschaft der Staats- und Regierungschefs, bleiben Fragen der demokratischen Legitimation und der stärkeren Einbeziehung der Unionsbürger hochaktuell. Eine Aufgabe von politischen Stiftungen ist es, gerade in solchen Zeiten, bildungspolitische Arbeit zu leisten, nicht zuletzt um die Unionsbürger für ihre bereits vorhandenen Einflussmöglichkeiten zu sensibilisieren. Angesichts der empirischen Ergebnisse dieser Arbeit ist jedoch noch zu bezweifeln, ob jede einzelne Stiftung diesem Auftrag wirklich gerecht wird. Mit Blick auf die Schwerpunkte der hier untersuchten Stiftungen ließe sich – über die Frage nach dem „Erfolg“ der europäischen Stiftungsgründung hinaus – darüber diskutieren, ob politische Stiftungsarbeit grundsätzlich die „richtige“ Maßnahme für die Überwindung des Demokratiedefizits der EU und für eine Erhöhung der politischen Partizipation von Unionsbürgern ist. Dieser Punkt berührt die Frage, ob

Stiftungsarbeit letztendlich nicht doch Elitenarbeit bleibt, die mit den Handlungsfeldern der „normalen“ Bürger wenig zu tun hat. Geht man noch einen Schritt weiter und betrachtet das Ziel der Stärkung der europäischen Parteien, gelangt man wieder zur Debatte um die Bedeutung und Rolle von Parteien innerhalb eines politischen Systems. Angesichts weitreichender Debatten um Politikverdrossenheit, der Abwahl von alten parteipolitischen Strukturen und dem Erfolg neuer Konzepte lässt sich über die strukturellen Probleme der europäischen Parteien hinaus bezweifeln, ob die Stärkung eines Parteiensystems innerhalb des europäischen Mehrebenensystems überhaupt der richtige Ansatz ist, um eine europäische Debatte zu initiieren und eine Demokratisierung zu forcieren. Grundsätzlichen und drängenden Fragen werden sich früher oder später alle demokratischen Systeme stellen müssen. In Anbetracht dessen ist es wichtig, die rechtliche und politische Entwicklung sowohl der europäischen Parteien als auch der Stiftungen im Blick zu behalten.

Kritisch zu hinterfragen sind auch die Eigeninteressen der jeweiligen Akteure. Wovon werden diese Interessen bestimmt? Sind es normative Aufträge und ein gesellschaftsübergreifender Gestaltungswille, verbunden mit dem Ziel, den Graben zwischen der EU und ihren Bürgern zu überbrücken? Oder sind es am Ende doch nur politische Partikularinteressen einzelner Akteure, die weniger im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung des politischen Systems der EU und seiner Legitimation agieren und auf die Besetzung von Machtpositionen und den Erhalt gewisser Ressourcen bedacht sind? Eine abschließende Beantwortung dieser Frage kann hier selbstredend nicht geleistet werden. Jedoch scheinen sich normative Ziele immer besonders dann vorantreiben zu lassen, wenn sie sich zumindest teilweise mit den politischen Interessen der einzelnen Akteure überschneiden. Diese Fragen können im Rahmen der qualitativen Befragung nicht beantwortet werden, da man mit subjektiven Aussagen der einzelnen Befragten konfrontiert ist und eine Einschätzung somit immer begrenzt bleibt. So kann darüber hinaus auch nicht bewertet werden, ob die Stiftungen ihren Auftrag vollends erfüllen und „erfolgreiche“ Arbeit leisten. Durch die notwendige Beschränkung der Untersuchung auf die Beziehung Stiftung-Partei lässt sich beispielsweise nicht sagen, wie die Mitgliedsstiftungen die Zusammenarbeit mit den europäischen politi-

schen Stiftungen empfinden, oder wie und ob z.B. einzelne EU-Parlamentarier für ihre politische Arbeit von den Aktivitäten ihrer jeweiligen Stiftung profitieren können. Daher würde es sich für weitergehende Untersuchungen anbieten, im Rahmen einer quantitativen Befragung die größere Reichweite der Stiftungsarbeit zu bewerten.

Ein wichtiges europapolitisches Ereignis und eine mögliche Prüfung des Erfolges des europäischen Stiftungsmodells werden die Europawahlen im Jahr 2014 sein. Es bleibt abzuwarten, ob die europäischen politischen Stiftungen und die Parteien dieses Ereignis nutzen werden bzw. nutzen können, um als Akteure sichtbarer zu werden und ihre Aktivitäten dahingehend zu verstärken, die Wähler zu mehr Beteiligung zu bewegen. Eine grundsätzliche Empfehlung dahingehend mag sein, dass sich die in dieser Arbeit untersuchten politischen Akteure, die Stiftungen und die Parteien, auf ihre Stärken besinnen und weiterhin Nischen finden, in denen sie sich gegenseitig ergänzen und Synergien herstellen können. Denn letztendlich sollten sowohl Parteien als auch Stiftungen dasselbe Interesse haben – hängt ihre eigene Existenz (und deren Begründung) letztendlich davon ab, inwieweit sie als Teil der europäischen Ebene eine wirklich demokratische Legitimation erhalten können. Wie diese Legitimation weiter gestärkt werden kann, wird somit auch noch in absehbarer Zeit ein zentrales Thema der europäischen Integrationsforschung bleiben. Denn ohne diese wird auch in Zukunft eine europäische Debatte - über die politischen Eliten hinaus - ausbleiben.

6. Literaturverzeichnis

- Abromeit, H.** (2002). Wozu braucht man Demokratie? Die postnationale Herausforderung der Demokratietheorie, Opladen: Leske + Budrich.
- Akademie Management und Politik** (2011). „Durch Netzwerken europäischen Einfluss gewinnen“ -Interview mit Sidonie Wetzig, 28. 06. 2011, online abrufbar unter http://www.fes-mup.de/index/action/material%3Blist/category_id/5/TO-KEN/ihaXs_CRJrN3uY5jqRNISNdHkMg/M/I-fA6g, letzter Zugriff: 9.7. 2012.
- Aldrin, P/ Dakowska, D.** (2011). L'Égitimer l'Europe sans Bruxelles? Un regard sur les petits entrepreneurs d'Europe, entre décentrement et recentrages, in: Politique Européenne, 2011/ 2 n°34, 7-35.
- von Arnim, H.P.** (1992). Parteienstaat – der Staat als Beute?, in: Schiller, T. (Hrsg.). Parteien und Gesellschaft, Stuttgart: Hirzel, 72 – 87.
- Arrow, K.J.** (1985). The Economics of Agency, in: Pratt, J./ Zeckhauser, R. (Hrsg.). Principals and Agents: The Structure of Business, Boston: Harvard Business School Press, 37-51.
- Aspinwall, M.D./ Schneider, G.** (2000). Same menu, separate tables: The institutionalist turn in political science and the study of European integration, in: European Journal of Political Research 38 (2000), 1, 1-36.
- Ayirtman, S./ Pütz, C.** Die Europaparteien als transnationale Netzwerke: ihr Beitrag zum Entstehen einer europäischen Öffentlichkeit, in: Knodt, M./ Finke, B. (2005), 389-407.
- Bardi, L.** (2002). Parties and Party Systems in the European Union, in: Luther, K.R./ Müller-Rommel, F. (Hrsg.). Political Parties in the New Europe. Political and Analytical Challenges. Oxford: Oxford University, 293-321.
- Beichelt, T.** (2010). EU-Skepsis als Aneignung europäischer Politik, in: Berliner Debatte Initial 21 (2010) 2, 3 – 16.
- Bieling, H.J./ Lerch, M.** (Hrsg.) (2005). Theorien der europäischen Integration, Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.
- Bieling, H.J./ Lerch, Marika** (2005). Theorien der europäischen Integration: ein Systematisierungsversuch, in: Bieling/ Lerch (2005), 9-37.
- Borchard, M.** (2004). Politische Stiftungen und Politische Beratung. Erfolgreiche Mitspieler oder Teilnehmer außer Konkurrenz?, in: Dagger, S./ C. Greiner/ Leinert, K. et al. Politikberatung in Deutschland. Praxis und Perspektiven, Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, 90-97.
- Carstens, O.** (2009). Europäische Parteien. Wirkungsvolle Akteure der Demokratie?, Marburg: Tectum.
- Centre of European Studies** (2007). By-laws of the Non-Profit Association 'Centre for European Studies', online abrufbar unter: <http://www.thinkingeurope.eu/pdf/ByLaws.pdf>, letzter Zugriff: 9.7. 2012.
- Centre for European Studies** (2011). Activity Report 2010. Brüssel: Centre for European Studies.
- Centre for European Studies** (2012). Activity Report 2011. Brüssel: Centre for European Studies.
- Coleman, J.S.** (1974). Power and the structure of Society, New York: Norton.
- Dagger, S./ Kambeck, M.** (2007): Politikberatung und Lobbying in Brüssel, Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.
- Dahl, R. A.** (1971). Polyarchy. Participation and opposition, Chelsea/ Michigan: Book Crafters Inc.
- Dakowska, D.** (2002). Beyond conditionality: EU enlargement, European party federations and the transnational activity of German political foundations, in: Perspectives on European Politics and Society, 3:2, 271-296.

- Dakowska, D.** (2005). German Political Foundations: Transnational party go-betweens in the process of the EU-enlargement, in: Kaiser, W./ Starie, P. (eds.), Transnational European Union, London, Routledge, 2005, p. 150-169.
- Dakowska, D.** (2009). Networks of Foundation as Norm Entrepreneurs: Between Politics and Policies in EU Decision-making, in: Journal of Public Policy, 29, 2, 201-221.
- Dakowska, D.** (2011). Vers une politisation du débat public européen? L'institutionnalisation des «fondations politiques européennes», in: Politique européenne, 2011/ 2 n°34, 167-199.
- Detterbeck, K.** (2011). Parteien und Parteiensystem, Konstanz: UVK Verlagsgesellschaft.
- Diekmann, A.** (2004). Rational-Choice-Theorie in den Sozialwissenschaften, München: Oldenbourg Verlag.
- Dieckmann, A.** (2010). Empirische Sozialforschung. Grundlagen, Methoden, Anwendungen, Reinbek bei Hamburg: Rowohlt Taschenbuch Verlag.
- Di Fabio, U.** (1999). Was der Staatenbund leisten kann. Europa ist auf dem Weg in die Mehrebenendemokratie, in: FAZ Nr. 79, 6.4.1999, 11.
- Donnelly, B./ Jopp, M.** (2009). European Political Parties and democracy in the EU, in: Bonvicini, G. (Hrsg.). Democracy in the EU and the role of the European Parliament. A study and a call, Quaderni IAI 14, 23, online abrufbar unter http://www.iai.it/pdf/Quaderni/Quaderni_E_14.pdf, letzter Zugriff: 9.7. 2012.
- Ebers, M./ Gotsch, W.** (1993). Institutionenökonomische Theorien der Organisation, in: Kiesers, A. (Hrsg.). Organisationstheorien, Stuttgart/ Berlin/ Köln: Verlag W. Kohlhammer, 193 -242.
- Esser, H.** (2002). Was könnte man (heute) unter einer Theorie mittlerer Reichweite verstehen?, in: Mayntz, R. (Hrsg.). Akteure-Mechanismen-Modelle. Zur Theoriefähigkeit makro-sozialer Analysen, Frankfurt/ Main: Campus Verlag, 128-150.
- European Green Party** (2011). Statutes of the European Green Party. Association international sans but lucratif (AISBL). Adopted at the EGP Council, 12.11.2011, Paris, online abrufbar unter: http://europeangreens.eu/sites/europeangreens.eu/files/EGP%20Statutes%20adopted%2012.11.2011_0.pdf, letzter Zugriff: 9.7. 2012.
- European Green Party** (2011). Rule Book of the European Green Party. Rules and Procedures within the European Green Party, online abrufbar unter: <http://europeangreens.eu/sites/europeangreens.eu/files/EGP%20Rule%20Book%20adopted%2012.11.2011%20as%20amended%20CPH.pdf>, letzter Zugriff: 9.7. 2012.
- Europäische Kommission** (2001). Europäisches Regieren – Ein Weißbuch, Brüssel, den 25.7.2001, KOM (2001) 428 endgültig.
- Europäische Kommission** (2003). Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Satzung und die Finanzierung europäischer politischer Parteien, Brüssel, den 19.2.2003, KOM(2003) 77 endgültig.
- Europäische Kommission** (2003). Verordnung (EG) Nr. 2004/ 2003 des Europäischen Parlamentes und des Rates vom 4. November 2003 über die Regelungen für die politischen Parteien auf europäischer Ebene und ihre Finanzierung (ABl. L 297 vom 15.11.2003, S. 1).
- Europäische Kommission** (2005). Mitteilung der Kommission an den Rat, das Europäische Parlament, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen, Der Beitrag der Kommission in der Zeit der Reflexion und danach: Plan D für Demokratie, Dialog und Diskussion, Brüssel, den 13.10.2005, KOM (2005) 494 endgültig.
- Europäische Kommission** (2006). Weißbuch über eine europäische Kommunikationspolitik, Brüssel, den 1.2.2006, KOM (2006) 35 endgültig,.
- Europäische Kommission** (2007). Verordnung (EG) Nr. 1525/ 2007 des Rates vom 17. Dezember 2007 zur Änderung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/ 2002 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften., Amtsblatt der Europäischen Union L 343/ 10 27.12.2007.

- Europäische Kommission** (2007). Verordnung (EG) Nr. 1524/ 2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Dezember 2007 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 2004/ 2003 über die Regelungen für die politischen Parteien auf europäischer Ebene und ihre Finanzierung., Amtsblatt der Europäischen Union L 343 5 27.12.2007
- Europäische Kommission** (2012). Anhang zur Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen, Arbeitsprogramm der Kommission für 2012, Brüssel, den 5.12.2011, KOM (2011) 777 endgültig/ 2.
- Europäische Kommission** (2012). Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlamentes und des Rates über das Statut und die Finanzierung europäischer politischer Parteien und europäischer politischer Stiftungen, Brüssel, den 12.9.2012, COM(2012) 499 final.
- Europäisches Parlament** (2003). Bericht über den Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Satzung und die Finanzierung europäischer politischer Parteien (KOM(2003) 077 – C5-0059/ 2003 – 2003/ 0039(COD)), Ausschuss für konstitutionelle Fragen, Berichterstatter: Jo Leinen, 21. Mai 2003, A5-0170/ 2003 endgültig.
- Europäisches Parlament** (2006). Bericht über Europäische Politische Parteien (2005/ 2224(INI)), 27.02.2006, Ausschuss für konstitutionelle Fragen, Berichterstatter: Jo Leinen, A6-0042/ 2006 endgültig.
- Europäisches Parlament** (2006). Entschließung des Europäischen Parlaments zu Europäischen Politischen Parteien (2005/ 2224(INI)), 23. März 2006.
- Europäisches Parlament** (2006). Plenardebatten Mittwoch, 22. März 2006 □ Brüssel, 17. Europäische Politische Parteien (Aussprache), CRE 22/ 03/ 2006 – 17.
- Europäisches Parlament** (2007). Plenardebatten Dienstag, 13. November 2007 – Straßburg, 17. Regelungen für die politischen Parteien auf europäischer Ebene und ihre Finanzierung (Aussprache), CRE 13/ 11/ 2007 – 17.
- Europäisches Parlament** (2007). European Political Foundations: Prospects and Objectives. Proceeding of a Workshop on amending Regulation 2004/ 2003 on the Statue and Financing of European Political Parties, 13-17, Brüssel: Europäisches Parlament, online abrufbar unter: <http://edz.bib.uni-mannheim.de/daten/edz-ma/ep/07/EST19631.pdf>, letzter Zugriff: 9.7. 2012.
- Europäisches Parlament** (2007). Bericht über den Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 2004/ 2003 über die Regelungen für die politischen Parteien auf europäischer Ebene und ihre Finanzierung (KOM(2007)0364 – C6-0202/ 2007 – 2007/ 0130(COD)), 25.10.2007, Ausschuss für konstitutionelle Fragen, Berichterstatter Jo Leinen, A6-0412/ 2007.
- Europäisches Parlament** (2011). Bericht über die Anwendung der Verordnung (EG) Nr. 2004/ 2003 über die Regelungen für die politischen Parteien auf europäischer Ebene und ihre Finanzierung (2010/ 2201(INI)), 18.03.2011, Ausschuss für konstitutionelle Fragen, Berichterstatterin: Marietta Giannakou, A7-0062/ 2011.
- Europäisches Parlament** (2011). Entschließung des Europäischen Parlaments vom 6. April 2011 zur Anwendung der Verordnung (EG) Nr. 2004/ 2003 über die Regelungen für die politischen Parteien auf europäischer Ebene und ihre Finanzierung (2010/ 2201(INI)).
- European People's Party** (2011). EPP in Action 2011. Publikation, online abrufbar unter: <http://www.epp.eu/pdf/EPP-IN-ACTION-2011.pdf>, letzter Zugriff: 9.7. 2012.
- European People's Party** (2011). Statutes of the European People's Party (international non-profit association). Approved by the EPP Congress on 7th December 2011 in Marseille (France), online abrufbar unter: <http://www.32462857769.net/EPP/Comtool6.0/e-PressRelease/PDF/EN%20STATUTES%20DEC%202011.pdf>, letzter Zugriff: 9.7. 2012.
- Europäischer Rat** (2001). Erklärung von Laeken zur Zukunft der Europäischen Union, online abrufbar unter: <http://european-convention.eu.int/pdf/lknde.pdf>, letzter Zugriff: 9.7. 2012.

- Follesdal, A./ Hix, S.** (2006) Why there is a democratic Deficit in the EU: A response to Majone and Moravcsik., in: Journal of Common Market Studies Volume 44, Number 3, 533–62, online abrufbar unter: http://personal.lse.ac.uk/hix/Working_Papers/Follesdal-Hix-JCMS-2006.pdf, letzter Zugriff: 9.7. 2012.
- Foundation for European Progressive Studies** (2010). Statutes de la Fondation européenne d'études progressistes. Adoptés par l'Assemblée générale du 30 juin 2010, online abrufbar unter: <http://www.feps-europe.eu/uploads/documents/Statutes-FEPS-FR-Adopted-by-GA-30.06.2010.pdf>, letzter Zugriff: 9.7. 2012.
- Foundation for European Progressive Studies** (2012). Annual activity report 2011. June 2012, Brüssel : Foundation for European Progressive Studies.
- Finke, B./ Knodt, M. (2005). Einleitung: Zivilgesellschaft und zivilgesellschaftliche Akteure in der Europäischen Union, in: Knodt, M./ Finke, B. (2005), 11- 30.
- Gagatek, W./ van Hecke, S.** (2011). Towards Policy-Seeking Europarties? The Development of European Political Foundations, Robert Schuman Centre for Advanced Studies, EUI Working Paper RSCAS 2011/ 58. Online abrufbar unter: http://cadmus.eui.eu/bitstream/handle/1814/19156/RSCAS_2011_58.pdf?sequence=1, letzter Zugriff: 9.7. 2012.
- Gehlen, A. von** (2005). Europäische Parteiendemokratie? Institutionelle Voraussetzungen und Funktionsbedingungen der europäischen Parteien zur Minderung des Legitimationsdefizits der EU., Berlin: Diss. FU Berlin; http://www.diss.fu-berlin.de/diss/receive/FUDISS_thesis_000000001834, letzter Zugriff: 9.7. 2012.
- Gemeinsame Erklärung der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., Friedrich-Ebert-Stiftung e.V., Friedrich-Naumann-Stiftung e.V., Hanns-Seidel-Stiftung e.V. und der Heinrich-Böll Stiftung e.V. zur staatlichen Finanzierung der Politischen Stiftungen**, 6. November 1998, online abrufbar unter <http://library.fes.de/pdf-files/bibliothek/03178.pdf>, letzter Zugriff: 9.7. 2012.
- Gläser, J./ Laudel, G.** (2010). Experteninterviews und qualitative Inhaltsanalyse als Instrumente rekonstruierender Untersuchungen, Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.
- Göler, D.** (2011). Endlich ein echtes Parlament? Die Rahmenbedingungen des Vertrags von Lissabon und das Europäische Parlament, in: Mittag, J. (Hrsg). 30 Jahre Direktwahlen zum Europäischen Parlament (1979 – 2009). Europawahlen und EP in der Analyse. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, 289-311.
- Green European Foundation** (2010). Coordinated Statutes – GREEN EUROPEAN FOUNDATION a.s.b.l. Non-Profit-Making Organisation .
- Green European Foundation** (2012). Annual Report 2011. Green European Foundation (GEF) asbl, Brussels: Green European Foundation, online abrufbar unter http://gef.eu/uploads/media/GEF_2011_Annual_Report.pdf, letzter Zugriff: 9.7. 2012.
- Grande, E.** (1996). Demokratische Legitimation und europäische Integration, in: Leviathan, 24, Heft 3, 339-360.
- Grimm, D.** (1994). Braucht Europa eine Verfassung? Vortrag gehalten in der Carl Friedrich von Siemens Stiftung am 19. Januar 1994, Themen Bd. 60.
- Habermas, J.** (1996). Die Einbeziehung der Anderen. Studien zur politischen Theorien, Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.
- Hall, P.A./ Taylor, C.R.** (1996). Political Science and the Three New Institutionalisms, MPIFG Discussion Paper 96/ 6, online abrufbar unter: http://www.mpifg.de/pu/mpifg_dp/dp96-6.pdf, letzter Zugriff: 9.7. 2012.
- Haratsch, A./ Koenig, C./ Pechstein, M.** (2010). Europarecht. 7. Auflage, Tübingen: Mohr Siebeck.
- Hartman, J.** (2012). Politische Theorie. Eine kritische Einführung für Studierende und Lehrende der Politikwissenschaft, Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.

- Heinrich-Böll-Stiftung** (2010). Die Steuerung und Finanzierung politischer Stiftung. Eine Dokumentation zweier Veranstaltungen in der Heinrich-Böll-Stiftung am 22. Oktober 2009 ‚Die politischen Stiftungen – Beispiel für modernes Public Management?‘ (Symposium) und am 11. März 2010, Öffentliche Finanzierung und Steuerung der politischen Stiftungen. Stiftungsfinanzierungsgesetz oder Haushaltsrechtsmodernisierung?‘ (Fachgespräch). Heinrich-Böll-Stiftung: Berlin, online abrufbar unter: http://www.boell.de/downloads/TXT_20110801_Stiftungsreader.pdf, letzter Zugriff: 9.7. 2012.
- Hix, S. / Noury, A.G./ Roland, G.** (2007). Democratic Politics in the European Parliament, Cambridge: University Press.
- Hix, S.** (1995). Parties at European Level and the Legitimacy of EU Socio-economic Policy, in: Journal of Common Market Studies 33, 4: 527-55.
- Hix, S.** (2002). Why the EU Should Have a Single President and How She Should be Elected. Paper for the Working Group on Democracy in the EU for the British Cabinet Office, online abrufbar unter: http://personal.lse.ac.uk/hix/Working_Papers/Why%20the%20EU%20Should%20Have%20a%20Single%20President.pdf, letzter Zugriff: 9.7. 2012.
- Hix, S.** (2003). Parteien, Wahlen und Demokratie in der EU, in: Jachtenfuchs M./ Kohler-Koch, B. (2003), 151-180.
- Hix, S.** (2006). Why the EU needs (Left-Right) Politics? Policy Reform and Accountability are Impossible without It, in: Hix, S./ Bartolini, S. (2006). Politics: The Right or the Wrong Sort of Medicine for the EU? Notre Europe Policy Paper N° 19, 5-27, online abrufbar unter http://www.notre-europe.eu/uploads/tx_publication/Policypaper19-en.pdf, letzter Zugriff: 9.7. 2012.
- Hix, S./ Lord, C.** (1997). Political Parties in the European Union. Basingstone: Palgrave Macmillan.
- Hooghe, L./ Marks, G.** (2008). A Postfunctionalist Theory of European Integration: From Permissive Consensus to Constraining Dissensus, in: British Journal of Political Science 39, 1-23.
- Hooghe, L.** (2003). Europe Divided? Elite vs. Public Opinion on European integration, in: European Union Politics 8:5-12.
- Jachtenfuchs M./ Kohler-Koch, B.** (Hrsg) (2003). Europäische Integration, 2. Auflage, Opladen: Leske+Budrich.
- Jansen, T.** (2008). Europäische Parteien, in: Weidenfeld, W. (Hrsg.). Die Europäische Union. Politisches System und Politikbereiche, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 165-186.
- Jopp, M.** (2007). Future Activities of European Political Foundations: Some proposals, in: Europäisches Parlament (2007), 49-66.
- Kaina, V.** (2009). Wir in Europa. Kollektive Identität und Demokratie in der Europäischen Union, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Kielmannsegg, P.G** (2003). Integration und Demokratie (mit Nachwort zur 2. Auflage), in: Jachtenfuchs M./ Kohler-Koch, B. (2003), 49-83.
- Kielmannsegg, P.G.** (1994). Lässt sich die Europäische Gemeinschaft demokratisch verfassen?, in: Europäische Rundschau, 22 , Nummer2/ 94, 23-33.
- Knodt, M/ Finke, B.** (Hrsg.) (2005). Europäische Zivilgesellschaft. Konzepte, Akteure, Strategien, Wiesbaden: VS. Verlag für Sozialwissenschaften.
- Kohler-Koch, B./ Conzelmann, T./ Knodt, M.** (2004). Europäische Integration – Europäisches Regieren. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.
- Ladrech, R.** (1999). Political Parties and the problem of legitimacy in the European Union, in: Banchoff, T./ Smith, M.P. (Hrsg.). Legitimacy and the European Union. The contested polity. New York: Routledge, 93-112.

- Ladrech, R.** (2007). National Political Parties and European Governance: The Consequences of 'Missing in Action', in: *West European Politics*, 30:5, 945-960.
- Ladrech, R.** (2007a). Supporting European political foundations affiliated with political parties at the European level, in: *Europäisches Parlament (2007.)*, 39-48.
- Ladrech, R.** (2009). Europeanization and Political Parties, in: *Living Reviews in European Governance*, Vol. 4, (2009), No. 1, 1-22, online abrufbar unter <http://europeangovernance.livingreviews.org/Articles/lreg-2009-1/>, letzter Zugriff: 9.7. 2012.
- Langguth, G.** (1993). Politische Stiftungen und politische Bildung in Deutschland, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B. 34/ 93, 38-47.
- Lehmann, S.** (2012). Recht der steuerbegünstigten Zwecke: Satzungszweck, tatsächliche Geschäftsführung und Selbstlosigkeit parteinaher Stiftungen, in: *MIP 2012 18. Jhrg.*, Institut für Deutsches und Internationales Parteienrecht und Parteienforschung (PRuF), 16-23.
- Leinen, J.** (2004). Öffentlichkeit in Europa: Europäische Öffentlichkeit als neuer Antrieb für europäische Politik?, in: *Franzius, C./ Preuß, U. (Hrsg.). Europäische Öffentlichkeit*, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, 31-59.
- Leinen, J.** (2006). Europäische Parteien: Aufbruch in eine neue demokratische EU, in: *integration*, 03/ 06, 229 – 235.
- Leinen, J.** (2007). European Political foundations: Pillars of a European democratic infrastructure, in: *Europäisches Parlament (2007)*, 13-17.
- Lepszy, N.** (2009). Politische Stiftungen, in: *Anderson, W./ Woyke, W. Handwörterbuch des politischen Systems der BRD*, Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, 571-577.
- Lindberg, L./ Scheingold, S.** (1970). *Europe's Would be Polity: Patterns of Change in the European Community*, Englewood Cliffs: Prentice Hall.
- Lipset, S.M./ Rokkan, S.** (1967). Cleavage structures, party systems and voter alignments: an introduction, in: *Lipset, S.M./ Rokkan, S. (Hrsg.) Party systems and Voter alignments: cross-national perspectives*, Oxford: Oxford University Press, 1-64.
- Marschall, S.** (2005). Europäische Parteien – Phantomorganisationen oder Hoffnungsträger, in: *Gesellschaft – Wirtschaft – Politik*, 54 (2005) 4, S. 399–410.
- Maurer, A.** (2009). Das Europäische Parlament, in: *Lieb, J./ Maurer, A. (Hrsg.) (2009). Der Vertrag von Lissabon. Kurzkommentar*. Berlin: Diskussionspapier der FG1 und FG2, 3. Aufl., SWP, 14-16, online abrufbar unter: http://www.swpberlin.org/fileadmin/contents/products/arbeitspapiere/Vertrag_Lissabon_Kurzkommentar_3rd_edition_090421_KS.pdf, letzter Zugriff: 9.7. 2012.
- Mayntz, R./ Scharpf, F.** (1995). Der Ansatz des aktorszentrierten Institutionalismus, in: *ders. (Hrsg.). Gesellschaftliche Selbstregulierung und politische Steuerung*, Frankfurt a.M.(New York: Campus Verlag, 39 - 72.
- Meuser, M./ Nagel, U.** (1991). ExpertInneninterviews – vielfach erprobt, wenig bedacht, in: *Graz, D./ Kraimer, K. Qualitativ-empirische Sozialforschung*, Opladen: Westdeutscher Verlag, 441-471.
- Meyer, M.** (2006). Multiplikatoren für Identifikation und Identität? Europäische Parteiorganisationen und die Konstruktion der europäischen Identität, in: *Mittag (2006)*, 389-404.
- Michalowitz, I.** (2007). *Lobbying in der EU*. Wien: Facultas Verlags- und Buchhandel.
- Mittag, J.** (Hrsg.) (2006). *Politische Parteien und europäische Integration. Entwicklung und Perspektiven transnationaler Parteienkooperation in Europa*, Essen: Klartext.
- Mittag, J.** (2009). Europäische Parteien im Wandel, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 23-24, 2. Juni 2009: „Europawahlen“, 42- 46.
- Mittag, J./ Steuwer, J.** (2010). *Politische Parteien in der EU*, Wien: facultas wuv.
- Morisse-Schildbach, M.** (2005). Historischer Institutionalismus, in: *Bieling, H.J./ Lerch, M. (2005)*, 271-292.

- Party of European Socialists** (2009). A New Direction for Progressive Societies. PES-Statutes, online abrufbar unter: <http://www.pes.eu/en/about-pes/pes-documents>, letzter Zugriff: 9.7. 2012.
- Pascher, U.** (2002). Die deutschen parteinahen Stiftungen – hybride Organisationen in der Globalisierung, Berlin: Logos Verlag.
- Patzelt, W.** (2007). Einführung in die Politikwissenschaft. Grundriss des Faches und studiumsbeleitende Orientierung, Passau: Wissenschaftsverlag richard rohe.
- Pfetsch B./ Heft A.** (2009). Europäische Öffentlichkeit. Entwicklung transnationaler Medienkommunikation, in: APuZ, 23-24 2009, 36-41.
- Piepenschneider, M.** (2004). Die Rolle der europäischen Parteien, in: Franzius C./ Preuß, U.K.. Europäische Öffentlichkeit, Baden-Baden: Nomos Verlag, 237 – 247.
- Reif, K./ Schmitt, H.** (1980), Nine Second-Order National Elections – A conceptual Framework for the Analysis of European Election Results, in: European Journal of Political Research 1/ 1980, S. 3-45.
- Rose, R.** (1991). What is Lesson-drawing?, in: Journal of Public Policy, Vol. 11, 1, 3-30 .
- Ross, S.A.** (1973). The Economic Theory of Agency: The Principal's Problem, in: American Economic Review 2/ 1973, 134-139
- Rucht, D.** (1993). Parteien, Verbände und Bewegungen als Systeme politischer Interessenvermittlung, in: Niedermayer, O./ Stöss. R. Stand und Perspektiven der Parteienforschung in Deutschland, Opladen: Westdeutscher Verlag, 251 – 275.
- Schäfer, A.** (2006). Nach dem permissiven Konsens. Das Demokratiedefizit der EU, in: Leviathan 34 (3), 350-376, online abrufbar unter: http://www.mpifg.de/pu/mpifg_ja/Levi_3-06_Schaefer.pdf, letzter Zugriff: 9.7. 2012.
- Scharpf, F.** (1994). Mehrebenenpolitik im vollendeten Binnenmarkt, MPIFG Discussion Paper 94/ 4, online abrufbar unter: http://www.mpifg.de/pu/mpifg_dp/dp94-4.pdf, letzter Zugriff: 9.7. 2012.
- Scharpf, F.W.** (1997): Games Real Actors Play. Actor-centred Institutionalism in Policy Research, Boulder CO: Westview.
- Scharpf, F.W.** (1999). Regieren in Europa. Effektiv und demokratisch?, Frankfurt/ New York: Campus Verlag.
- Scharpf, F.** (2002). Kontingente Generalisierung in der Politikforschung, in: Mayntz, R. (Hg.). Akteure-Mechanismen-Modelle. Zur Theoriefähigkeit makro-sozialer Analysen, Frankfurt/Main: Campus Verlag, 213- 235.
- Seeger, S.** (2008). Die Institutionen- und Machtarchitektur der Europäischen Union mit dem Vertrag von Lissabon, in: Weidenfeld (2008), 63-98.
- Seeger, S.** (2008). Die EU im Spannungsfeld von Demokratiedefizit, Politisierung und Vertragsratifikation, in: Weidenfeld (2008)., 235-254.
- Shirvani, F.** (2008). Neuere Entwicklungen im europäischen Parteienfinanzierungsrecht, in: Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht 12, 364 – 368.
- Schildberg, C.** (2006). Wegbereiter transnationaler Parteienkooperation? Die Rolle der parteinahen Stiftungen, in: Mittag (2006), 451-475.
- Schimank, U.** (2007). Handeln und Strukturen: Einführung in die akteurstheoretische Soziologie. Weinheim: Juventa-Verlag.
- Schimank, U.** (2004). Der akteurszentrierte Institutionalismus, in: Gabriel, M. Paradigmen der akteurszentrierten Soziologie. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, 287-301.
- Schmidt, M.G.** (2004). Demokratietheorien. Eine Einführung. 3., überarbeitete und erweiterte Auflage, Leske + Budrich: Wiesbaden.
- Schmidt, M.G.** (2004a). Wörterbuch zur Politik., Stuttgart: Kröner.

- Schmidt-Jevtic, I.** (2009). Europäische Parteien, in: Weidenfeld/ Wessels (2009), 303-308.
- Schmidt-Jevtic, I.** (2011). Europäische Parteien, in: Weidenfeld/ Wessels (2011), 341-346.
- Steuwer, J./ Jansen, S.** (2006). Die christlich-konservative Volkspartei. Potenziale und Probleme der Zusammenarbeit christdemokratischer und konservativer Parteien in der EVP, in: Mittag (2006), 579-601.
- Stone, D./ Denham, A./ Garnett, M.** (Hrsg.) (1998). Thinktanks across nations. A comparative approach, Manchester/ New York: Manchester University Press.
- Stone, D.** (1996). Capturing the political imagination. Think Tanks and the Policy process, London: Frank Cass&Co.
- Thiele, M.** (1994). Neue Institutionenökonomie, in: WISU-Kompakt 12, 993-997.
- Vorholt, Udo** (2003). Institutionen politischer Bildung in Deutschland. Eine systematisierende Übersicht, Frankfurt a.M.: Peter Lang Europäischer Verlag der Wissenschaften.
- Wagner, W.** (2005). Der akteurszentrierte Institutionalismus, in: Bieling, H.J./ Lerch, M. (Hrsg.) Theorien der europäischen Integration, Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, 249-270.
- Weber, M.** (1976). Wirtschaft und Gesellschaft: Grundriss der verstehenden Soziologie, Tübingen: J.C.B. Mohr.
- Weidenfeld, W.** (Hrsg.) (2008). Lissabon in der Analyse . Der Reformvertrag der Europäischen Union, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft.
- Weidenfeld, W.** (Hrsg.) (2008). Die Europäische Union. Politisches System und Politikbereiche, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Weidenfeld, W.** (2010). Die Europäische Union, Wilhelm Fink: Paderborn.
- Weidenfeld, W./ Wessels, W.** (Hrsg.) (2009). Europa von A-Z – Taschenbuch der europäischen Integration, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Weidenfeld, W./ Wessels, W.** (Hrsg.) (2009). Jahrbuch der europäischen Integration 2009, Nomos-Verlag: Baden-Baden.
- Weidenfeld, W./ Wessels, W.** (Hrsg.) (2011). Jahrbuch der europäischen Integration 2011, Nomos-Verlag: Baden-Baden.
- Weilemann, P.R.** (2007). Im Brüsseler Think Tank Biotop – zur Kultur politischer Beratung in der Hauptstadt Europas, in: Dagger, A./ Kambeck, M. (Hrsg.) Politikberatung und Lobbying in Brüssel. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.
- Wessels, B.** (2004). Contestation potential of interest groups in the EU: emergence, structure, and political alliances, in: Marks, G./ Steenbergen, M.R. European Integration and Political Conflict, Cambridge: Cambridge University Press, 195-215.
- Wessels, W.** (2005). Theoretischer Pluralismus und Integrationsdynamik. Herausforderungen für den „acquis académique“, in: Bieling, H.J./ Lerch, M. (2005), 427- 457.
- Wonka, A./ Rittberger, B.** (2010). Credibility, Complexity and Uncertainty: Explaining the Institutional Independence of 29 EU Agencies, in: West European Politics, 33: 4, 730-752.
- Zotti, S.** (2010). Politische Parteien auf europäischer Ebene. Grundzüge der politischen und rechtlichen Entwicklung des europäischen Parteiensystems, Baden-Baden: Nomos-Verlag.

Anhang

Anhang 1: Übersicht Interviews.....	76
Anhang 2: Leitfäden und Interviews.....	76
Anhang 4: Finanzielle Zuwendungen des Europäischen Parlaments an die europäischen politischen Stiftungen	77

Anhang 1: Übersicht Interviews

	Befragte	Aktuelle Position	Zeit und Ort
1.	Vertreter des Centre für European Studies	Keine Angaben	Brüssel, 6. März 2012, Centre for European Studies, 13. März, telefonisch
2.	Luc Vandeputte	Stellv. Generalsekretär der European People's Party (EPP)	Brüssel, 6. März 2012, Headquarter European People's Party (EPP), Brüssel
3.	Zwei Vertreter des Generalsekretariats der Party of European Socialists (PES)	Keine Angaben	Brüssel, 7. März 2012, Headquarter Party of European Socialists (PES)
4.	Ernst Stetter	Generalsekretär der Foundation for European Progressive Studies (FEPS)	Brüssel, 8. März 2012, Foundation for European Progressive Studies (FEPS)
5.	Leonore Gewessler Benoit Lechat	Direktorin der Green European Foundation (GEF) Editor in Chief Green European Journal	Brüssel, 8. März 2012, Green European Foundation (GEF)
6.	Jacqueline Cremers	Generalsekretärin der European Green Party (EGP)	24. April 2012, per Skype

**Hintergrundinterviews**

1.	Sidonie Wetzig	Referentin im Europabüro der der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES)	Brüssel, 5. März 2012 FES-Europabüro
2.	Detlev Clemens, Michael Breslin	Europäische Kommission, Generalsekretariat, Abteilung Beziehung zum Europäischen Parlament (SG.DSG3.G.1)	Brüssel, 7. März 2012, Europäische Kommission
3.	Jo Leinen	Mitglied des Europäischen Parlaments, Ausschuss für Umwelt, Gesundheit und Lebensmittelsicherheit	Brüssel, 8. März 2012, Europäisches Parlament

Anhang 2: Leitfäden und Interviews

Anmerkung: die Leitfäden und Interviewtranskriptionen sind nur auf Anfrage einsehbar.

Anhang 3: Finanzielle Zuwendungen des Europäischen Parlaments an die europäischen politischen Stiftungen



Directorate-General for Finance
Directorate C - Political Structures Financing and Other Services
Political Structures Financing Unit

March 2012

Grants from the European Parliament to political foundations at European level 2008-2012

Foundation	Affiliated to party	Address	Country	Website	Year*	Maximum grant awarded (€)	Final grant (€)
Center Maurits Coppieters	European Free Alliance	Boomkwekerijstraat 1/4 B-1000 Brussels	Belgium	www.cmc-foundation.eu	2008/2	106 608	106 608
					2009	147 929	146 575
					2010	212 544	155 801
					2011	252 450	
					2012	259 134	
Centre for European Studies	European People's Party	rue du Commerce 10 B-1000 Brussels	Belgium	www.thinkingeurope.eu	2008/2	1 500 208	1 344 892
					2009	2 294 292	2 276 467
					2010	3 288 663	2 928 266
					2011	4 075 836	
					2012	4 197 068	
European Christian Political Foundation	European Christian Political Movement	Johan van Oldenbarneveltlaan 46 NL-3818 HB Amerfoort	Netherlands	www.ecpf.info	2011	150 000	
					2012	167 198	
European Foundation for Freedom	European Alliance for Freedom	2a Delmar, Flat 1, Brared St., Birkirkara	Malta	www.eurfreesdom.org	2011	244 217	
					2012	243 811	
Europa Osservatorio Sulle Politiche Dell'unione	Alliance for Europe of the Nations	Via del Seminario 113 00186 Rome	Italy	-	2008/2	232 900	232 900
					2009**	322 150	0
European Liberal Forum	European Liberal Democrat and Reform Party	sq.de Meeüs 38/40 B-1000 Brussels	Belgium	www.liberalforum.eu	2008/2	1 500 208	172 187
					2009	725 200	609 356
					2010	818 438	658 097
					2011	942 819	
					2012	1 075 703	
Fondation Politique Europeenne Pour La Democratie	Alliance of Independent Democrats in Europe	rue Pasteur 34 F-69007 Lyon	France	-	2008/2	190 746	120 501
Foundation for EU Democracy	EUDemocrats	rue Belliard 203 B-1040 Brussels	Belgium	www.ffeud.eu	2008/2	103 530	69 692
					2009	153 170	153 170
					2010	152 008	121 830
Foundation for a Europe of Liberties and Democracy	Movement for a Europe of Liberties & Democracy	rue Cler 18, F-75007 Paris	France	-	2012	412 361	
Foundation for European Progressive Studies	Party of European Socialists	rue Montoyer 40 B-1000 Brussels	Belgium	www.feps-europe.eu	2008/2	1 208 700	1 208 436
					2009	1 950 000	1 946 131
					2010	2 150 000	2 136 476
					2011	2 714 798	
					2012	2 802 702	
Green European Foundation	European Green Party	rue d'Arlon 15 B-1050 Brussels	Belgium	www.gef.eu	2008/2	302 678	270 836
					2009	414 895	405 056
					2010	684 419	674 123
					2011	850 767	
					2012	872 042	
Institute of European Democrats	European Democratic Party	rue de l'Industrie 4 B-1000 Brussels	Belgium	www.iedonline.eu	2008/2	233 110	101 108
					2009	317 500	111 710
					2010	337 585	197 052
					2011	392 156	
					2012	366 393	
New Direction - Foundation for European Reform	Alliance of European Conservatives and Reformists	rue d'Arlon 40 B-1000 Brussels	Belgium	www.newdirectionfoundation.org	2010	659 651	404 313
					2011	747 210	
					2012	841 397	
Organisation for European Interstate Cooperation	EUDemocrats	Vinstvägen 3, 2tr, SE-12934 Hägersten	Sweden	www.oceurope.com	2011	170 248	
					2012	167 198	
Transform Europe	Party of the European Left	rue du Parnasse 30 B-1050 Brussels	Belgium	www.transform-network.org	2008/2	156 400	147 090
					2009	362 575	362 575
					2010	475 542	474 957
					2011	554 889	
					2012	550 265	

* 2008/2 Grants for operation from the European Parliament covered the period between September - December 2008 the preceding period was covered by grants from the European Commission

** renounced the 2009 grant

Quelle: http://www.europarl.europa.eu/pdf/grants/grant_amounts_foundations_per_01-03-2012.pdf, letzter Zugriff: 9.7. 2012.